

11.34 Atlantik-Charta

In dem schweren Abwehrkampf gegen den inzwischen den Kontinent nahezu beherrschenden deutschen Diktator trat jetzt mehr und mehr diejenige Macht an die Seite Großbritanniens, die schon den 1. Weltkrieg entschieden hatte, die Vereinigten Staaten von Amerika. Ihr Präsident Franklin D. Roosevelt erhielt mit dem am 11. März 1941 beschlossenen Leih- und Pachtgesetz (Lend-Lease-Act) vom Kongress die unbeschränkte Vollmacht, mit Waffen, Ausrüstung und Lebensmitteln die Länder zu unterstützen, die nach Ansicht des Präsidenten in ihrem Kampf gegen die Diktaturen gestärkt werden mussten. Mit diesem Gesetz stellten sich die USA eindeutig an die Seite Großbritanniens.

Nach dem Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion trafen der amerikanische Präsident und der britische Premier auf einem Schlachtschiff im Atlantik am 14. August 1941 zusammen und verkündeten die Grundzüge eines gemeinsamen Kriegs- und Nachkriegsprogramms, das unter dem Namen »Atlantik-Charta« in die Geschichte eingegangen ist. Es enthielt folgende acht Grundprinzipien: 1. Verzicht auf jede territoriale Vergrößerung; 2. territoriale Veränderungen nur mit Zustimmung der betroffenen Völker; 3. das Recht aller Völker, ihre Regierungsform selbst zu bestimmen; 4. gleichberechtigter Zugang aller Völker zum Welthandel und zu den Rohstoffen; 5. wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Nationen zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Ausgleichs und sozialer Sicherheit; 6. Aufbau einer alle Völker umfassenden Frie-



densordnung; 7. Freiheit der Meere; 8. allgemeiner Gewaltverzicht, vorher aber Entwaffnung der Aggressoren, dann Errichtung eines umfassenden Sicherheitssystems. Bis zum Kriegsende haben insgesamt 45 im Krieg gegen die Achsenmächte stehende Nationen diese Grundsätze anerkannt. Sie sind weitgehend die Charta der Vereinten Nationen aufgenommen worden. Mit der Atlantik-Charta haben die USA für die Zeit nach dem Krieg ihre Anwesenheit und Führungsrolle in der Weltpolitik erklärt.

11.35 Unternehmen Barbarossa

Der am 23. August 1939 abgeschlossene Hitler-Stalin-Pakt (► 11.27) war für Hitler nur eine vorübergehende, extrem kalten Winter getische Vereinbarung auf Zeit, die er mit dem Todfeind der nationalsozialistischen Weltanschauung getroffen hatte, um für sein Unternehmen gegen Polen freie Hand zu haben. Schon nach dem Frankreichfeldzug (► 11.32) im Sommer 1940 entwickelte Hitler vor den Spitzen der Wehrmacht seinen Angriffsplan gegen die Sowjetunion (► Unternehmen Barbarossa). Nach dem Sieg, den Hitler, aber auch die Wehrmachtführung, erwarteten, würde Großbritannien, so argumentierte Hitler, verhandlungsbereit sein, da ihm dann der letzte »Festland-

Noch während der Vorbereitungen für das Unternehmen Barbarossa überfiel die deutsche Wehrmacht Anfang April 1941 Jugoslawien und Griechenland, deren Armeen in wenigen Wochen zur Kapitulation gezwungen wurden. Nachdem auch das bereits in Griechenland

◀ Am 22. Juni 1941 begann der deutsche Überfall auf die Sowjetunion (Unternehmen »Barbarossa«). Der Zweite Weltkrieg bekam dadurch eine völlig neue Dimension. Im Bild deutsche Panzer im Anmarsch auf die deutsch-sowjetische Demarkationslinie in Polen

Im Sommer 1942 konnten die deutschen Verbände noch einmal zügig bis nach Stalingrad (► 11.41) und zu den Höhen des Kaukasus vorrücken, aber die von Hitler befohlene doppelte Unternehmung führte zu einer Überforderung der deutschen Kräfte. In Stalingrad gelang die Eroberung der Stadt nur teilweise, die mit dem einbrechenden zweiten Winter vorgetragene sowjetische Gegenoffensive führte zur Einschließung der 6. Armee und zu ihrem Untergang Anfang Februar 1943. Und die bis zum Kaukasus vorgedrungenen Panzereinheiten mussten, um nicht abgeschnitten zu werden, einen schnellen Rückzug antreten. Von nun an war der Krieg im Osten von Abwehrsclachten und Rückzugsbewegungen geprägt, wobei nach und nach die deutschen Armeen auf die Reichsgrenzen zurückgedrängt wurden. Anfang Januar 1945 begann der sowjetische Großangriff auf das Reichsgebiet. Er endete mit der Einnahme Berlins am 2. Mai und der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945.

11.36 Hitlers Kriegserklärung an die USA

Am 7. Dezember 1941 überfiel die japanische Luftwaffe die in Pearl Harbor (Hawaii) zusammengezogene amerikanische Pazifikflotte und versenkte oder beschädigte einen Großteil der Kriegsschiffe, zerstörte die Flugplätze, Flugzeughallen und zahlreiche Flugzeuge. Das war der Beginn des Krieges in Ostasien. Am 11. Dezember erklärte Hitler den USA den Krieg, Italien schloss sich an. Hitlers europäischer Krieg war so zum Weltkrieg geworden.

Der Antikominternpakt (► 11.20) verpflichtete Hitler nicht, seines Bündnispartners wegen in den Krieg gegen die Vereinigten Staaten einzutreten. Die Japaner hatten Deutschland von ihrem Vorhaben nicht unterrichtet, sodass die deutsche Seite völlig überrascht wurde. Aber die Art und Weise des japanischen Vorgehens gegen die ahnungslosen Amerikaner imponierte Hitler, sodass er dem Überfall uneingeschränkt zustimmte. Zudem war der amerikanische Präsident F. D. Roosevelt für ihn seit langem ein erklärter Feind, den er immer wieder in seinen Reden attackierte und verhöhnte. Allerdings hatten die deutschen U-Boote bisher den



▲ Während sich der deutsche Vormarsch in Russland vor Moskau festlief und der Ostfeldzug damit seine entscheidende Wende erfuhr, überfielen die Japaner am 7. Dezember 1941 die amerikanische Flotte in Pearl Harbor. Durch die daraufhin erfolgte Kriegserklärung Deutschlands an die USA wurde der Krieg endgültig zum »Weltkrieg«

strikten Befehl, sich amerikanischen Schiffen gegenüber zurückzuhalten, obwohl Roosevelt schon im September 1941 die US-Flotte angewiesen hatte, auf deutsche Schiffe zu schießen. Mit der Kriegserklärung wollte Hitler offensichtlich, beflügelt durch die japanische Aktion, dem erwarteten Schritt Roosevelts zuvorkommen, um der Welt zu beweisen, dass weiterhin die Initiative im Kriegsgeschehen von ihm ausging, und zugleich davon ablenken, dass sein Konzept im Russlandfeldzug gerade gescheitert war.

Dabei hat Hitler jedoch das militärische Potential der Vereinigten Staaten und ihre Eingriffsmöglichkeiten in Europa bei gleichzeitigem Krieg mit Japan falsch eingeschätzt. Auch seine Berechnung, dass nun die Japaner die Sowjetunion in Ostasien angreifen würden, erwies sich als eine Fehlspekulation. Während Japan seinen Krieg unabhängig von den Verbündeten und ohne jede Absprache allein führte, schlossen sich Großbritannien und die USA zu einer festen Kriegskoalition zusammen und knüpf-

ten jetzt auch Verbindungen zur Sowjetunion. Das Ergebnis ihrer ersten politisch-militärischen Planungsbesprechung lautete »German first«, und das bedeutete die Niederrichtung Deutschlands und die Auslöschung der Hitlerdiktatur als oberstes Ziel ihrer Kriegsanstrengungen.

11.37 Afrikafeldzug

Zur Unterstützung der in Nordafrika kämpfenden italienischen Divisionen, die durch einen britischen Großangriff ab Dezember 1940 in schwere Bedrängnis geraten waren, ordnete Hitler im Januar 1941 die Aufstellung eines deutschen Afrikakorps an, das in Tripolis im Februar 1941 an Land ging und unter seinem Befehlshaber, General Erwin Rommel, zum Angriff antrat. Nach ersten erfolgreichen Kämpfen musste Rommel gegen weit überlegene britische Streitkräfte die deutschen und italienischen Verbände fast bis in die Ausgangsstellungen zurücknehmen, da Hitler, der den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitete, ihm den benötigten Nachschub an Waffen, Ausrüstung und Mannschaften versagte.

Erst im Januar 1942 konnte Rommel erneut zum Angriff übergehen, nachdem sich durch die Verlegung deutscher See- und Luftstreitkräfte an die Mittelmeerfront die Nachschublage verbessert hatte. Jetzt gelang es den Verbänden des Afrikakorps unter dem bei seinen Soldaten beliebten, auch von seinen Gegnern geschätzten Rommel, der den ehrenden Beinamen »Wüstenfuchs« erhielt, bis El Alamein (100 km vor Alexandria) vorzustoßen. Der Versuch aber, den Angriff bis zum Suezkanal voranzutragen, scheiterte an dem sich verstärkenden Widerstand, vor allem jedoch an dem erneut versiegenden Nachschub. Da die Flieger der Royal Air Force zudem nahezu den gesamten Luftraum beherrschten, trat Rommel mit seinen Verbänden Anfang November 1942 den Rückzug entlang der Küste an, obwohl Hitler den Befehl gegeben hatte, die erreichten Stellungen um jeden Preis zu halten.

Inzwischen aber war die Lage für das Afrikakorps durch die Landung amerikanischer und britischer Einheiten bei Casablanca, Oran und Algier (7. November 1942) nahezu hoffnungslos geworden. Am 13. Mai 1943 – Rommel war bereits im März 1943 zur Übernahme neuer Aufgaben versetzt worden – kapitulierten die Reste

des Afrikakorps bei Tunis. 250 000 deutsche und italienische Soldaten gingen in die Gefangenschaft.

11.38 Wannseekonferenz – »Endlösung der Judenfrage«

Hitler hatte schon in seinem Bekenntnisbuch »Mein Kampf« seine Absicht kundgetan, im Falle einer Machtübernahme eines Tages das Judentum aus dem deutschen Volksleben »auszumerzen«. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten hatte er wiederholt diesen Plan als unverrückbares Ziel bezeichnet. In Deutschland und nach dem Anschluss auch in Österreich war schon vor dem Krieg die Zahl der jüdischen Bürger infolge der ständigen Diffamierungen und Demütigungen nach Erlass der »Nürnberger Gesetze« (► 11.16), schließlich nach dem Judenpogrom des 9. November 1938, der sogenannten Reichskristallnacht (► 11.17), durch Auswanderung, die sich zur Massendeportation ausweitete, um mehr als die Hälfte vermindert worden. Mit Kriegsbeginn steigerten sich die Drangsalierungen jüdischer Menschen zu brutalen Terrormaßnahmen, besonders in den besetzten Ostgebieten, wo Himmlers bekräftigte Einsatzgruppen die jüdische Bevölkerung in Ghettos zusammentrieben und durch Massenerschießungen dezimierten.

Die letzte und höchste Steigerung der unmenschlichen Barbarisierung begann mit dem Russlandfeldzug (► 11.35), den Hitler zum »Weltanschauungskrieg« gegen das »jüdisch-bolschewistische Untermenschentum« erklärte. Jetzt wurde auch der ursprüngliche Plan, die europäischen Juden geschlossen nach Madagaskar umzusiedeln, zugunsten der Deportation in den Ostraum aufgegeben. Im Auftrage Hitlers wies Göring am 31. Juli 1941 den SS-Gruppenführer und Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) Reinhard Heydrich, die rechte Hand Himmlers, an, eine Gesamtplanung für die »Endlösung der Judenfrage« zu erstellen. Heydrich erläuterte seinen Plan am 20. Januar 1942 den Vertretern derjenigen Reichsministerien und obersten Parteienstellen, die in irgendeiner Form mit dieser Aktion befasst waren. Das Protokoll dieser Wannseekonferenz entstammt den Aufzeichnungen des SS-Sturmbannführers Eichmann.

Heydrich entwickelte in bürokratischer Tarnsprache sein Vorhaben. Die im Herrschaftsbereich der SS liegenden europäischen Länder sollten systematisch »gesäubert« werden, die Juden »in geeigneter Weise im Osten zum Einsatz kommen«, wobei schon einkalkuliert wurde, dass dabei »zweifelloso ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.« Der übrig bleibende Teil »wird entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist.« Mit dieser grausam-nüchternen Amtssprache war eindeutig die Ausrottung, auch die der Kinder, vorprogram-



▲ Am 20. Januar 1942 erläuterte der mit der Gesamtplanung der »Endlösung der Judenfrage« beauftragte SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich auf der so genannten Wannseekonferenz den Plan zur Vernichtung der europäischen Juden. Zum Symbol für deren Ausrottung wurde das KZ Auschwitz-Birkenau. Das Bild vom Juni 1942 zeigt die Selektion von Juden nach Ankunft eines Eisenbahntransports. Im Hintergrund das Lagertor

miert. Schwerbeschädigte und Weltkriegsteilnehmer mit Auszeichnungen sollten von diesen Deportationen ausgenommen und in Altersghettos eingewiesen werden. Diese scheinheilige Maßnahme sollte nach Heydrichs Worten »mit einem Schlag die vielen Interventionen« ausschalten. Eichmann erhielt den Auftrag, die bürokratisch-technischen Vorarbeiten

zu leisten. Niemand von den anwesenden Behördenvertretern erhob Widerspruch. Auf der Wannseekonferenz waren damit die organisatorisch-technischen Voraussetzungen für den größten Völkermord der Weltgeschichte geschaffen worden.

11.39 Konzentrationslager

Bereits in den ersten Wochen nach der Machtübernahme waren von der SA und der SS politische Gegner in so genannte »wilde« Konzentrationslager eingewiesen worden. Eines der ersten war das von dem Münchener SS-Führer *Heinrich Himmler* (► 11.31) eingerichtete KZ Dachau, im Bereich der Berliner SA entstand das Lager Oranienburg. Kommunistische Funktionäre und Abgeordnete, auch Sozialdemokraten und Publizisten waren die ersten Opfer, die »in Schutzhaft« genommen wurden, wie es amtlich hieß.

Konzentrationslager waren keine Erfindung der Deutschen, aber sie wurden von den Nationalsozialisten zu einem mit höchster Perfektion funktionierenden System zur Ausschaltung der Regimegegner und aller sonstwie unliebsamen

Personen entwickelt – bis zur Vernichtung ganzer Völker. Nach der Liquidierung der SA-Führerschaft im angeblichen »Röhmputsch« wurden die Konzentrationslager geschlossen, bald aber wieder unter der Regie der SS neu eingerichtet und ausgebaut. Jetzt wurden neben den politischen Gegnern auch andere Personengruppen eingewiesen: Angehörige religiöser Sekten, Ordensgeistliche, Pfarrer beider Konfessionen, Juden, Polen, Sinti und Roma, Homosexuelle sowie »Arbeitsscheue«, und »Gewohnheitsverbrecher«.

Mit Beginn des 2. Weltkrieges wurde das KZ-System erheblich ausgebaut, zahlreiche neue Lager entstanden in den eroberten polnischen Gebieten. Unter ihnen ist das im Juni 1940 eingerichtete KZ *Auschwitz* (► 11.40) in seiner räumlichen Ausdehnung wie in seiner Vernichtungskapazität das größte Todeslager der Weltgeschichte geworden. Die Zahl der KZ wuchs während des Krieges auf 22 an mit 165 Außenstellen (= Arbeitslagern). In den Lagern waren die Häftlinge hilflos der brutalen Willkür der Wachmannschaften ausgesetzt. Durch die rücksichtslose Ausbeutung der Häftlinge in den

Konzentrationslager



den Lagern zugeordneten Wirtschaftsbetrieben und Rüstungswerken mit elfstündiger Arbeit bei völlig unzureichender Ernährung, unter fortwährenden Schikanen, stundenlangen Ordnungssappellen und durch Seuchen war die Sterblichkeit unter den Lagerinsassen außerordentlich hoch. Seit Beginn des Krieges bestand die Mehrzahl der Inhaftierten aus Angehörigen der unterworfenen Völker, der Anteil der deutschen Häftlinge betrug bei Kriegsende noch 5–10%. Die Gesamtzahl der KZ-Insassen stieg jetzt sprunghaft an, bis März 1942 waren es bereits 100 000, bis Januar 1945 sogar über 700 000, nicht mitgerechnet die unregistrierten in den KZ Vergasten.

In verstärktem Maße wurden seit Beginn des Russlandfeldzuges in Konzentrationslagern Massenerschießungen durchgeführt. Auf der Wannseekonferenz (► 11.38) am 20. Januar 1942 wurde die Vernichtung des europäischen Judentums organisatorisch festgelegt. Die dort beschlossenen Transporte der europäischen Juden in den Osten gingen ausschließlich in die Vernichtungslager Belzec, Chelmno, Lublin, Majdanek, Sobibór, Treblinka und Auschwitz-Birkenau.

Tausende von Häftlingen sind durch die an ihnen vorgenommenen medizinischen und nahrungsmittelchemischen Experimente ums Leben gekommen. Als sich die Front den osteuropäischen KZ näherte, befahl Himmler den Abtransport der Häftlinge in Richtung Westen, ließ die Vergasungen einstellen und ordnete zudem an, die bei früheren Massenerschießungen verscharrten Leichen auszugraben und zu verbrennen. Auf den Rücktransporten sind in den letzten Monaten noch einmal unzählige Häftlinge durch völlige Erschöpfung und um sich greifende Seuchen gestorben. Man schätzt die Zahl der von den Nationalsozialisten insgesamt in den KZ Inhaftierten auf 7,2 Millionen, von denen nur etwa 500 000 überlebten.

11.40 Auschwitz

Wegen der Nähe zur oberschlesischen Industrie wurde Auschwitz im Juni 1940 auf Anordnung *Himmlers* (► 11.31) zum größten Konzentrationslager des SS-Staates ausgebaut. Die Gesamtausdehnung einschließlich der Nebenlager betrug 40 km². In Erwartung billiger Arbeitskräfte errichtete die I. G. Farbenindustrie AG im Frühjahr 1941 in unmittelbarer Nähe ein Buna-

werk. Diese Firma entwickelte auch das Giftgas Zyklon B, das im September 1941 erstmalig an etwa 900 sowjetischen Kriegsgefangenen »mit Erfolg erprobt« wurde. Daraufhin wurde die Massenvergasungsaktion zur Vernichtung der Juden Europas im Lager Auschwitz gemäß dem in der Wannseekonferenz (► 11.38) vorgestellten Organisationsplan angeordnet. Aus 23 europäischen Ländern rollten nun die Transporte mit den in Güterwagen eingepferchten Männern, Frauen und Kindern nach Auschwitz und in die anderen Vernichtungslager.

Bei der Ankunft in Auschwitz-Birkenau begann bereits an der Rampe unmittelbar nach dem Ausladen aus den Güterwagen die »Selektion«. SS-Ärzte und -Offiziere untersuchten die in zwei Marschsäulen nach Geschlechtern getrennt Angetretenen auf ihre Arbeitsfähigkeit. Die halbwegs Gesunden und Arbeitsfähigen wurden aussortiert und in Arbeitslager gebracht, es waren im Durchschnitt etwa 25% der jeweiligen Gesamtzahl, die Übrigen, meist Greise, Frauen und Kinder traten sogleich den Weg in die Gaskammern an. Die Gesamtzahl dieser sofort vergasten Juden wurde nirgends registriert. Nach den Angaben des ehemaligen Kommandanten von Auschwitz, Höss, sollen allein in diesem Vernichtungslager 1135 000 Menschen vergast worden sein. Die Gesamtzahl der in die Arbeitslager eingewiesenen registrierten Juden betrug in Auschwitz 405 000, davon etwa ein Drittel Frauen. Von diesen Häftlingen sind noch einmal rund 260 000 umgekommen.

Himmler ließ am 1. November 1944 die Vergasungen einstellen, vor dem Herannahen der Roten Armee wurden Gaskammern und Krematorien gesprengt. Mit etwa 60 000 Häftlingen trat die Wachmannschaft des KZ Auschwitz den Fußmarsch nach Westen an, ein großer Teil der Häftlinge starb unterwegs an Entkräftung oder Seuchen. 5 000 zurückgebliebene, kranke Häftlinge fanden die Russen vor, als sie am 27. Januar 1945 in Auschwitz einrückten. Insgesamt sind in den Vernichtungslagern mindestens 3 Millionen Juden vergast worden.

11.41 Stalingrad

Im Sommer 1942 waren die deutschen Armeen im Süden der Ostfront erneut zu einem Großangriff angetreten, um jetzt – nach der Niederlage im Winterkrieg vor Moskau 1941/42 –

doch noch die Sowjetunion niederzuwerfen. Zwei Ziele sollten mit diesem Vormarsch erreicht werden: die Eroberung der Stadt Stalingrad, des Rüstungs- und Verkehrszentrums an der Wolga, und die Inbesitznahme der Ölfelder im Raum Baku im Kaukasus. Mit dem Entschluss, beide ehrgeizigen Ziele gleichzeitig in getrennten Operationen in Angriff zu nehmen, hatte sich Hitler gegen die Vorstellungen der Generale durchgesetzt, die den Vorstoß auf den Kaukasus erst nach der vollständigen Besetzung des Raumes um Stalingrad unternehmen wollten.

Beide Ziele wurden nicht erreicht; zwar stießen deutsche Verbände bis in den Kaukasus vor, aber dann hatte sich die Offensive festgelaufen. Auch Stalingrad konnte nicht ganz in Besitz genommen werden. In erbitterten Häuser- und Straßenkämpfen mit den Verteidigern der Stadt von August bis November 1942 erlitten die deutschen und rumänischen Verbände schwere Verluste, während die Sowjets immer neue und frische Divisionen heranführten. Sie traten am 19. November zum Gegenangriff an und konnten bereits wenige Tage später den Ring um die



▲ Nach der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad am 31. Januar/2. Februar 1943: völlig ausgezehrtc Soldaten auf dem Weg in die sowjetischen Kriegsgefangenenlager

Stadt schließen. Der deutsche Befehlshaber Generaloberst Paulus, beschloss, Stalingrad aufzugeben und nach Westen durchzubrechen. Aber Hitler lehnte ab und befahl, den Platz unbedingt zu halten, zumal Göring zugesichert hatte, die eingeschlossene Armee über Wochen aus der Luft mit allem Notwendigen zu versorgen. Inzwischen hatte auch der Winter mit strengem Frost eingesetzt. Grimmige Kälte mit unzureichender Verpflegung zermürbte die erschöpften Soldaten, denen vorgedunkelt wurde, ein Entlastungsstoß deutscher Armeen würde sie in Kürze aus ihrer misslichen Lage befreien. Aber die zur Entlastung angesetzten Truppenverbände blieben 48 km vor dem Kessel liegen. Am 31. Januar und 2. Februar 1943 ergaben sich die Reste der in zwei Kessel auseinander gebrochenen Armee. 146 000 deutsche und rumänische Soldaten waren gefallen, 90 000 völlig erschöpfte, kranke und verwundete Männer gingen in die Gefangenschaft, nur etwa 6 000 haben überlebt und sind nach Jahren in die Heimat zurückgekehrt. Hitler, der schon in einer Rede am 8. November 1942 mit der Eroberung Stalingrads geprahlt hatte, suchte jetzt den Untergang der 6. Armee als grandioses germanisches Heldenepos hinzustellen. Aber immer mehr Menschen in Deutschland ahnten, dass mit Stalingrad eine Wende des Krieges eingetreten war.

11.42 »Totaler Krieg«

In Deutschland breitete sich nach dem Schock den die Katastrophe von Stalingrad (► 11.41) ausgelöst hatte, eine gedrückte Stimmung aus, zumal immer häufiger deutsche Städte das Ziel alliierter Bombenangriffe waren. Von der Siegeszuversicht der ersten Kriegsjahre war nicht mehr viel zu spüren. Um dieser Stimmung entgegenzuwirken, rief der Propagandaminister Joseph Goebbels (► 11.14) in einer Massenkundgebung im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943 vor eigens dafür ausgesuchten Parteimitgliedern das deutsche Volk zum entschlossenen Widerstand und zu äußerster Kraftanstrengung auf. Goebbels' Rede gipfelte in Suggestivfragen an die Versammelten, mit denen er die Opferbereitschaft und die Treue zum »Führer« appellierte und die von den fanatisierten Massen mit Beifallsstürmen und dem Bekenntnis zur unbedingten Gefolgschaftstreue beantwortet wurden:

Die Zweite Weltkrieg – Europa und Nordafrika Herbst 1942 bis Herbst 1944



— Frontlinie Anfang Oktober 1942	***** Frontlinie im März 1943	□□□□□□□□□□ Frontlinie Anfang Juni 1944
□□□□□□□□□□ Alliierte bzw. von ihnen kontrollierte Gebiete Mitte Oktober 1942	▨▨▨▨▨▨▨▨▨▨▨▨ von den Alliierten bis Ende 1943 eroberte Gebiete	▨▨▨▨▨▨▨▨▨▨▨▨ von den Alliierten bis Oktober 1944 eroberte Gebiete
— Vormarschrichtung der Alliierten	□□□□□□□□□□ Frontlinie im Dezember 1943	▨▨▨▨▨▨▨▨▨▨▨▨ Frontlinie November 1944
▨▨▨▨▨▨▨▨▨▨▨▨ von den Alliierten bis März 1943 eroberte bzw. besetzte Gebiete	□□□□□□□□□□ von den Alliierten bis Anfang Juni 1944 eroberte Gebiete	← deutsche Räumungsoperation
		N.L. Niederlande
		B. Belgien

Frage euch: Seid ihr und ist das deutsche Volk entschlossen, wenn der Führer es befiehlt, zwölf und, wenn nötig, vierzehn und fünfzehn Stunden täglich zu arbeiten und das Beste herzugeben für den Sieg? ... Die Engländer behaupten, das deutsche Volk wehrt sich gegen die totalen Kriegsmaßnahmen der Regierung. Es will nicht den totalen Krieg, sondern die Kapitulation.« (Zurufe: »Niemals, niemals, niemals!«) »Ich frage euch: Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler

und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können?« Zehn dieser Fragen stellte Goebbels, zehnmal antwortete die Masse mit lautem »Ja«. Mit dieser über den Rundfunk verbreiteten Kundgebung wollte Goebbels den Westmächten, die auf ihrem Gipfeltreffen in Casablanca im Januar 1943 beschlossen hatten, den Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation der deutschen Streitkräfte fortzusetzen, die Antwort erteilen. Die auf ihre Stunde wartenden Gruppen

des deutschen Widerstands (► 11.43) haben den Entschluss der Alliierten, von den Deutschen die bedingungslose Kapitulation zu erzwingen, bedauert, weil er eine Solidarisierung weiterer Bevölkerungskreise mit dem Regime bewirkte.

11.43 Widerstand

Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime hat es von Anfang an und in vielfältiger Form gegeben. Er begann bereits bei denjenigen – und es waren nicht wenige –, die es verstanden, sich trotz ständiger, massiver Bearbeitung durch Parteipropaganda in Presse und Rundfunk, am Arbeitsplatz, sogar im Privatle-



▲ Der Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime hatte viele Gesichter. Hier die führenden Mitglieder der Gruppe »Weiße Rose«, Hans und Sophie Scholl sowie (rechts) Christoph Probst, die am 22. Februar 1943 hingerichtet wurden

ben der unmittelbaren Beeinflussung zu entziehen und der Massenpsychose nicht zu erliegen. Das schon war gefährlich, noch viel mehr, Mitmenschen zu unterstützen, die verfolgt wurden, ihr Untertauchen zu ermöglichen oder ihnen zur Flucht ins rettende Ausland zu verhelfen.

Die mit der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 gejagten Kommunisten waren die Ersten, die in den Untergrund gingen und versuchten, ihre zerschlagene Organisation wieder aufzubauen. Nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion (Juni 1941) gelang der Gestapo die Zerschlagung einer Verschwörergruppe, die im Kontakt mit dem sowjetischen Geheimdienst gestanden hatte und deren füh-

rende Köpfe in mehreren Reichsministerien gesessen hatten. Die Gestapo gab ihr den Namen »Rote Kapelle«.

SPD- und Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner und Julius Leber arbeiteten im Untergrund mit den bürgerlichen Vertretern des Widerstandes zusammen, deren zentrale Gestalt der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler war und mit den oppositionellen Gruppen innerhalb der Wehrmacht. Deren maßgebliche Führungspersonlichkeit war der in der Sudetenkrise 1938 zurückgetretene Generalstabsoffizier Ludwig Beck. Während des Krieges gewannen zunehmend auch der so genannte Kreisauer Kreis um den Grafen Helmuth James von Moltke, auf dessen Gut die Kreisauer Kreis um alle politischen Richtungen zusammenkamen, an Einfluss. Der Kreisauer Kreis befasste sich mit der erhofften Erneuerung nach dem Sturz der NS-Diktatur. Evangelische und katholische Geistliche gehörten von Anfang an zu den Widerstandskreisen. Immer wieder erhoben sie Protest gegen Unrechtmassnahmen und Geplattaten der Machthaber und büßten dafür oft mit jahrelanger KZ-Haft oder Tod.

Solange Hitler durch seine politischen Erfolge in der Vorkriegszeit und die Blitzsieg der Wehrmacht im deutschen Volk als »größter deutscher Staatsmann« seit Bismarck und als »Feldherrngenie« ein fast unerschütterliches Ansehen genoss, erschien es den Männern und Frauen des Widerstandes so gut wie unmöglich, Hitler durch ein Attentat aus dem Wege zu räumen und diese Tat als Rettungsaktion vor der Katastrophe zu rechtfertigen.

Erst mit der Verschlechterung der militärischen Situation und der um sich greifenden Erkenntnis, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen sein würde, stiegen die Chancen der Opposition. Aber alle Versuche mit den Alliierten Verbindungen aufzunehmen und von diesen Zugeständnisse für einen günstigeren Frieden anstelle der geforderten bedingungslosen Kapitulation zu erhalten, schlugen ebenso fehl wie mehrere Attentatspläne auf Hitler. Nach der Katastrophe von Stalingrad (► 11.41) waren auch in der Bevölkerung kritische Stimmen laut geworden, vor allem an den Universitäten. Münchener Studenten verfassten Flugblätter und riefen zum Widerstand gegen die verbot-

dung zu den gelandeten Einheiten herzustellen vermochten. Allmählich konnten die Alliierten ihre Landeköpfe ausweiten.

Die erdrückende Luftüberlegenheit der Alliierten entschied schließlich den Kampf in der Normandie. Dennoch gelang erst am 30. Juli 1944 den alliierten Panzerverbänden der Durchbruch durch den deutschen Einschnürungsring bei Avranches. Jetzt konnten sich die angloamerikanischen Armeen entfalten und in zügigem Vormarsch, unterstützt von den aus dem Untergrund auftauchenden französischen Widerstandskämpfern der Résistance, tief nach Frankreich eindringen. Am 25. August rückten amerikanische und französische Einheiten in Paris ein. Damit war die letzte Phase des Krieges angebrochen, der Sturm der alliierten Armeen von Ost und West auf die Grenzen des Deutschen Reiches begann.

11.45 20. Juli 1944

Bei den Männern und Frauen des deutschen Widerstands (► 11.43) waren seit der Sudetenkrise 1938 mannigfache Überlegungen ange-



▲ Symbolfigur des deutschen Widerstands gegen die NS-Diktatur: der Attentäter des 20. Juli 1944, Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg

führte Politik Hitlers auf. Der Opfergang der deutschen Menschen der »Weißen Rose« um die Geschwister Hans und Sophie Scholl endete mit ihrer Hinrichtung, aber er zeigte der Welt, dass es noch ein anderes Deutschland gab. Das Attentat des 20. Juli 1944 führte zur Verhaftung vieler Frauen und Männer des Widerstands, von denen die meisten nach Schauprozessen vor dem Volksgerichtshof (► 11.46) hingerichtet wurden.

11.44 Invasion

Stalin hatte seit Beginn der militärischen Zusammenarbeit mit den Westmächten diese geahnt, zur Entlastung seiner dem Druck der deutschen Streitkräfte allein ausgesetzten Armeen in Europa eine zweite Front zu errichten. Nach dem misslungenen alliierten Landeunternehmen bei Dieppe im August 1942 gab Hitler den Befehl zum Ausbau einer gewaltigen Verteidigungslinie von den Pyrenäen bis zur niederländischen Küste, um eine erneute Landung der Alliierten von vornherein unmöglich zu machen. Der von der Parteipropaganda hoch gepriesene, unüberwindliche Atlantikwall war allerdings bis 1944 erst in Teilen fertig gestellt.

Die deutsche Führung erwartete die Invasion an der Kanalküste. Als aber die alliierte Invasionstruppe unter dem Befehl des amerikanischen Generals Eisenhower sich in den ersten Stunden des 6. Juni 1944 auf die Küste der Normandie zubewegte, hatte die deutsche Luftaufklärung die gewaltige, in Südengland zusammengestellte Armada überhaupt nicht wahrgenommen, und das deutsche Oberkommando war noch, als die ersten Schiffe gesichtet wurden, davon überzeugt, es handele sich um ein Ablenkungsmanöver. So wurde versäumt, den in den Bunkerstellungen an der Küste liegenden Einheiten die dringend benötigten Verstärkungen voranzuführen, um – nach dem Plan des Feldmarschalls Rommel – den gelandeten Gegner sofort wieder ins Meer zurückwerfen zu können.

Den Alliierten gelang es mit erheblicher Luftunterstützung und unter dem Feuerschutz der gesamten Schiffsgeschütze, Brückenköpfe zu bilden und die Bunkerlinie zu überwinden. Zudem hatten noch in der Nacht Lastensegler auf einer Strandbreite von 100 km Luftlandetruppen hinter der deutschen Verteidigungslinie abgesetzt, die trotz schwerer Verluste die Verbind-

stellt worden, wie man Hitler in den Weg treten könne, um die vorhersehbare Katastrophe, in die seine Politik das deutsche Volk führen musste, noch abzuwenden. Doch erst in den Kriegsjahren hatte sich in der Widerstandsbewegung die Erkenntnis allgemein durchgesetzt, dass nur der Tod des Diktators die Voraussetzung für ein Gelingen des Staatsstreiches sein konnte. Nachdem bereits mehrere Attentats-



▲ Nach dem Attentat Stauffenbergs am 20. Juli 1944 besichtigte Reichsmarschall Hermann Göring (in der hellen Uniform) die zerstörte Lagebaracke im Führerhauptquartier »Wolfsschanze« in Ostpreußen

pläne schon im Vorstadium gescheitert waren, ruhten jetzt, im Sommer 1944, die letzten Hoffnungen der Verschwörer auf dem jungen Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg. Der nach seiner schweren Verwundung in Afrika als Stabschef zum Ersatzheer versetzte Offizier hatte als Einziger aus dem Kreis des Widerstandes direkten Zugang zu den Lagebesprechungen im Führerhauptquartier. Er war zum entschiedenen Gegner des Hitlerregimes geworden, als er im Osten Zeuge einer Massenezekution von Frauen und Kindern durch SS-Einheiten geworden war. Stauffenberg musste persönlich die von ihm eingestellte Zeitbombe in seiner Aktentasche in den Besprechungsraum bringen, aber zugleich hatte er die Aufgabe, mit der Bekanntgabe des Schlüsselwortes »Hitler ist tot« die Aktion »Walküre« auszulösen, den Staatsstreich einzuleiten, mit dem im Reich und in den besetzten Gebieten die Wehrmachtbefehlshaber sofort alle höheren SS- und

Parteidienststellen besetzen, die SS entwaffnen und die SS- und Parteiführer verhaften sollten. Der Anschlag scheiterte, die Bombe explodierte zwar, aber Hitler wurde nur leicht verletzt, weswegen ein Teilnehmer der Besprechung die Aktentasche mit der Zeitbombe kurz vorher vom Platz des »Führers« weg und zur Seite gestellt hatte. Stauffenberg, der erst drei Stunden nach dem Attentat wieder in Berlin eintraf, glaubte, dass Hitler tot sei, und gab das Startzeichen zur Auslösung der Aktion. Doch da waren schon Nachrichten aus dem Führerhauptquartier durchgesickert, dass Hitler am Leben geblieben war. Jetzt weigerten sich einige der Armeebefehlshaber, Weisungen aus Berlin entgegenzunehmen, wenn Hitler lebte, andere distanzieren sich sogar von jeglichen Staatsstreichsplänen, zumal jetzt aus dem Führerhauptquartier Befehle telefonisch durchgegeben wurden, den Verschwörern den Gehorsam zu verweigern. Der Kommandeur des Berliner Wachbataillons, der den Auftrag hatte, den Propagandaminister Goebbels zu verhaften, wurde von diesem persönlich mit Hitler verbunden, der ihm den Befehl gab, sofort den Aufstand niederzuschlagen. In dem Wirrwarr, der sich in den Abendstunden des 20. Juli im Gebäude des Heeresersatzamtes in der Berliner Bendlerstraße abspielte, brach der Aufstand zusammen. Stauffenberg und drei weitere Offiziere wurden noch in der Nacht im Hof der Bendlerstraße erschossen. Hitler übertrug dem Reichsführer SS Himmler das Oberkommando des Ersatzheeres und beauftragte ihn, die Verschwörer und alle Mitwisser zu verhaften. Gegen die Familienangehörigen wurde »Sippenhaft« verhängt. Durch ungünstige Umstände fiel der Gestapo Material in die Hände, aus dem die Verbindungen der militärischen Verschwörer zu zivilen Widerstandsgruppen zu erkennen waren. Insgesamt sind aus dem engeren Widerstandskreis etwa 200 Männer und Frauen vor den Volksgerichtshof (► 11.46) geschleppt und später hingerichtet worden; die Zahl der im weiteren Zusammenhang mit den Vorgängen des 20. Juli Verhafteten wird auf rund 7 000 geschätzt; bis zum Kriegsende wurden Tausende hingerichtet. Hitler versuchte, die hinter dem Attentat stehenden Kreise verächtlich zu machen und ihre Bedeutung abzuschwächen, indem er verkündete, es habe sich um eine »ganz kleine Clique ehrgeiziger Offiziere« gehandelt. Er selbst nahm seine Errettung zum Anlass, wieder eine

»Vorsehung« zu zitieren, die ihn vor dem Tode bewahrt habe, damit er sein großes Werk vollenden könne.

Welche Chancen zur Beendigung des Krieges und zur Demokratisierung ein Gelingen des Staatsstreiches tatsächlich eröffnet hätte, bleibt allerdings ungewiss.

11.46 Volksgerichtshof

Nach dem Scheitern des Attentats vom 20. Juli 1944 (► 11.45) nahmen nun Hitler und Himmler, der jetzt zum Befehlshaber des Ersatzheeres ernannt wurde, die Verfolgung der dem Widerstand zugerechneten Personengruppen auf. Die Offiziere wurden aus der Wehrmacht ausgestoßen und ebenso wie die verhafteten Zivilisten zur Aburteilung dem Volksgerichtshof übergeben. Dieses 1934 eingerichtete Sondergericht, das sich mit politischen Straftaten wie »Wehrkraftzersetzung«, »Wehrdienstentziehung«, Spionage u. a. als erste und letzte Instanz befassete, unterstand seit 1942 dem Präsidenten Roland Freisler. Besonders unter der Präsidentschaft Freislers wurde der Volksgerichtshof zu einem gefürchteten Instrument nationalsozialistischer Terrorjustiz. Von den jeweils fünf Richtern der sechs Senate brauchten nur zwei, der Vorsitzende und ein Beisitzer, Juristen zu sein, die drei anderen von Hitler ernannten Laienbeisitzer kamen aus der Wehrmacht, der Polizei oder der Partei. Die Verfahren gegen die Mitglieder der Widerstandsbewegung leitete Freisler größtenteils

persönlich. Er ließ die Angeklagten unter entwürdigenden Umständen vor Gericht auftreten, schrie in seinem Verhör die Angeklagten unentwegt an und ließ sie kaum zu Wort kommen. Die ihrem sicheren Tod entgegengehenden Widerstandskämpfer haben dennoch ihre Einstellung zum Regime und zu Hitler mannhaft vertreten. Hitler ließ die Hauptverhandlungen ebenso filmen wie auch die grausame Hinrichtungsprozedur. Der Volksgerichtshof hat insgesamt bis Ende 1944 über 5 200 Todesurteile gefällt, die auch vollstreckt worden sind. Freisler kam Anfang Februar 1945 bei einem Luftangriff ums Leben. Die Opfer der nationalsozialistischen Blutjustiz haben mit ihrem kompromisslosen Widerstand gegen das Unrechtsregime und mit ihrem tapferen Leiden und Sterben der Welt bewiesen, dass es auch in der dunkelsten Zeit der deutschen Geschichte noch ein anderes Deutschland gab.

11.47 Luftkrieg über Deutschland

Während in Großbritannien und in den USA der Luftwaffe von vornherein eine eigene strategische Bedeutung zugemessen wurde, sah die deutsche Führung die Aufgabe der Luftstreitkräfte mehr im Zusammenwirken mit den Bodentruppen. Das hatte zur Folge, dass in der deutschen Rüstung dem Bau von Kurzstreckenjägern und Kampfflugzeugen der Vorzug gegeben wurde, während der Schwerpunkt der



◀ Luftkrieg über Deutschland. Die seit Anfang 1943 massiven Angriffe der alliierten Bomberflotten führten zur Zerstörung zahlreicher deutscher Städte. Die Luftaufnahme zeigt die Ruinen von Wohnblocks in Hamburg

angloamerikanischen Rüstung auf Langstreckenbomben und entsprechenden Langstrecken-Begleitjägern lag. Bereits in der Luftschlacht um England 1940 (► 11.33) wirkte sich dies nachteilig für die deutsche Seite aus, als die deutschen Bomberverbände, deren Bombenlastkapazität ohnehin beschränkt war, ohne Begleitschutz der britischen Abwehr ausgesetzt waren. Und dennoch, der Luftkrieg mit massiven Bombenangriffen gegen Städte und die Zivilbevölkerung war von Hitler eröffnet worden. Er hatte 1940 großsprecherisch verkündet, er werde englische Städte »ausradieren«.

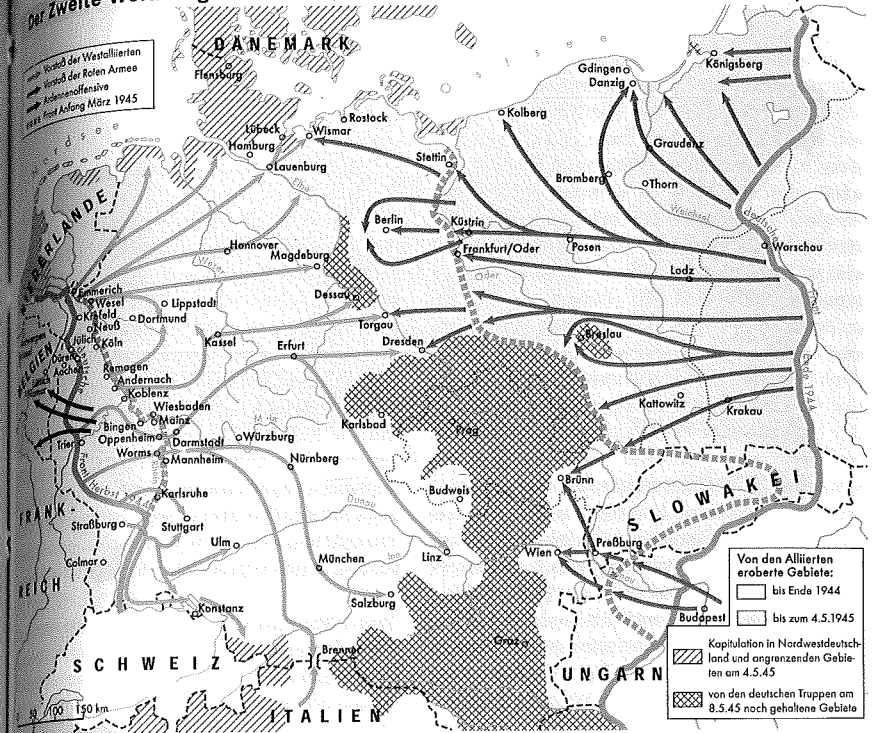
Voll zur Wirkung kam der Einsatz alliierter Langstreckenbomber und Begleitjäger ab Frühjahr 1942. Der erste Großangriff von tausend Bombern traf Köln am 30./31. Mai 1942. Die ab 1943 auch bei Tage einfliegenden Verbände hatten anfänglich schwere Verluste aufzuweisen, gegen die sich allmählich herausbildenden Flächenangriffe war jedoch die deutsche Luftabwehr nahezu hilflos. Ab November 1943 begann die systematische Bombardierung der Reichshauptstadt, ab Anfang 1944 hatten die Alliierten die Luftherrschaft über dem Reichsgebiet eindeutig errungen. Jetzt wurde, nahezu unbehelligt von der deutschen Abwehr, eine Stadt nach der anderen in Trümmer gelegt. Trotz furchtbarer Zerstörungen konnte aber die deutsche Kriegswirtschaft nicht entscheidend getroffen werden, das Produktionsniveau wurde sogar bis Ende 1944 noch gesteigert. Die Belastung der Zivilbevölkerung – insgesamt sind etwa 500 000 Menschen im Luftkrieg ums Leben gekommen – war ungeheuer groß, aber der Bombenkrieg bewirkte gerade, dass sich die Menschen in den Luftschutzkellern und in den Trümmern ihrer Städte mit ihrer Führung solidarisierten, dass sich ihr Wille zum Durchhalten bis zu der immer wieder angekündigten Wende des Krieges durch die angeblichen »Wunderwaffen des Führers«, die es gar nicht gab, versteifte.

Den letzten Höhepunkt der alliierten Bombenangriffe bildete die Zerstörung Dresdens am 13. und 14. Februar 1945, wo mindestens 35 000 Menschen, darunter Tausende von Flüchtlingen, ums Leben kamen. Am Ende des Krieges waren fast alle deutschen Großstädte und viele mittlere und kleine Städte durch Bombenangriffe in Trümmer gelegt, über 50 % der Verkehrs- und Industrieanlagen waren zerstört.

11.48 Konferenz von Jalta

Als sich die politischen Führer der drei Hauptalliierten, Roosevelt, Churchill und Stalin – die großen drei –, zur Konferenz auf der Krim vom 4. bis 11. Februar 1945 trafen, standen die alliierten Armeen bereits an den Grenzen des Deutschen Reiches. Aachen war am 21. Oktober 1944 als erste deutsche Stadt besetzt worden, die letzte deutsche Gegenoffensive in den Ardennen war zurückgeschlagen worden, die Rote Armee war zu ihrem Großangriff gegen Ostpreußen, Schlesien und Berlin angetreten. Trotz der bereits in Geheimberichten auftauchenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten über die Behandlung der durch die Rote Armee befreiten osteuropäischen Länder hatten die Teilnehmer der Konferenz doch den Eindruck, gemeinsam »einen ersten großen Friedenssieg gewonnen zu haben«. Die Sowjetunion versprach, in etwa zwei bis drei Monaten nach der deutschen Kapitulation in den Krieg gegen Japan einzutreten. Als Ostgrenze Polens wurde die so genannte Curzonlinie festgelegt, sie entsprach etwa der 1939 zwischen Hitler und Stalin ausgehandelten Demarkationsgrenze. Polen sollte dafür »beträchtlichen« Gebietszuwachs im Westen erhalten, die genaue Festlegung der abzutretenden deutschen Gebiete erfolgte jetzt noch nicht. Stalin sprach jedoch bereits von der Oder-Neiße-Linie. Die Entscheidung darüber wurde auf die nächste Konferenz der großen drei verschoben (Potsdamer Konferenz, ► 12.4). Die Teilnahme Frankreichs an der vorgesehenen Militärregierung in Deutschland wurde verabredet sowie die Aufteilung des Reichsgebietes in vier Besatzungszonen, ferner die Errichtung einer Kommission zur Festsetzung der deutschen Reparationen. Übereinstimmung erzielten die Konferenzteilnehmer auch über die Fragen der Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Deutschen. Ungeklärt blieb die zukünftige wirtschaftliche Gestaltung Deutschlands, doch war Roosevelt jetzt weitgehend von dem Morgenthauptplan abgerückt, nach dem Deutschland radikal in ein Agrarland zurückverwandelt werden sollte. Weitere Beschlüsse betrafen unter anderem die Bildung einer provisorischen polnischen Regierung und den Abstimmungsmodus in der geplanten Organisation der UN.

Der Zweite Weltkrieg – Der alliierte Vormarsch in das Deutsche Reich 1944/45



11.49 Volkssturm

Am 25. September 1944 verordnete Hitler zur Verteidigung der bedrohten Heimatgebiete die Bildung eines deutschen Volkssturms. Er sollte die Männer zwischen 16 und 60 Jahren umfassen, die noch nicht zur Wehrmacht eingezogen worden waren, somit alle bisher ihres Berufes wegen vom Wehrdienst freigestellten (Facharbeiter, Bauern usw.). Der Volkssturm sollte den Kampf der Wehrmacht unterstützen. Die militärische Ausrüstung, Organisation und Ausbildung übernahm als Befehlshaber des Ersatzheeres der Reichsführer SS Himmler. Die Aufstellung der Volkssturmeinheiten wurde den jeweiligen Gauleitern der Partei übertragen. Hitler erwartete, dass sein Aufruf zur Bildung des Volkssturms einen Aufstand der Massen zur Verteidigung der Heimat auslösen würde. Aber die Fanatisierung des Volkes blieb aus. Die Ausbildung der Volkssturmmänner war völlig unzureichend, ihre Bewaffnung mit

Ausnahme der Panzerfaust dürftig, ihr militärischer Wert war ungenügend, wie auch die von ihnen angelegten Panzersperren weitgehend wertlos waren. Ihr Einsatz im Kampfgebiet war somit unverantwortlich und führte nur zu hohen Verlusten unter den unerfahrenen jungen und alten Männern des letzten Aufgebotes.

11.50 Hitlers politisches Testament

Im letzten Abschnitt des Krieges, als sich die Armeen der Verbündeten von West und Ost auf die Mitte des Reiches zubewegten und sich der Zusammenbruch Deutschlands immer klarer abzeichnete, erließ Hitler vom Bunker der Reichskanzlei aus immer unsinnigere Befehle, die seinen physischen und psychischen Verfall erkennen ließen. Am 19. März 1945 ordnete er an, dass beim Heranrücken des Feindes alle Industrie- und Versorgungsanlagen, Verkehrs-

und Nachrichteneinrichtungen zerstört werden sollten. Diesen »Verbrannte-Erde-Befehl«, den jedoch die meisten Truppenkommandeure nicht mehr befolgten, rechtfertigte Hitler dem Rüstungsminister Speer gegenüber, der auf die negativen Folgen für die überlebende Zivilbevölkerung hingewiesen hatte, mit der Bemerkung: »... Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen ... denn das Volk hätte sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft.« Als am 12. April 1945 Hitler der Tod des amerikanischen Präsidenten Roosevelt mitgeteilt wurde, glaubte er, nun werde die unnatürliche Koalition der Gegner auseinander brechen und sich eine günstige Wende im Kriegsgeschehen einstellen, wie seinerzeit im Siebenjährigen Krieg, als der Tod der russischen Zarin Katharina den Preußenkönig Friedrich aus einer nahezu hoffnungslosen Lage befreit hatte. Aber es änderte sich nichts, der Krieg wurde auch unter dem neuen Präsidenten der USA, Harry S. Truman, fortgesetzt. Als auch die mehr in Hitlers Fantasie als in der Realität existierende Armee Wenck, die den russischen Einschließungsring um Berlin aufbrechen sollte, nicht in Erscheinung trat, fasste Hitler den Entschluss, sich das Leben zu nehmen.

In seinem am 29. April 1945 verfassten »politischen Testament« suchte er sich selbst in schwülstig-theatralischen Formulierungen von jeder Schuld am Kriege reinzuwaschen, der von jenen Staatsmännern angestiftet worden sei, »die entweder jüdischer Herkunft waren oder für jüdische Interessen arbeiteten.« Er stieß seine alten Kampfgefährten Göring (► 11.10) und Himmler (► 11.31) aus der Partei und allen Ämtern aus, weil sie hinter seinem Rücken Verhandlungen mit dem Feind aufgenommen hätten, und schloss sein Testament mit dem beschwörenden Appell an die Überlebenden »zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum.«

Hitler hatte nichts hinzulernt. Mit denselben Formulierungen hatte er am Beginn seiner politischen Laufbahn in der Nachkriegssituation nach 1918 die Massen aufzuhetzen begonnen. Er sah sich von Verrat und Treulosigkeit umgeben. Theatralisch-makaber war auch seine letzte

Handlung, die Heirat mit seiner langjährigen Lebensgefährtin Eva Braun, wenige Stunden vor dem gemeinsamen Selbstmord am 30. April 1945.

11.51. Bedingungslose Kapitulation

Mit der Verkündung ihres Kriegszieles der bedingungslosen Kapitulation schon im Januar 1943 in Casablanca hatten Churchill und Roosevelt auch den Widerstandswillen des deutschen Volkes gestärkt und erreicht, dass sich große Teile der Bevölkerung mit ihrer militärischen und politischen Führung solidarisierten. Dem deutschen Widerstand (► 11.43) war damit die Möglichkeit genommen, die noch zögernden Frontbefehlshaber für den gegen Hitler geplanten Staatsstreich zu gewinnen, weil sie auch für den Fall der Beseitigung Hitlers keine Zusage von den Alliierten in Händen hatten, dann eine günstigere Friedensregelung zu erreichen.

Nun aber war der Krieg endgültig verloren. Amerikaner und Sowjets gaben sich an der Elbe bei Torgau die Hand, die von der Sowjetarmee eingeschlossene Reichshauptstadt stand vor dem Fall, Hitler hatte sich im Bunker unter der in Trümmern liegenden Reichskanzlei der Verantwortung durch Selbstmord entzogen. Es war eine Illusion zu glauben, Amerikaner und Russen würden sich schon in der Stunde des Endsieges entzweien, Amerikaner und Briten würden nun plötzlich gemeinsam mit den noch intakten deutschen Armeen die Sowjets wieder aus Mitteleuropa vertreiben. Aber viele hofften darauf, auch der von Hitler zum Nachfolger als Reichspräsident und Oberbefehlshaber der Wehrmacht ernannte Großadmiral Dönitz, der von Flensburg-Mürwik aus die Reichsgeschäfte, soweit sie noch funktionierten, weiterzuführen versuchte. Dönitz, der soeben noch dem deutschen Volk in bewusster Verfälschung der Tatsachen den »Heldentod des Führers« mitgeteilt hatte, begriff nicht, dass die Alliierten an ihrem Vorgehen gegenüber Deutschland auch nach dem Tode Hitlers bis zur bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht festhalten wollten. Dönitz hat aber die nun doch als unvermeidlich erkannte Gesamtkapitulation so lange hinauszuzögern versucht, bis ein möglichst großer Teil der sich nach Westen abset-



◀ Am 7. Mai 1945 wurde in Reims die Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht unterzeichnet. In der Mitte Generaloberst Alfred Jodl als Vertreter des Oberkommandos der Wehrmacht, links General Oxenius (Vertreter der Luftwaffe), rechts Admiral von Friedeburg (Marine)

zenden Truppen und der Flüchtlingsströme vor dem Zugriff der Roten Armee in Sicherheit gebracht war. So gelang es, etwa 2 bis 3 Millionen Menschen in den Bereich der Westalliierten zu überführen.

Am 2. Mai 1945 kapitulierte Berlin, am gleichen Tag die am 29. April unterzeichnete deutsche Teilkapitulation in Italien in Kraft, weitere

Teilkapitulationen folgten am 4. Mai in Süd- und Nordwestdeutschland. Die von General Eisenhower geforderte Gesamtkapitulation des Deutschen Reichs wurde am 7. Mai im amerikanischen Hauptquartier in Reims unterzeichnet und am 8. Mai auf Wunsch Stalins im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst wiederholt.

Daten

30. Jan. 1933 Hitler wird Reichskanzler («Machtergreifung»)
27. Febr. 1933 Reichstagsbrand
5. März 1933 Reichstagswahl
23. März 1933 Ermächtigungsgesetz
2. Mai 1933 Auflösung der Gewerkschaften
22. Juni 1933 Verbot der SPD
20. Juli 1933 Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Vatikan
14. Okt. 1933 Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund
26. Jan. 1934 Nichtangriffspakt mit Polen
30. Juni 1934 so genannter Röhmputsch
2. Aug. 1934 Hitler wird Staatsoberhaupt als »Führer und Reichskanzler«
16. März 1935 Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und Aufbau der Wehrmacht
18. Juni 1935 Deutsch-Britisches Flottenabkommen
15. Sept. 1935 »Nürnberger Gesetze« (Entrechtung der jüdischen Bevölkerung)
7. März 1936 Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes
25. Okt. 1936 Achse Berlin-Rom
25. Nov. 1936 Antikominternpakt mit Japan
12. März 1938 Einmarsch deutscher Truppen in Österreich
29. Sept. 1938 Münchner Abkommen
1. Okt. 1938 Einmarsch deutscher Truppen in sudetendeutsche Gebiete
9. Nov. 1938 organisiertes Judenpogrom («Reichskristallnacht»)
15. März 1939 Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei
22. Mai 1939 Militärbündnis mit Italien («Stahlpakt»)
23. Aug. 1939 Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffspakt («Hitler-Stalin-Pakt»)
1. Sept. 1939 Überfall auf Polen
3. Sept. 1939 britische und französische Kriegserklärung an das Deutsche Reich
9. April 1940 Besetzung Dänemarks und Norwegens
10. Mai 1940 Beginn des Westfeldzuges
22. Juni 1940 Waffenstillstand mit Frankreich
13. Aug. 1940 Beginn der Luftschlacht gegen Großbritannien
30. März 1941 Angriff des deutschen Afrikakorps unter Rommel
6. April 1941 Beginn des Angriffs gegen Jugoslawien und Griechenland
22. Juni 1941 Beginn des Angriffs gegen die Sowjetunion
11. Dez. 1941 Kriegserklärung Hitlers an die USA
20. Jan. 1942 Wannseekonferenz («Endlösung der Judenfrage» eingeleitet)
- 30./31. Mai 1942 1. Großangriff auf Köln (1 000 Bomber)
7. Nov. 1942 Landung der Alliierten in Nordafrika
19. Nov. 1942 Beginn der sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad
25. Jan. 1943 Roosevelt und Churchill fordern auf der Konferenz von Casablanca »bedingungslose Kapitulation« Deutschlands
31. Jan./2. Febr. 1943 Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad
18. Febr. 1943 Goebbels verkündet im Berliner Sportpalast den »totalen Krieg«
13. Mai 1943 Kapitulation der deutsch-italienischen Heeresgruppe Afrika
28. Nov.–1. Dez. 1943 Gipfelkonferenz der Alliierten in Teheran
6. Juni 1944 Invasion der Alliierten in der Normandie
20. Juli 1944 fehlgeschlagenes Attentat auf Hitler im Führerhauptquartier
- 4.–11. Febr. 1945 Gipfelkonferenz von Jalta
30. April 1945 Hitler begeht Selbstmord
- 7./8. Mai 1945 Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Reims und Berlin-Karlshorst

Neuanfang (1945–1949)

12

Einführung

Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 und der vollständigen Besetzung des Reichsgebiets durch die Truppen der alliierten Kriegsgegner wurde Deutschland nicht nur von der nationalsozialistischen Diktatur befreit, sie führte auch zur Spaltung Deutschlands. Die alliierten Siegermächte – die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich – übten nun die härteste Staatsgewalt auf deutschem Boden aus und teilten das Land in vier Besatzungszonen auf. Auch die Reichshauptstadt Berlin wurde in vier Sektoren unterteilt und erhielt einen eigenständigen Vermächtestatus. Die östlichen Gebiete Deutschlands bis zur Oder-Neiße-Linie wurden abgetrennt und von Stalin zunächst eigenständig, schließlich mit Billigung der Westmächte, sowjetischer bzw. polnischer Verwaltung übergeben.

Diese schwierige Situation des staatlichen Zusammenbruchs und des notwendigen Neubeginns wurde im negativen wie im positiven Sinne als »Stunde null« empfunden. Für viele Deutsche bedeutete 1945 einen einschneidenden Bruch: Ideologie und System des Nationalsozialismus hatten sich als verbrecherisch und zerstörerisch erwiesen, zerbrochen schienen auch viele Traditionen und Wertvorstellungen der Deutschen. Konnten Werte wie Nation, Autorität, Fleiß und Ordnung noch Orientierung geben, nachdem sie von den Nationalsozialisten vereinnahmt worden waren? Zudem standen viele vor dem Nichts: Wohnungen, Verkehrsverbindungen und Versorgungsrichtungen waren zerstört, die nackte Existenzsicherung stand im Vordergrund – verstärkt durch den Zustrom von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den Ostgebieten. Das Ende des Dritten Reiches bot jedoch

auch Hoffnungen, dass eine völlige Neuorientierung möglich sein könnte.

Die Alliierten fassten auf der Gipfelkonferenz von Potsdam (17. Juli bis 2. August 1945) Beschlüsse über die Behandlung des besiegten und besetzten Deutschland. Einigkeit herrschte über die vollständige Vernichtung des deutschen Rüstungspotenzials, die Aburteilung und Bestrafung der Kriegsverbrecher und die Säuberung des politischen Lebens in Deutschland vom Nationalsozialismus und vom Militarismus. Grundsätzlich einig waren sich die Siegermächte auch über einen demokratischen Neuaufbau Deutschlands, wobei sie ihre unterschiedlichen Vorstellungen über Demokratie zunächst ausklammerten. Diese traten dann allerdings in der Praxis deutlich zutage.

Der Beschluss, ganz Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, wurde in der Folgezeit nicht verwirklicht. Dies lag zum einen bereits in der Struktur der Besatzungsherrschaft begründet. Die vier Mächte hatten als oberste Instanz den Alliierten Kontrollrat mit Sitz in Berlin errichtet, der nur bei einstimmiger Beschlussfassung handeln konnte. Die jeweiligen Militäroberbefehlshaber verfügten jedoch eigenverantwortlich in ihren Besatzungszonen über die Entscheidungsgewalt. Darüber hinaus legten die Besatzungsmächte fest, dass sie ihre Reparationsansprüche zunächst aus ihren eigenen Besatzungszonen befriedigen sollten.

Auch wenn die Alliierten mit der Kapitulation die Macht in Deutschland übernommen hatten, konnte sich doch bald wieder politisches Leben unter den Deutschen entwickeln. Um die dringenden Aufgaben bei der Versorgung der deutschen Bevölkerung überhaupt zu bewältigen, beauftragten die alliierten Truppenbefehlsha-

ber politisch unbelastete Deutsche und setzten sie als Bürgermeister und Landräte, bald auch als Ministerpräsidenten ein. Bereits im Sommer 1945 wurde auch die Bildung demokratischer Parteien zugelassen. Die sich neu bildenden Parteien gingen in vielem auf die Strukturen der Weimarer Republik zurück, nicht zuletzt deshalb, weil die meisten Parteigründer vor dem Dritten Reich aktive Politiker der Weimarer Zeit gewesen waren. Ausnahmen stellten die CDU und ihre bayerische Schwesterpartei CSU dar, die es zuvor nicht gegeben hatte. Sie banden u. a. die protestantischen Schichten an sich, die in der Weimarer Republik ihre politische Heimat größtenteils bei den Deutschnationalen, aber auch bei den liberalen Parteien gehabt hatten. Ihr Ziel war es, eine große Volkspartei der rechten Mitte zu werden. Die liberalen Parteigründer ihrerseits waren erfolgreich, als sie die historische Spaltung in Rechts- und Linksliberale überwandten.

Die Aufteilung Deutschlands in Interessenzonen erschwerte allerdings die Neugründungen der Parteien, die sich vor allem auf der lokalen oder regionalen Ebene vollzogen. Besonders augenfällig wurde dies am Beispiel der SPD, deren Berliner Zentralausschuss unter der Aufsicht der Sowjets am 15. Juni 1945 die »organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklasse« forderte. Diese zum Teil auch in den Westzonen erhobene Forderung wurde von Kurt Schumacher, der die Führung der Partei in den Westzonen übernahm, strikt abgelehnt. Bereits im Oktober 1945 kam es daher auf der Reichskonferenz der SPD in Wennigsen bei Hannover zur organisatorischen Trennung der SPD: Der Zentralausschuss sollte künftig für die sowjetische Zone, Schumacher für die Westzonen zuständig sein.

Die KPD hatte am 11. Juni 1945 als erste Partei ihren Aufruf in Berlin veröffentlicht, in dem sie für Deutschland »den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarisch demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk« forderte. Eine Vereinigung mit der SPD lehnte sie zu diesem Zeitpunkt ab. Als sie jedoch erkennen musste, dass sie weniger Anhänger gewinnen konnte als erwartet, forcierte sie ab Oktober 1945 mithilfe der sowjetischen Besatzungsmacht den Zusammenschluss mit der SPD in der sowjetischen Zone. Die unter massivem politischen Druck

im April 1946 erfolgte Vereinigung von KPD und SPD zur SED ließ sozialdemokratischen Aktivitäten in der sowjetischen Zone keinen Raum mehr.

Das Bündnis der Mächte, die gemeinsam das nationalsozialistische Deutschland niedergeworfen hatten, zerbrach bereits in der frühen Nachkriegszeit. Aus dem 2. Weltkrieg waren die USA und die Sowjetunion als die beiden Weltmächte hervorgegangen. Gegensätze in der inneren Struktur und in ihren weltpolitischen Zielsetzungen führten zu Konflikten an vielen Orten der Welt. Ein »heißer« Krieg zwischen den USA, die seit 1945 über die Atombombe verfügten, und der Sowjetunion wurde von beiden sorgsam vermieden. Aber seit 1946/47 entwickelte sich ein »kälterer« Krieg zwischen Ost und West, der sich in unzähligen regionalen Konflikten manifestierte, die teils kriegerisch, teils mit den Mitteln diplomatischen und politischen Drucks ausgetragen wurden. Deutschland war eines der Hauptfelder dieses kalten Krieges, in dem keine Seite der anderen strategisch wertvolles Terrain in der Mitte Europas überlassen wollte. Dies hatte unvorhergesehene mittelbare Auswirkungen auf die Politik der Besatzungsmächte in Deutschland. Frankreich spielte dabei insoweit eine Sonderrolle, als es bis etwa 1948 vordringlich einen starken deutschen (Gesamt-)Staat zu verhindern suchte. Der Kalte Krieg sollte nicht ohne Einfluss bleiben auf die politische Diskussion der Deutschen über die Gestaltung des künftigen Deutschland. Hinsichtlich der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gab es in den ersten Jahren eine breite politische Tendenz zugunsten von Sozialisierung und Mitbestimmung, die sich in allen Landesverfassungen bzw. entsprechenden Landesgesetzen niederschlug. Die USA verhinderten jedoch die Durchführung in den Ländern der Westzonen, da die Wirtschaftsordnung allein Sache des künftigen Gesamtstaates sei.

In den Sog des Ost-West-Konflikts geriet auch die Diskussion über die zukünftige außenpolitische Orientierung Deutschlands. Während für die Anlehnung an die Sowjetunion in den Westzonen nur wenige plädierten, gab es nicht nur – in der CDU einen heftigen Streit zwischen den Anhängern einer Anbindung an den Westen, deren Wortführer Konrad Adenauer war, und den Vertretern eines »Dritten Weges« zwischen Kapitalismus und Kommunismus.

Diese Diskussionen verloren an Bedeutung, je deutlicher die amerikanisch-britische Politik wurde, die Bildung eines westdeutschen Teilstaates anzustreben.

Der sowjetische Protest zum 1. Januar 1947 erzwang ein sowjetischem Protest zum 1. Januar 1947 erzwang den Zusammenschluss der amerikanischen und der britischen Besatzungszonen zur Bizone – auch aus den Versorgungsschwierigkeiten des Winters 1945/1946. Unter der Aufsicht der beiden Alliierten erhielt die Bizone ein Parlament (»Wirtschaftsrat«), einen Länderrat und eine Exekutive. Nicht zuletzt im Wirtschaftsrat zeigte sich, dass die wirtschaftspolitische Diskussion in der CDU von den Sozialisierungsforderungen des Ahlener Programms (Februar 1947) sich zum Konzept der sozialen Marktwirtschaft entwickelte. Zusammen mit der FDP setzte die Unionsfraktion im Wirtschaftsrat die Berufung des parteilosen Ludwig Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft durch.

Die Einbeziehung der Westzonen in die Marshallplanhilfe, die die USA zum Aufbau der europäischen Wirtschaft und zur Abwehr des Kommunismus aufgelegt hatten, bildete einen wesentlichen Schritt im Prozess der Teilung Deutschlands. Voraussetzung für die Wirksamkeit der Marshallplanhilfe war die Neuordnung der Währungsverhältnisse. Die in allen Westzonen am 20./21. Juni 1948 durchgeführte Währungsreform brachte einen harten Schnitt zwischen den Sparer und begünstigte die Sachwertbesitzer. Zusammen mit der weitgehenden Aufhebung der Zwangswirtschaft trug sie wesentlich zum wirtschaftlichen Aufbau der kommenden Jahre bei.

Die Sowjets führten wenige Tage später in ihrer Zone eine eigene Währungsreform durch. Die Einführung der Westzonenwährung in den Westsektoren Berlins wurde zum Auslöser der Berliner Blockade vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949. Stalin machte damit den Versuch, durch Hungern der West-Berliner Bevölkerung und durch massiven Druck auf die Westmächte die Bildung eines gegen die Sowjetunion gerichteten westdeutschen Teilstaates zu verhindern. Der Versuch scheiterte am Widerstandswillen der West-Berliner und am entschlossenen Handeln der Amerikaner und Briten bei der Errichtung der Luftbrücke. Die Berliner Blockade, der erste Höhepunkt des Kalten Krieges, beschleunigte den Prozess der west-

deutschen Staatsbildung, die zudem nun stärker als vorher unter antikommunistischem Vorzeichen stand.

Nachdem die Widerstände Frankreichs überwunden waren, beauftragten die drei westlichen Militärgouverneure die Ministerpräsidenten der Länder am 1. Juli 1948 damit, eine Verfassung auszuarbeiten zu lassen. Unter Hervorhebung des provisorischen Charakters der Staatsbildung erarbeitete der von den Länderparlamenten der Westzonen gewählte Parlamentarische Rat vom September 1948 bis Mai 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.

In der sowjetischen Zone hatte sich bereits Ende 1947 auf Betreiben der SED eine Volkskongressbewegung »für Einheit und gerechten Frieden« gebildet. Der aus ihr hervorgegangene Deutsche Volksrat hatte bis zum Oktober 1948 eine »Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik« erarbeitet, die von der provisorischen Volkskammer der DDR am 7. Oktober 1949 in Kraft gesetzt wurde.

Auch wenn das Kriegsende als »Stunde null« betrachtet wurde, waren die Gestaltungsmöglichkeiten doch eingengt. An Überlegungen und Diskussionen über die Zukunft Deutschlands hat es nicht gefehlt. Viele Ansätze wurden freilich verschüttet, als Deutschland zum Hauptfeld des weltpolitischen Ost-West-Gegensatzes wurde. Letztlich bestimmende Faktoren für die Entwicklung Deutschlands waren die Besatzungsmächte. In der Ostzone wurde der zunächst zugesicherte eigene deutsche Weg bald verlassen und der Wille der Sowjetunion für die Gestaltung von Politik und Gesellschaft verbindlich. In den Westzonen zeigten u. a. der abrupte Abbruch der Entnazifizierung – mit gesellschaftspolitischen Spätfolgen in der Bundesrepublik – sowie der Verlauf der Sozialisierungsdebatte, dass die USA spätestens ab 1947 die Priorität auf den raschen Aufbau eines privatwirtschaftlich verfassten, mit dem Westen verbundenen westdeutschen Staates legten.

12.1 Der Zusammenbruch

Der 2. Weltkrieg, den die Nationalsozialisten unter der Führung Hitlers begonnen hatten, um »Lebensraum« für das deutsche Volk zu erobern und ein »großgermanisches« Reich zu errichten, war mit der bedingungslosen Kapitulation

der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 zu Ende gegangen. Das Dritte Reich war damit zusammengebrochen, und das von Bismarck 1871 gegründete Deutsche Reich hatte faktisch aufgehört zu bestehen. Mit der vollständigen Besetzung des deutschen Reichsgebietes durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition erlebten die Deutschen die bitterste Stunde in ihrer Geschichte, die totale Niederlage stand am Ende des von Goebbels fanatisch ausgerufenen »totalen Krieges«. Doch sie bedeutete auch die Befreiung von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, was vielen angesichts der Zerstörung erst später bewusst wurde. Denn zusammengebrochen waren nicht nur das Regime und der Staat, großenteils zusammengebrochen waren infolge des Krieges auch die lebensnotwendigen Einrichtungen: Verkehrs- und Transporteinrichtungen waren zerstört, Eisenbahn und Post waren lahmgelegt, fast alle Behörden und Dienststellen hatten sich aufgelöst. Die großen Städte, aber auch viele mittlere und kleine, lagen in Trümmern, rund 5



▲ »Stunde Null« in Deutschland

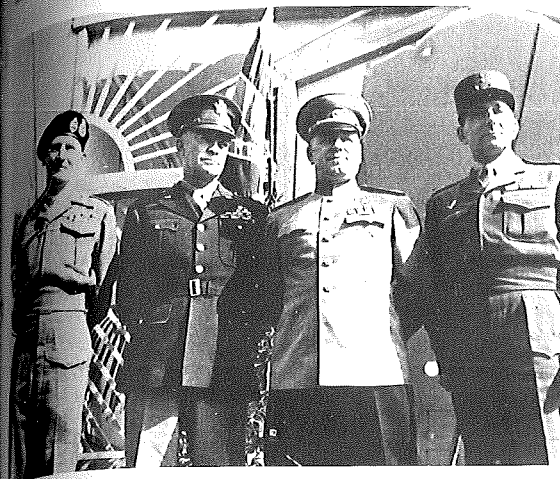
Millionen Wohnungen waren total oder erheblich zerstört. Die Menschen in den Städten hausten in Kellern unter Trümmern, in Barackenlagern oder notdürftig hergerichteten Behelfswohnungen. In zahlreichen Städten war die Versorgung mit Elektrizität und Gas, selbst mit Wasser äußerst unzureichend. Die den Armeen nachfolgenden alliierten Militärverwaltungen hatten vorrangig die wichtigsten Transportprobleme zu lösen und die Bevölkerung mit dem Notwendigsten an Lebensmitteln, Brennstoffen und Bekleidung zu versorgen. Dazu waren sie von Anfang an auf die Mitarbeiter der Deutschen angewiesen. Aus Männern und Frauen, die sie für politisch unbelastet hielten,

wählten sie die Hilfskräfte aus, setzten Bürgermeister, Landräte und Ministerpräsidenten ein. Nicht wenige politische Karrieren in der späteren Bundesrepublik Deutschland nahmen hier ihren Anfang. Außerordentlich verschärft wurde die katastrophale Versorgungslage im ersten Monaten und Jahren durch den anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten.

Man hat die damalige Situation der Deutschen als »Stunde Null« charakterisiert: Fast alles war zerstört, die materiellen und die immateriellen Werte. Die Hauptsorge der meisten Menschen galt der unmittelbaren Existenzhaltung, doch zugleich schien die Situation Deutschlands auch im positiven Sinne völlig offen zu sein. Man hoffte, die Vergangenheit völlig hinter sich lassen und mit der Gestaltung der Zukunft bei null anfangen zu können.

12.2 Alliiertes Kontrollrat

Mit den Vereinbarungen »über das Kontrollsystem in Deutschland« vom 12. September und 14. November 1944 hatte die von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien gebildete Europäische Beratende Kommission festgelegt, dass nach dem Sieg der Alliierten die oberste Gewalt in Deutschland von den Oberbefehlshabern ihrer Streitkräfte ausgeübt werden sollte – und zwar, wie im Potsdamer Abkommen (► 12.4) vom 2. August 1945 erklärt wurde, »von jedem in seiner Besatzungszone sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen«. In ihrer Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 kündigten die vier Oberbefehlshaber der amerikanischen, englischen, französischen und sowjetischen Streitkräfte in Deutschland die Errichtung eines Alliierten Kontrollrates an, der am 30. August 1945 erstmals an die Öffentlichkeit trat. Der Kontrollrat, der im Gebäude des ehemaligen Berliner Kammergerichts tagte, bestand aus den Oberbefehlshabern der vier Siegermächte in Deutschland, die gleichzeitig als Militärgouverneure in ihrer jeweiligen Besatzungszone die oberste Verwaltungsbehörde darstellten. Der Kontrollrat, dessen Beschlüsse nur einstimmig gefasst werden konnten, wurde unterstützt von einem Koordinierungsausschuss, dem die Stellvertreter der vier Militärgouverneure angehörten, und einem Kontrollstab, der



◀ Mit der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt über das in vier Besatzungszonen geteilte Deutschland. Die Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Deutschland (im Bild von links Montgomery, Eisenhower, Schukow und Lattre de Tassigny) bildeten ab August als gemeinsames Organ den »Alliierten Kontrollrat«

aus mehreren sachlich gegliederten Direktorien bestand. Die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Bildung zentraler deutscher Verwaltungsabteilungen unter der Leitung des Kontrollrats scheiterte am Einspruch Frankreichs.

Der Kontrollrat befasste sich zunächst v. a. mit der Aufhebung nationalsozialistischer Gesetze und Verordnungen und in Ausführung des Potsdamer Abkommens mit Entnazifizierung, Demilitarisierung und Demontage. Er hatte allerdings keine Exekutivgewalt, sondern war darauf angewiesen, dass seine Beschlüsse, in Form von Proklamationen, Befehlen, Gesetzen und Direktiven ergingen, von den Militärgouverneuren in den jeweiligen Besatzungszonen durchgeführt wurden. Besonders bei der Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, wie sie das Potsdamer Abkommen vorschrieb, konnte sich der Alliierte Kontrollrat nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen.

Der beginnende Kalte Krieg (► 12.15), das Missverhältnis zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion, eigene Vorstellungen Frankreichs und die unterschiedliche Entwicklung in den Besatzungszonen lähmten zunehmend die Funktionsfähigkeit des Kontrollrats. Seine Tätigkeit endete schließlich in der Sitzung vom 30. März 1948 mit einem Eklat, als der sowjetische Vertreter aus Protest gegen die Londoner Sechsmächtekonferenz, auf der sich die Westalliierten auf eine gemeinsame staatliche Ordnung für ihre Besatzungszonen einigten, den Sitzungssaal für immer verließ.

12.3 Besatzungszonen und Bildung der Länder

Die alliierten Kriegsgegner Deutschlands hatten bereits im Herbst 1944 sowie auf der Konferenz von Jalta (4.–11. 2. 1945) festgelegt, Deutschland nach der militärischen Besetzung in drei Besatzungszonen aufzuteilen, die jeweils einer der alliierten Mächte – USA, UdSSR, Großbritannien – zugewiesen werden sollten. Eine Sonderregelung für die Reichshauptstadt Berlin sah deren Aufteilung in drei Sektoren vor. Frankreich wurde nach der Konferenz von Jalta in den Kreis der Besatzungsmächte aufgenommen und erhielt aus Teilen der amerikanischen und der britischen Zone eine eigene Besatzungszone im Südwesten Deutschlands sowie einen eigenen Sektor im Nordwesten Berlins. Die britische Zone bestand aus dem nordwestlichen Deutschland, die amerikanischen aus Süddeutschland sowie Bremen und Bremerhaven. Die Sowjetunion hatte aus ihrer Besatzungszone, die Mittel- und Ostdeutschland umfasste, ohne Absprache mit den Westmächten bereits das nördliche Ostpreußen unter ihre Verwaltung und das übrige Ostdeutschland bis zur Oder-Neiße-Linie unter polnische Verwaltung gestellt.

Das Land Preußen war durch die Grenzen der Besatzungszonen mehrfach zerschnitten – wie auch die Länder Baden und Württemberg. Zum

Besatzungszonen und Länderneubildung nach dem Zweiten Weltkrieg



Teil unter Beibehaltung alter Ländergrenzen bildeten die Besatzungsmächte in ihren jeweiligen Zonen Länder, deren Verwaltungen mit Deutschen besetzt wurden. In der sowjetischen Zone wurden bereits im Juli 1945 die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg gebildet. Die US-Militärregierung proklamierte im September 1945 die Länder Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und im Januar 1947 Bremen. Ab Mitte 1946 wurden in der britischen Zone die Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg gebildet, in der französischen Zone Baden, Württemberg-Ho-

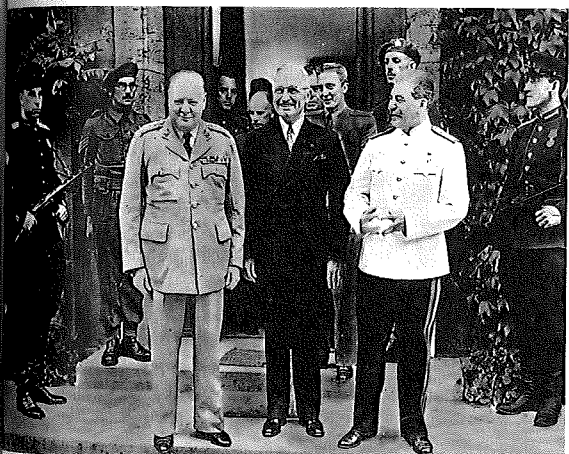
henzollern und Rheinland-Pfalz; das Saarland erhielt einen Sonderstatus und wurde 1946 in das französische Zollgebiet einbezogen.

12.4 Potsdamer Abkommen

Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 fand in Potsdam das letzte Gipfeltreffen der »Großen Drei« der Anti-Hitler-Koalition statt. Die Westmächte mussten in die Verhandlungen mit neuen, außenpolitisch unerfahrenen Repräsentanten gehen. Für den am 12. April 1945 verstorbenen Präsidenten Roosevelt vertrat sein Nachfolger Truman die USA

... der britische Premierminister Churchill wurde nach den Unterhauswahlen während der Konferenz am 28. Juli durch den Führer der Labour Party, Attlee, abgelöst. ... vorwiegendes Vorgehen in Ostdeutschland ... Verbündeten vor vollendete Tatsachen gestellt hatte. Er hatte der kommunistisch geführten polnischen Regierung als Entschädigung für die Sowjetunion abzutretenden ostpolnischen Gebiete Ostdeutschland bis zur Oder-Neiße-Linie übergeben. Hierüber kam es im Verlauf der Konferenz zu harten Auseinandersetzungen mit den Westmächten, die aber schließlich im Potsdamer Abkommen vom August 1945 die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens de facto anerkannten. Unter dem Vorbehalt einer endgültigen Regelung durch einen Friedensvertrag stimmten sie zu, dass die deutschen Gebiete bis zur Oder-Neiße-Linie unter der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands herausgenommen und unter sowjetische polnische Verwaltung gestellt wurden. ... gleichzeitig stimmten die Westmächte der »Überführung« der Deutschen aus diesen Gebieten sowie aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zu, womit die bereits in vollem Umfang befindliche Vertreibung (► 12.5) legalisiert wurde. Das deutsche Auslandsvermögen wurde vom Alliierten Kontrollrat übernommen, die Kriegs- und Handelsflotte aufgeteilt. ... hinsichtlich der Behandlung Deutschlands ... das Potsdamer Abkommen politische Grundsätze fest: »Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet«, und es sol-

len alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, »damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann«. Es sei nicht die Absicht der Alliierten, »das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven«, ihm solle vielmehr die Möglichkeit gegeben werden, »sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wieder aufzubauen«. Als ihre Ziele formulierten die Alliierten bei der Besetzung Deutschlands: völlige Abrüstung und Entmilitarisierung, Ausschaltung der gesamten für Kriegproduktion geeigneten Industrie, völlige und endgültige Auflösung aller bewaffneten Verbände sowie der militärischen Traditions- und Kriegervereine, Auflösung der NSDAP und ihrer angeschlossenen Gliederungen, Dezentralisierung der deutschen Wirtschaft, Umgestaltung des politischen Lebens auf demokratischer Grundlage, Aufhebung nazistischer Gesetze, Verhaftung und Aburteilung der Kriegsverbrecher, Entfernung von Nationalsozialisten aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern sowie aus verantwortlichen Posten der Privatwirtschaft, demokratische Erneuerung des Erziehungs- und des Gerichtswesens, Dezentralisierung der Verwaltung, Wiederherstellung der lokalen Selbstverwaltung und Zulassung aller demokratischen Parteien. Es wurde ausdrücklich festgelegt, dass die wirtschaftliche Einheit Deutschlands gewahrt werden sollte. Dieser Grundsatz wurde jedoch bereits mit der Vereinbarung entwertet, dass jede Besatzungsmacht ihre Ansprüche auf Repara-



◀ Die »Großen Drei« auf der Potsdamer Konferenz. Vor dem Eingang von Schloss Cecilienhof stellen sich (von links) Winston Churchill, Harry S. Truman und Jossif Wissarionowitsch Stalin den Fotografen

tionen vor allem aus ihrer Zone befriedigen solle (mit einer Ausnahmeregelung zugunsten der Sowjetunion).

12.5 Vertreibung/ Aussiedlung

Die im Potsdamer Abkommen (►12.4) von den Westmächten akzeptierte »Überführung der deutschen Bevölkerung oder deutscher Bevölkerungselemente, die in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn geblieben sind, nach Deutschland« sollte »in geregelter und menschlicher Weise« erfolgen. Die Vertreibung der Deutschen hatte jedoch schon lange vor der Konferenz von Potsdam eingesetzt und war bald auf die erste große Flüchtlingswelle der vor den Truppen der Roten Armee zusammen mit



◀ Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Deutschen aus dem jetzt wieder tschechischen Sudetenland vertrieben. Das Bild zeigt Menschen, die man mit dem Zug bis zur Grenze gebracht hatte, ihr Weg endete auf deutscher Seite vorläufig in einem Durchgangslager

den Einheiten der deutschen Wehrmacht nach Westen fliehenden Bevölkerung gefolgt. Auch die dritte Welle, die nun organisierte Vertreibung, offiziell Aussiedlung genannt, ging für die meisten Betroffenen in einer unmenschlichen und brutalen Weise vor sich. Die Ausgewiesenen konnten meist nur das, was sie am Körper trugen, mit sich nehmen.

Insgesamt sind aus den deutschen Ostgebieten und den angrenzenden Staaten Polen, Tschechoslowakei und Ungarn etwa 12 Millionen Deutsche vertrieben worden. Die Angaben über die Menschenverluste während dieser Fluchtbewegungen und Zwangsaussiedlungen

sind wegen der damaligen chaotischen Zustände nur ungenau. Übereinstimmend schätzt man heute die Zahl der Toten und Vermissten auf über zwei Millionen.

Acht Millionen Flüchtlinge und Vertriebene fanden in den Westzonen eine notdürftige Zuflucht. Die Aufnahme dieser Menschenmassen in einem vom Krieg weitgehend zerstörtes Land, in dem nicht einmal für die alteingesessene und ausgebombte Bevölkerung ausreichend Wohnraum zur Verfügung stand, in dem eine katastrophale Versorgungslage herrschte, brachte für die Militärregierungen und die deutschen Verwaltungsstellen zusätzliche und kaum lösbare Probleme mit sich.

Dass nicht Verzweiflung und Resignation um sich griffen, dass es am Ende doch gelang, nach einer langen Zeit mit großer Geduld ertragener Unzulänglichkeiten die Schwierigkeiten zu

meistern und den Anfang zu einem neuen menschenwürdigen Leben zu finden, dass die Heimatvertriebenen schließlich voll integriert wurden, gehört zu den großen menschlichen und politischen Leistungen der Deutschen in den ersten Jahren nach dem Krieg.

12.6 Nürnberger Kriegsverbrecherprozess

Bereits während des Krieges, nämlich in der Moskauer Dreimächteerklärung vom 30. November 1943 über die »deutschen Grausamkei-



◀ Blick in den Saal, in dem das Internationale Militärtribunal gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg zu Gericht saß. Die Aufnahme aus dem Jahr 1946 zeigt auf den zwei hinteren Reihen die Angeklagten, davor deren Verteidiger

ten in Europa«, hatten die alliierten Gegner Deutschlands die Bestrafung von Kriegsverbrechern angekündigt. Am 8. August 1945 schlossen sie ein »Abkommen über die Verfolgung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse« und erließen ein »Statut für den Internationalen Militärgerichtshof«, der durch die vier Hauptalliierten besetzt wurde. In Nürnberg, am Ort der nationalsozialistischen Reichsparteitage, begann vor dem Internationalen Militärgerichtshof am 20. November 1945 der Prozess gegen 22 Hauptangeklagte, der am 1. Oktober 1946 mit den Urteilsverkündungen endete. Am 16. Oktober 1946 folgte die Vollstreckung von zehn Todesurteilen.

Die Berichte über die trotz einiger zeitbedingter Einschränkungen mit größter Sorgfalt durchgeführten Prozesse beschäftigten ein Jahr lang die Zeitungen in aller Welt. Die zielstrebig auf den Krieg und die Eroberung »neuen Lebensraumes« für das deutsche Volk ausgerichtete Aggressionspolitik Hitlers wurde eindeutig nachgewiesen. Das umfangreiche Beweismaterial füllte in einer 1947 vom Internationalen Militärgerichtshof herausgegebenen Dokumentensammlung 42 Bände. Das ganze Ausmaß der im Auftrage Hitlers begangenen Verbrechen, insbesondere der Völkermord an den Juden, wurde offen gelegt und rief Entsetzen in der Welt, aber auch beim deutschen Volk hervor.

Angeklagt waren neben den Mitgliedern der obersten nationalsozialistischen Führungsschicht kollektiv folgende Organisationen: NSDAP, Gestapo, Sicherheitsdienst (SD), SA, SS, die Reichsregierung und das Oberkommando der Wehrmacht (OKW). Die vier Hauptangelpunkte lauteten: 1. Teilnahme an der Planung oder Verschwörung zu einem Verbre-

chen gegen den Frieden; 2. Verbrechen gegen den Frieden, d.h. Angriffskrieg; 3. Kriegsverbrechen, d.h. Verletzung der internationalen Kriegskonventionen; 4. Verbrechen gegen die Menschlichkeit, hier vor allem Völkermord.

Drei der Hauptverantwortlichen, nämlich Hitler, Goebbels und Himmler, hatten sich einer Anklage bereits durch Selbstmord entzogen. Von den 22 Angeklagten wurden 12 zum Tode durch den Strang verurteilt, von ihnen entging Göring der Hinrichtung durch Selbstmord, gegen den Reichsleiter der NSDAP, Martin Bormann, erging das Todesurteil in Abwesenheit. Unter den zehn Hingerichteten waren der Reichsaußenminister Ribbentrop, der Chef des OKW Keitel, der Reichsinnenminister Frick und der NSDAP-Gauleiter von Franken, Julius Streicher. Sieben Angeklagte wurden zu Haftstrafen zwischen 10 Jahren und lebenslänglich verurteilt. Unter den drei Freisprüche stießen die für Franz von Papen und für den früheren Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht auf Unverständnis. Der Gerichtshof verurteilte ferner das Führerkorps der NSDAP, die Gestapo, den SD (Sicherheitsdienst) und die SS als verbrecherische Organisationen; nicht verurteilt wurden SA, Reichsregierung, Generalstab und Oberkommando der Wehrmacht.

Die zu Haftstrafen Verurteilten wurden in das eigens dafür hergerichtete Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau gebracht, in dem Kommandos der vier Besatzungsmächte die Bewachung abwechselnd übernahmen. Alle Häftlinge wurden bis 1966, zum Teil vorzeitig, freigelassen; nur der zu lebenslänglicher Haft verurteilte Rudolf Heß blieb bis zu seinem Selbstmord 1987 im Gefängnis.

12.7 Entnazifizierung

Um die Umgestaltung des politischen Lebens in Deutschland zu verwirklichen, trafen die Siegermächte auf der Grundlage des *Potsdamer Abkommens* (►12.4) Maßnahmen zur Säuberung des öffentlichen Lebens von Anhängern des Nationalsozialismus. Diese Entnazifizierung nahm in den einzelnen Besatzungszonen einen sehr unterschiedlichen Verlauf.

In der sowjetischen Zone stand sie im Zusammenhang mit den dort eingeleiteten Maßnahmen zur Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur (Bodenreform, Enteignungen, Verstaatlichungen) und diente in erster Linie der Ausschaltung von »Klassengegnern«. Die sowjetische Militäradministration führte die Säuberungen relativ schnell und rigoros durch, vor allem in der Justiz, in



▲ Entnazifizierung: Seit dem Frühjahr 1946 kamen die von der amerikanischen Militärregierung entwickelten Fragebogen zum Einsatz. Wie auf diesem Bild wurden die riesigen Mengen ausgefüllter Bogen vielfach vor den von den Besatzungsmächten kontrollierten Polizeirevieren eingesammelt

der Verwaltung und bei den Lehrern, teils aber ebenso rasch ehemalige nominelle NSDAP-Mitglieder in die neuentstandene SED ein.

Die meisten Verfahren fanden in der US-Zone statt, dort wurde die Entnazifizierung am strengsten durchgeführt. Hier wie in den anderen Zonen mussten die Betroffenen einen Fragebogen mit 131 Fragen beantworten. Die US-Militärregierung hatte mit Deutschen besetzte Spruchkammern und Berufungskammern eingerichtet, die die Entnazifizierungsverfahren gerichtsförmig abwickelten und die Betroffenen jeweils in eine der fünf Kategorien einstuften: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete. Den in die drei ersten Kategorien Eingestuften drohten Strafen von der Einweisung in ein Arbeitslager (bis zu zehn Jahren) über Berufsverbot, Amtsverlust oder Pensionsverlust bis zur Aberkennung des aktiven und passiven Wahlrechts; für Mitläufer waren Geldbußen vorgesehen.

Die oft willkürlich erscheinenden Entscheidungen der Spruchkammern riefen Unmut in der deutschen Bevölkerung hervor, auch bei erklärten Nazigegegnern. Die große Zahl der Verfahren – in Bayern etwa waren rund zwei Drittel der Bevölkerung von der Entnazifizierung berührt – führte dazu, dass zunächst die leichteren Fälle entschieden wurden, während die Verfahren gegen schwerer Belastete zurückgestellt wurden. Als dann die amerikanische Regierung im beginnenden Kalten Krieg das Interesse an einer Weiterführung der Säuberungsmaßnahmen verlor, wurde die Entnazifizierung bis zum 31. März 1948 abrupt eingestellt, ohne dass die Verfahren gegen schwerer Belastete abgeschlossen wurden. Dies führte erneut zu Kritik (»Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen«) und zu einer politischen Belastung beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland.

Die französischen Besatzungsbehörden nahmen die Entnazifizierung auf dem reinen Verwaltungswege und vor allem unter dem Gesichtspunkt politischer Zweckmäßigkeit vor. Die britische Militärregierung gab der Effektivität der aufzubauenden deutschen Verwaltung eindeutigen Vorrang vor der politischen Säuberung und beschäftigte zahlreiche ehemalige Beamte des Dritten Reichs. Sie behielt sich bis Mitte 1947 alle Entscheidungen über Entnazifizierungsmaßnahmen selbst vor.

Nachdem in den westlichen Zonen seit 1948 die Entnazifizierung als Spruchfähigkeit im wesentlichen abgeschlossen war, sind seit 1949 in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland Entnazifizierungsschlussgesetze erlassen worden.

12.8 Demokratisierung – Bildung der Parteien

Die Demokratisierung des politischen Lebens in Deutschland war eines der wichtigsten Ziele der Alliierten auf den großen Kriegskonferenzen – wenn auch ihre Auffassungen von Demokratie sehr unterschiedlich waren. Das *Potsdamer Abkommen* vom 2. August 1945 (►12.4) sah die Dezentralisierung der politischen Struktur und eine lokale Selbstverwaltung nach demokratischen Grundsätzen vor. In ganz Deutschland sollten alle demokratischen Parteien zugelassen werden. Während Amerika, Großbritannien und Briten in ihren Besatzungszonen erst im August bzw. September 1945 offiziell die Bildung von Parteien zuließen, hatten die Sowjets schon im August bzw. September 1945 schnell gehandelt. Bereits am 10. Juni 1945 gaben sie in einem Befehl den Weg zur Bildung demokratischer Parteien in ihrer Besatzungszone frei – wohl auch deshalb, weil sie vor dem Zurückdrängen der Westalliierten in Berlin (im Juli 1945) auf die in der alten Reichshauptstadt gegründeten und einen gesamtdeutschen Anspruch erhebenden Parteien Einfluss gewinnen wollten. Schon am 11. Juni 1945 – zeitlich offensichtlich mit dem sowjetischen Erlass abgestimmt – erfolgte der Aufruf des Zentralkomitees der KPD, der bewusst alle sozialistischen oder kommunistischen Forderungen vermied und sich gerade auch an bürgerliche Kräfte wandte. Einer der Unterzeichner war *Walter Ulbricht* (►2.39), der kurz vor Kriegsende am 1. April als Leiter einer Gruppe deutscher Exilkommunisten aus Moskau nach Berlin eingewandert war, die sofort die Parteiarbeit in Deutschland wieder aufnehmen sollte.

Am 15. Juni 1945 trat in Berlin der Zentralausschuss der SPD in seinem Aufruf mit weitgehenden Sozialisierungsvorstellungen hervor und forderte – im Gegensatz zur KPD – in »moralischer Wiedergutmachung politischer Fehler der Vergangenheit« die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. In Hannover hatte nach dem Einmarsch der Alliierten, aber noch vor Kriegs-

ende der ehemalige SPD-Reichstagsabgeordnete *Kurt Schumacher* (►12.11) Parteimitglieder um sich versammelt und mit dem Wiederaufbau der SPD-Organisation begonnen. Schumacher lehnte den gesamtdeutschen Führungsanspruch des Berliner Zentralausschusses der SPD ebenso ab wie dessen Forderung nach Vereinigung mit der KPD. Auf der »Reichskonferenz« der SPD in Wennigsen bei Hannover am 5./6. Oktober 1945 einigte man sich, dass der Zentralausschuss für die sowjetische Zone und Kurt Schumacher für die Westzonen zuständig sein sollte. Diese Spaltung fand ihren Abschluss in dem Zusammenschluss von KPD und SPD zur *SED* (►12.12) in der sowjetischen Zone 1946.

In den Westzonen knüpften SPD und KPD an die Traditionen der Weimarer Republik an. Mit der Gründung einer liberalen Partei, die schließlich den Namen *FDP* (►12.10) annahm, versuchte man demgegenüber, den seit der Bismarckzeit in zwei Parteien gespaltenen Rechts- und Linkliberalismus in einer Partei zusammenzufassen. Eine echte Neugründung war hingegen die als überkonfessionelle Volkspartei angelegte *CDU* (►12.9).

12.9 CDU und CSU

Wichtigste Gründungsorte der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) waren Berlin, Köln und Frankfurt am Main. Die CDU entstand als neue Partei aus einer christlich-bürgerlichen Sammlungsbewegung, die aus der Erfahrung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in beiden großen Konfessionen eine überkonfessionelle christliche Partei anstrebte. Ehemalige katholische Zentrumspolitiker, christliche Gewerkschafter, Protestanten, die in der Weimarer Zeit der DDP, DVP oder DNVP angehört hatten, fanden sich in der neuen Partei zusammen. An der Spitze der CDU in Berlin und in der sowjetischen Zone stand seit Dezember 1945 Jakob Kaiser, dessen Programm eines »christlichen Sozialismus« auch in der CDU der Westzonen verbreitet Zustimmung erhielt. In der sowjetischen Zone schloss sich die CDU dem Block der antifaschistischen Parteien an und verlor fast völlig ihre politische Eigenständigkeit. In Köln wurde am 17. Juni 1945 die »Christlich-Demokratische Partei« gegründet, in Frankfurt am 15. September 1945 die »Christliche Demokrati-

sche Volkspartei«. Alle regionalen Gruppierungen einigten sich auf der Reichstagung vom 14. bis 16. Dezember 1945 in Bad Godesberg auf den gemeinsamen Namen »Christlich Demokratische Union«, ohne jedoch eine Gesamtorganisation zu bilden. Die am 13. Oktober 1945 gegründete »Christlich-Soziale Union in Bayern« (CSU) behielt ihren Namen wie auch ihre Selbstständigkeit bei. Die CSU war eine überkonfessionelle Parteineugründung, aber konservativer und stärker föderalistisch orientiert als die CDU.

Wichtigste Persönlichkeit der CDU wurde bald Konrad Adenauer (►13.4.), der Anfang 1946 den Parteivorsitz sowohl im Rheinland als auch in der britischen Zone übernahm. Erster Bundesvorsitzender wurde er 1950. Die Programmatik des »christlichen Sozialismus«, im Rheinland unter anderem von Karl Arnold verkörpert, fand Eingang in das Ahlener Programm, das die CDU der britischen Zone am 3. Februar 1947 verabschiedete. Der Einfluss der Gewerkschafter in der Partei ging in der Folgezeit freilich zurück, das Schwergewicht verlagerte sich auf den bürgerlichen und industriellen Flügel. In Abkehr vom Ahlener Programm, das jedoch nicht annulliert wurde, bekannte sich die CDU der britischen Zone in ihren Düsselдорfer Leitsätzen vom Juli 1949 zum Konzept einer privatwirtschaftlich verfassten sozialen Marktwirtschaft, wie es Professor Ludwig Erhard (►14.6) vertrat.

12.10 FDP und LDPD

Die liberalen Parteigründungen nach dem Krieg wurden vor allem von ehemaligen Politikern der DDP, aber auch der DVP betrieben. Sie zielten auf eine Überwindung der alten Spaltung in rechts- und linksliberale Parteiorganisationen. In Berlin wurde am 5. Juli 1945 die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) unter Wilhelm Külz gegründet, die einen gesamtdeutschen Anspruch erhob, faktisch aber auf die sowjetische Zone beschränkt blieb. Der wichtigste Schwerpunkt liberaler Parteigründungen in den Westzonen lag in Württemberg und Baden, wo Theodor Heuss (►13.6) und Reinhold Maier die Demokratische Volkspartei (DVP) aufbauten. In Hamburg wurde im September 1945 die »Partei der Freien Demokraten« gegründet, die der späteren Bundespartei den Namen gab. Auf Zonenebene entstan-

den liberale Parteiorganisationen im Januar 1946 in der britischen, im September 1946 in der amerikanischen Zone, in der französischen Zone erst später. Bei aller programmatischen Vielfalt waren den Liberalen die Ablehnung kirchlichen Einflusses auf den Staat und das Eintreten für eine privatwirtschaftliche Ordnung gemeinsam.

Die im März 1947 gegründete lockere gesamtdeutsche Parteiorganisation brach im Januar 1948 wieder auseinander, nachdem sich die LDPD in der sowjetischen Zone am Deutschen Volkskongress (►12.22) beteiligte und zunehmend unter den Einfluss der SED geriet. Die Landesparteien in den Westzonen schlossen sich am 11. Dezember 1948 in Heppenheim an der Bergstraße zur Freien Demokratischen Partei (FDP) zusammen. Zum ersten Bundesvorsitzenden der FDP wurde Theodor Heuss gewählt.

12.11 Kurt Schumacher

Geboren in Culm (Westpreußen) am 13. Oktober 1895, verlor Schumacher als Kriegsfreiwilliger im 1. Weltkrieg einen Arm; er studierte Jura und Nationalökonomie. 1918 wurde er Mitglied des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates. 1920–24 war er Redakteur der sozialdemokratischen »Schwäbischen Tagewacht« in Stuttgart, 1924–31 SPD-Landtagsabgeordneter in Württemberg. Seit 1930 Mitglied des Reichstags, gehörte Schumacher zu den SPD-Politikern, die den konsequenten Kampf gegen den Nationalsozialismus mit einer geistigen und organisatorischen Erneuerung der SPD verbinden wollten. Von 1933 bis 1943 und nochmals 1944 war Schumacher in KZ-Haft. Noch vor dem Kriegsende am 8. Mai 1945 begann er von Hannover aus mit dem Wiederaufbau der SPD und wurde rasch deren führender Politiker in den westlichen Besatzungszonen. Er widersetzte sich mit aller Schärfe der nun von vielen Sozialdemokraten gestellten Forderung nach Vereinigung mit der KPD. Im Mai 1946 wurde er zum Vorsitzenden der SPD gewählt. Trotz seiner schweren Erkrankung infolge der KZ-Haft im Dritten Reich – u. a. musste ihm ein Bein abgenommen werden – widmete sich Schumacher mit großer Energie und Leidenschaft der politischen Arbeit und wurde neben seinem erfolgreicheren Genossen Konrad Adenauer der profilierteste



◀ Kurt Schumacher bei einer Kundgebung der SPD 1947 in Frankfurt am Main

deutsche Politiker der Nachkriegszeit. In der Wirtschaftspolitik vertrat er ein sozialistisches Konzept und bekämpfte die Wiederherstellung von sozialkapitalistischen Verhältnissen. Seine Hoffnung, ja Gewissheit, dass die SPD eine führende Rolle in der deutschen Nachkriegspolitik übernehmen werde, erfüllte sich aufgrund der Wahlergebnisse nicht. So wurde Schumacher 1949 der erste Oppositionsführer des Deutschen Bundestages. Er lehnte Adenauers Politik der Westintegration ab, weil er besorgte, dass durch sie die Wiedervereinigung Deutschlands für lange Zeit verhindert werden würde. Er starb am 20. August 1952 in Bonn.

12.12 SED

Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre ...« war im Gründungsauftrag der KPD vom 11. Juni 1945 (►12.8) betont worden. Die Forderung nach der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, die von vielen Sozialdemokraten und vom Zentralausschuss der SPD erhoben wurde, verweigerten sich die Kommunisten zunächst. Offensichtlich wollten sie zuerst die eigene Organisation festigen und in Zusammenarbeit mit der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) wichtige Personalentscheidungen in der sowjetischen Zone beeinflussen. Außerdem bestand bei den KPD-Politikern wohl die Erwartung, mit ihrem antifaschistisch-demokratischen Programm eine breite Anhänger-

schaft gewinnen zu können. Nachdem sich jedoch herausgestellt hatte, dass die KPD einen sehr viel geringeren Zulauf als die SPD und die bürgerlichen Parteien hatte, forderte die KPD nun ab Oktober 1945 ihrerseits die Vereinigung mit der SPD. Die SPD und ihr Berliner Zentralausschuss unter Otto Grotewohl, der nun Vorbedingungen für eine Vereinigung mit der KPD stellte, gerieten unter massiven Druck der sowjetischen Besatzungsmacht; es kam auch zu Verhaftungen einzelner SPD-Funktionäre. Eine Urabstimmung unter den Parteimitgliedern über den Zusammenschluss wurde von der SMAD unterbunden. Die nur in den Westsektoren Berlins am 31. März 1946 durchgeführte Urabstimmung unter den SPD-Mitgliedern (rund 73% beteiligten sich) ergab 82,2% der Stimmen gegen eine Vereinigung mit der KPD.

Doch der Zentralausschuss der SPD gab dem Druck der Verhältnisse nach; der SPD-Parteitag der sowjetischen Zone billigte den Zusammenschluss am 19./20. April 1946, und am 21./22. April 1946 wurde dieser auf dem Vereinigungsparteitag, dem 1. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), vollzogen. Den Vorsitz der SED übernahmen gemeinsam der Kommunist Wilhelm Pieck und der Sozialdemokrat Otto Grotewohl. Die Positionen in der Partei wurden zunächst paritätisch von Sozialdemokraten und Kommunisten besetzt. Nach dem Bruch der Sowjetunion mit Jugoslawien, das unter Tito eine eigenständige Politik verfolgte, wurde die SED seit Jahresmitte 1948 in eine »Partei neuen Typus« um-



◀ Die Fotomontage symbolisiert die (Zwangs-)Vereinigung von KPD und SPD zur SED am 21. April 1946. Links der Kommunist Wilhelm Pieck, rechts der Sozialdemokrat Otto Grotewohl

gewandelt, die sich immer stärker dem sowjetischen Vorbild anpasste. Die These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus wurde ausdrücklich widerrufen, und 1949 sagte die SED-Führung dem »Sozialdemokratismus« den Kampf an.

12.13 Bizone

Das Potsdamer Abkommen (►12.4) hatte festgelegt, dass ganz Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt werden sollte. Welch negative Auswirkungen es hatte, dass dies nicht verwirklicht wurde, zeigte sich bereits bei der Versorgungskatastrophe im Winter 1945/46. Die französische Besatzungsmacht lehnte die Errichtung deutscher Zentralbehörden strikt ab. Die USA schlugen daraufhin eine gemeinsame Wirtschaftsverwaltung für die drei übrigen Zonen vor, stießen damit aber bei Briten und Sowjets auf Ablehnung. Nach den Pariser Außenministerkonferenzen forderten die USA am 20. Juli 1946 im Alliierten Kontrollrat (►12.2) unter Bezug auf das Potsdamer Abkommen mehrseitige Verträge zwischen den Besatzungsmächten in Deutschland, um die wirtschaftlichen Probleme zu bewältigen. Während die Sowjetunion den amerikanischen Vorschlag ablehnte und Frankreich sich ausweichend verhielt, stimmten die Briten zehn Tage später zu. Die damit eingeleitete Wende in der amerikanischen und britischen Deutschland-

politik kam am deutlichsten in der berühmt gewordenen Rede des amerikanischen Außenministers James F. Byrnes am 6. September 1946 in Stuttgart vor deutschen Politikern zum Ausdruck, in der Byrnes bei den Deutschen für die baldige Errichtung eines nichtkommunistischen deutschen Kernstaates warb. Am 1. Januar 1947 trat der amerikanisch-britische Vertrag über die Bildung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes der Bizone in Kraft. Die Organisation der Bizone wurde zweimal geändert; seit Februar 1948 hatte sie folgende Gestalt: Oberstes Organ war der Wirtschaftsrat, eine parlamentarische Versammlung, deren 104 Mitglieder von den Länderparlamenten entsandt wurden. Der Länderrat wurde aus je zwei Vertretern der acht Landesregierungen gebildet; die Exekutive bildeten sechs Verwaltungen (Ernährung und Landwirtschaft, Verkehr, Wirtschaft, Finanzen, Post- und Fernmeldewesen, Arbeit), deren Direktoren vom Wirtschaftsrat gewählt wurden und unter einem Oberdirektor zusammen den Verwaltungsrat bildeten. Wirtschaftlich ergänzten sich die amerikanische und die britische Zone sehr gut. Die britische Zone verfügte v. a. über Rohstoffe und Grundstoffindustrien, die amerikanische v. a. über verarbeitende Industrie; der Anteil der Landwirtschaft war in beiden Zonen etwa gleich groß. Die Bizone umfasste eine Bevölkerung von etwa 39 Millionen Menschen. Amerikaner und Briten hatten sich bei der Bildung der

...ausdrücklich auf das Potsdamer Abkommen bezogen und Sowjets und Franzosen zum Beitritt ihrer Zonen aufgefordert. Trotz des Drängens der deutschen Repräsentanten in der französischen Zone vollzog Frankreich erst am 8. April 1949 den Beitritt seiner Zone zum vereinigten Wirtschaftsgebiet, das damit zur »Bizonenzone« wurde. Im Prozess der Teilung Deutschlands (►12.15) wurden Bizone und Trizone zu Vorläufern bei der Bildung der Bundesrepublik Deutschland.

12.14 Sozialistischer oder kapitalistischer Weg?

Während der Bildung demokratischer Parteien in den Westzonen begann bald eine lebhafte Diskussion über die künftige Wirtschaftsverfassung, bei der Forderungen nach Sozialisierung sowie nach Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene im Vordergrund standen. In der SPD und bei den Gewerkschaften war die Meinung vorherrschend, dass die politische Macht der Nationalsozialisten ausschlaggebend unterstellt hatte, in der neu aufzubauenden Wirtschaftsstruktur durch Sozialisierung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer gebrochen werden musste. Ganz ähnliche Vorstellungen entwickelten auch die Entwürfe der Berliner Christdemokraten um Jakob Kaiser mit ihrem »christlichen Sozialismus«. Auch im Ahlener Programm der CDU (►12.9) der britischen Zone

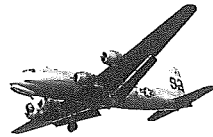
vom Februar 1947 wurde festgestellt, dass »die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist«. Kohle und Eisenindustrie sollten vergesellschaftet, die Großbetriebe entflochten werden. Die Sozialisierungsforderungen fanden Eingang in die 1946/47 verabschiedeten Landesverfassungen. Am weitesten ging dabei der Artikel 41 der hessischen Verfassung: »Mit In-Kraft-Treten dieser Verfassung werden 1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohle, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen.« Die amerikanische Besatzungsmacht verlangte eine gesonderte Volksabstimmung über den Artikel 41, die am 1. Dezember 1946 gleichzeitig mit der Abstimmung über den übrigen Text der Verfassung stattfand und 71% der Stimmen für den Sozialisierungsartikel erbrachte. Daraufhin setzten die Amerikaner den Vollzug dieses Artikels aus. Die Durchführung ähnlicher Verfassungsbestimmungen oder Gesetze in den Ländern der Westzonen scheiterte am Einspruch der USA – dem sich auch die britische Besatzungsmacht beugte –, die künftige Wirtschaftsordnung sei erst von dem zu errichtenden Gesamtstaat festzulegen. Damit wurde die Umsetzung der Sozialisierungsvorstellungen verhindert. Während sich FDP und CSU von Anfang an gegen Sozialisierung aussprachen, setzte sich in der CDU in den Jahren 1948/49 das vor allem von Ludwig Erhard (►14.6) befürwortete Kon-



◀ Der amerikanische Außenminister James F. Byrnes bei seiner am 6. September 1946 in Stuttgart gehaltenen Rede, die den entscheidenden Umschwung in der Deutschlandpolitik der USA markierte. Von da ab wurde zielstrebig die Schaffung eines westdeutschen Teilstaates betrieben

tigten Arbeitnehmer 60 DM. Löhne, Gehälter, Pensionen, Renten, Mieten und Pachtzinsen wurden im Verhältnis 1:1 umgestellt, die meisten anderen Verbindlichkeiten 10:1. Besonders hart getroffen waren die Besitzer von Sparguthaben, weil diese im Verhältnis 100:6,5 abgewertet wurden. Demgegenüber wurden die Besitzer von Sachwerten wie Grund und Boden, Häusern, Produktionsbetrieben, Lagern begünstigt. Die Währungsreform war damit auch eine Grundentscheidung über die künftige Vermögensverteilung.

Am 20. Juni 1948 verkündete *Ludwig Erhard* (►14.6), der Direktor für Wirtschaft in der Trizonenverwaltung, eigenmächtig – ohne Zustimmung der Besatzungsmächte – die weitgehende Aufhebung der Bewirtschaftung und Preisbindung. Über Nacht wurde nun plötzlich in den Geschäften alles, was bisher gesetzwidrig zurückgehalten worden war, angeboten; der Schwarzmarkt verschwand spurlos. Die Sowjetzonenverwaltung zog am 23. Juni 1948 mit einer eigenen Währungsreform nach, die auf ganz Berlin ausgedehnt werden sollte. Als die Westmächte die DM-Währung in den Westsektoren Berlins einführen, begannen die Sowjets mit der *Berliner Blockade* (►12.20), die von den Westmächten mit einer Luftbrücke beantwortet wurde.



▲ *Symbol für die Berliner Blockade wurden die von den Eingeschlossenen mit Galgenhumor »Rosinenbomber« genannten alliierten Transportflugzeuge. Hier eine der Maschinen im Anflug auf den Flughafen Tempelhof*

12.20 Berliner Blockade

Die Reichshauptstadt Berlin war bei Kriegsende allein von der Sowjetarmee erobert worden, aber bereits im Protokoll der Europäischen Beratenden Kommission vom 12. September 1944 hatten die Alliierten den Dreimächtestatus (später den Viermächtestatus) der Stadt und die Einteilung in entsprechende Sektoren festgelegt. Regelungen für den Verkehr der westlichen Truppeneinheiten oder gar der Zivilbevölkerung zwischen den Westzonen und West-Berlin durch die sowjetische Zone waren nicht getroffen worden. Lediglich bezüglich des Luftverkehrs wurde Ende November 1945 vereinbart, drei Luftkorridore von Hamburg, Hannover und Frankfurt am Main nach Berlin einzurichten, ferner eine alliierte Kontrollzone über dem Stadtgebiet von Berlin.

Nachdem der *Alliierte Kontrollrat* (►12.2) durch den Auszug der Sowjets am 20. März 1948 funktionsunfähig geworden war, kam es zu Behinderungen westalliierten Truppentransporte auf den Zufahrtswegen nach Berlin. Bereits damals richteten Amerikaner und Briten eine kleine Luftbrücke ein. Als die westlichen Alliierten die DM-Währung der Westzonen auch in den Westsektoren Berlins einführen, verhängte die Sowjetunion am 24. Juni 1948 eine totale Sperre der Schienen- und Straßenwege, einige Tage später auch der Wasserwege. Damit waren die Westsektoren auch von den Stromlieferungen aus dem Ostsektor und der Zufuhr von Frischmilch und anderen Lebensmitteln aus der sowjetischen Zone abgeschnitten. Mit dem Anspruch, Berlin liege auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone, trat jetzt die Sowjetunion aggressiv gegen die im Viermächtestatus festgeschriebenen Rechte der Westmächte auf. Sie wollte durch Aushungern die West-Berliner Bevölkerung müde machen und die westlichen Besatzungsmächte zur Aufgabe ihrer Position in Berlin zwingen.

Auf diese Kampfansage reagierten Amerikaner und Briten mit der Einrichtung einer Luftbrücke. Initiator war der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay. In einer einmaligen organisatorischen, technischen und menschlichen Leistung wurden während der elfmonatigen Blockade in etwa 195 000 Flügen fast 1,5 Millionen Tonnen Lebensmittel, Kohle, Baumaterialien und andere Güter nach Berlin ein-

gefliegen. Alle 2 bis 3 Minuten landete eine Maschine auf einem der drei West-Berliner Flughäfen. Zum Flug in die Stadt standen den West-Berlinern acht westdeutsche Flugplätze und nur drei Luftkorridore von je 30 km Breite zur Verfügung. An die verunglückten Piloten der Luftbrücke erinnert das Luftbrückendenkmal vor dem Flughafen Berlin-Tempelhof. Zum Repräsentanten des Widerstandswillens der Bevölkerung in West-Berlin wurde Ernst Reuter (SPD), der sein Amt als Oberbürgermeister bis September 1948 aufgrund eines sowjetischen Verbots nicht ausüben konnte. Mit der Berliner Blockade, die den ersten gefährlichen Höhepunkt des Kalten Krieges (►12.15) bildete, erreichte die Sowjetunion das politische Ziel an sich abzeichnende Einbindung Westdeutschlands und West-Berlins in das westliche Staatenbündnis zu verhindern. Tatsächlich beschleunigte die Blockade diesen Prozess, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den USA, Großbritannien und den deutschen Politikern in den Westzonen gestärkt wurde. Nachdem die Sowjets erkannt hatten, dass sie ihre Ziele nicht durchsetzen konnten, beendeten sie nach Geheimverhandlungen mit den USA und einem Abkommen der vier Mächte am 12. Mai 1949 die Berliner Blockade.

Während der Blockadezeit erfolgte auch die politische und verwaltungsmäßige Spaltung Berlins. Nach dem Auszug der Sowjets aus der alliierten Stadtkommandantur am 16. Juni 1948 bildeten die Westmächte im Dezember 1948 eine Drei-Mächte-Kommandantur in West-Berlin und bestätigten die Wahl Ernst Reuters zum Oberbürgermeister durch die am 5. Dezember nur in den Westsektoren gewählte Stadtverordnetenversammlung. Seit dem 1. November 1948 amtierte Friedrich Ebert (SPD), der Sohn des früheren Reichspräsidenten, als Oberbürgermeister im sowjetischen Sektor Berlins, der 1949 zur Hauptstadt der DDR erklärt wurde.

12.21 Parlamentarischer Rat

In Zuge des Kalten Krieges (►12.15) zwischen Ost und West nahmen die Überlegungen der Amerikaner und Briten zur Errichtung eines westdeutschen Teilstaates zunehmend konkrete Gestalt an. Die bis dahin bestehenden Widerstände Frankreichs konnten auf der Londoner Sechsmächtekonferenz abgebaut werden,



▲ *Der Parlamentarische Rat stimmt am 8. Mai 1949 abschließend über das Grundgesetz ab. In der ersten Reihe (von links): Max Reimann (KPD), Walter Menzel (SPD), Carlo Schmid (SPD), Theodor Heuss (FDP), Franz Blücher (FDP), Jakob Kaiser (CDU) und Thomas Dehler (FDP)*

an der vom 23. Februar bis 5. März und vom 20. April bis 1. Juni 1948 die drei westlichen Besatzungsmächte sowie die Niederlande, Belgien und Luxemburg als unmittelbare westliche Nachbarn Deutschlands teilnahmen. Die Londoner Empfehlungen bildeten die Grundlage für die »Frankfurter Dokumente«, die die Militärgouverneure den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder am 1. Juli 1948 übergaben. Die Ministerpräsidenten wurden darin aufgefordert, eine verfassungsgebende Nationalversammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte. Weiterhin wurde ein *Besatzungsstatut* (►13.7) angekündigt, das die Beziehungen zwischen einer künftigen deutschen Regierung und den Besatzungsmächten regeln sollte. Die Ministerpräsidenten, die vom 8. bis 10. Juli im Hotel »Rittersturz« in Koblenz tagten, hoben bei ihrer Stellungnahme zu den »Frankfurter Dokumenten« hervor, dass vermieden werden müsse, »die Spaltung zwischen West und Ost zu vertiefen«. Sie wehrten sich gegen den Staatscharakter des zu errichtenden Gebildes und plädierten für ein Provisorium, das einen gemeinsamen organisatorischen Rahmen für den Bereich der Westzonen bilden sollte. Dementsprechend verwarfen sie den Begriff »Verfassung« und schlugen stattdessen ein »Grundgesetz« vor – der Hamburger Bürgermeister Max Brauer hatte diesen Begriff in die Debatte eingeführt. Auch eine Volksab-

stimmung über den Verfassungsentwurf lehnten sie ab; die Länderparlamente sollten das Grundgesetz ratifizieren. In den beiden letztgenannten Punkten konnten sich die deutschen Länderregierungschefs durchsetzen; sie erreichten auch, dass das Grundgesetz nicht von einer vom Volk gewählten Nationalversammlung, sondern von einem Parlamentarischen Rat erarbeitet wurde, dessen 65 Mitglieder von den Länderparlamenten bestimmt wurden.

Ihre grundsätzlichen Bedenken gegenüber einer westdeutschen Teilstaatsbildung schoben die Ministerpräsidenten jedoch beiseite, nachdem der US-Militärgouverneur Lucius D. Clay mit Konsequenzen für das eingeschlossene Berlin gedroht und der Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter darauf hingewiesen hatte, dass die befürchtete Spaltung Deutschlands bereits Wirklichkeit geworden sei.

Ein von den Ministerpräsidenten berufener Verfassungskonvent erarbeitete in Herrenchiemsee vom 10. bis 23. August einen Verfassungsentwurf, und am 1. September 1948 trat in Bonn der Parlamentarische Rat zusammen. Ihm gehörten je 27 Abgeordnete der CDU/CSU und der SPD an, 5 der FDP, je 2 der KPD, der DP und des Zentrums. Hinzu kamen 5 Abgeordnete aus Berlin, die lediglich beratendes Stimmrecht besaßen. Zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates wurde Konrad Adenauer gewählt, den Vorsitz des Hauptausschusses übernahm Carlo Schmid (SPD).

Nach langen, oft kontrovers geführten Debatten, vor allem über die Vorschläge der Militär-gouverneure und über die Finanz- und Kompe-

tenzverteilung zwischen Bund und Ländern, wurde das *Grundgesetz* für die Bundesrepublik Deutschland (►13.1) am 8. Mai 1949 mit 51 gegen 12 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Abgeordneten der KPD, der DP und des Zentrums sowie sechs der acht CSU-Abgeordneten. Mit Ausnahme Bayerns, dem die neue Staatsordnung zu zentralistisch angesehen wurde, stimmten die Landtage aller westdeutschen Länder dem Grundgesetz zu. Die drei Militärgouverneure genehmigten das Grundgesetz am 12. Mai, am 23. Mai 1949 wurde es verkündet und trat am folgenden Tag in Kraft.

12.22 Deutscher Volksrat

Am 6. und 7. Dezember 1947 trat in Berlin der »Deutsche Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden« zusammen, dessen Delegierte auf eine Initiative der SED hin aus Parteien und Massenorganisationen der sowjetischen Zone gewählt worden waren, zum geringen Teil auch aus den Westzonen stammten. Angesichts der erkennbaren Tendenz der Amerikaner und Briten, einen westdeutschen Teilstaat zu errichten, verlangte der Kongress – dabei die sowjetische Deutschlandpolitik unterstützend – die Vorbereitung eines Friedensvertrages sowie eine gesamtdeutsche Regierung »aus Vertretern aller demokratischen Parteien« und gründete die von der SED geführte »Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden«. Der 2. Volkskongress, der am 17. und 18. März 1948 tagte, lehnte den *Marshallplan* (►12.18) ab, erkannte die Oder-Neiße-Linie an



◀ Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik durch den Deutschen Volksrat am 7. Oktober 1949. Am Mikrofon Wilhelm Pieck

beschloss ein Volksbegehren zur deutschen Einheit. Er wählte den 1. Deutschen Volksrat, dessen 1400 Mitglieder, davon 100 aus den Westzonen, am 3. Oktober 1949 amfasste. Der Verfassungsausschuss des Volksrates unter der Leitung Otto Grotewohls arbeitete auf der Grundlage eines SED-Entwurfes vom November 1946 den Entwurf einer Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik aus, der vom Volksrat am 22. Oktober 1949 genehmigt und am 19. März 1949 formell beschlossen wurde. Die 1400 Delegierten aus der sowjetischen Zone, die am 3. Deutschen Volkskongress (29. und 30. Mai 1949) teilnahmen, wählten von der Bevölkerung am 15. und 16. Mai 1949 eine Einheitsliste mit vorher festgelegten Schlüsseln, der der SED die Kontrolle über den Kongress garantierte, gewählt wor-

den. Der Protest in der Bevölkerung zeigte sich allerdings in 31,5% Nein-Stimmen sowie 6,7% ungültigen Stimmen. Aus den Westzonen nahmen 610 Delegierte am 3. Volkskongress teil, der ganz im Zeichen der Reaktion auf die Verabschiedung des Bonner Grundgesetzes stand. Der Kongress nahm die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik an und wählte den 2. Deutschen Volksrat, der am 7. Oktober 1949 zusammentrat, sich als provisorische Volkskammer der DDR konstituierte, ein »Manifest der Nationalen Front des demokratischen Deutschland« (in der die Volkskongressbewegung aufging) beschloss und den ehemaligen Sozialdemokraten Otto Grotewohl mit der Bildung einer Regierung beauftragte. Damit war die Gründung der DDR (►2.9) vollzogen.

Daten

5. Juni 1945 Berliner Erklärung der vier Oberbefehlshaber
 9. Juni 1945 Errichtung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)
 10. Juni 1945 Zulassung demokratischer Parteien in der SBZ und in Berlin
 11. Juni 1945 Gründungsaufruf der KPD in Berlin
 15. Juni 1945 Gründung der SPD in Berlin
 26. Juni 1945 Gründung der CDU in Berlin; Gründung der UN in San Francisco
 5. Juli 1945 Gründung der LDPD in Berlin
 17. Juli–2. Aug. 1945 Konferenz von Potsdam (2. Aug.: Potsdamer Abkommen)
 6./9. Aug. 1945 Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki
 30. Aug. 1945 Errichtung des Alliierten Kontrollrats
 19. Sept. 1945 Bildung der Länder Bayern, (Nord)Württemberg-Baden und Hessen (US-Zone)
 20. Nov. 1945
 bis 1. Okt. 1946 Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess
 21./22. April 1946 Vereinigung von KPD und SPD der SBZ zur SED
 23. Aug. 1946 Bildung der Länder Schleswig-Holstein, Hannover (später Niedersachsen) und Nordrhein-Westfalen (britische Zone)
 6. Sept. 1946 Stuttgarter Rede von US-Außenminister Byrnes
 20. Sept. 1946 1. Berliner Magistratswahlen
 2. Dez. 1946 amerikanisch-britisches Abkommen über Bizone
 3. Febr. 1947 Ahlener Programm der CDU
 15. Febr. 1947 Auflösung Preußens durch Kontrollratsgesetz Nr. 46
 12. März 1947 Trumandoktrin
 5. Juni 1947 US-Außenminister Marshall verkündet Wiederaufbauprogramm für Europa (Marshallplan)
 6.–8. Juni 1947 Münchner Ministerpräsidentenkonferenz
 14. Juni 1947 Deutsche Wirtschaftskommission in der SBZ
 25. Juni 1947 Konstituierung des bizonalen Wirtschaftsrates
 6./7. Dez. 1947 Tagung des 1. Deutschen Volkskongresses in Ost-Berlin
 20. Febr.–1. Juni 1948 Sechsmächtekonferenz in London
 20. März 1948 Sowjets verlassen Alliierten Kontrollrat
 16. Juni 1948 Sowjets verlassen Berliner alliierte Stadtkommandatur
 20. Juni 1948 Währungsreform in den Westzonen/Aufhebung der Zwangswirtschaft
 23. Juni 1948 Währungsreform in der SBZ
 24. Juni 1948
 bis 12. Mai 1949 Berliner Blockade
 26. Juni 1948 Beginn der Luftbrücke
 1. Juli 1948 Frankfurter Dokumente
 10.–23. Aug. 1948 Verfassungskonvent von Herrenchiemsee
 1. Sept. 1948 Konstituierung des Parlamentarischen Rates in Bonn
 5. Dez. 1948 Wahl der 1. West-Berliner Stadtverordnetenversammlung
 19. März 1949 Deutscher Volksrat billigt Verfassung für eine »Deutsche Demokratische Republik«
 4. April 1949 Gründung der NATO in Washington
 8. April 1949 Trizone
 5. Mai 1949 Gründung des Europarates in London
 8. Mai 1949 Annahme des Grundgesetzes
 23. Mai 1949 Verkündung des Grundgesetzes
 7. Okt. 1949 Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Adenauerzeit
(1949–1961)

13

Führung

Bildung eines westlich orientierten, westlichen Teilstaates aus den drei Westzonen weit mehr auf die Initiative der West- als auf die Wünsche und Vorstellungen westdeutscher Politiker. Amerikaner und Briten gaben auf der Londoner Sechsmächtekonferenz im Frühjahr 1948 den Anstoß, dass aus dem Zusammenschluss der drei Westzonen ein westdeutscher Teilstaat mit einer »Art Verantwortung« entstand. Die Pläne lehnten die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder anfangs ebenso ab wie die Bemühungen der Sowjetunion und der DDR-Führung, mit der Volkskongressbewegung die deutsche Einheit im kommunistischen Sinne als Volksbewegung voranzutreiben. Im Parlamentarischen Rat, der das Grundgesetz ausarbeitete, spielte die Persönlichkeit eine wesentliche Rolle, die nach der Konstituierung des ersten Deutschen Bundespräsidenten die junge Bundesrepublik nachhaltig führte: Konrad Adenauer. Er verstand es, den ihm geführten Regierungen, seiner Partei und seiner Bundestagsfraktion seinen Stempel aufzudrücken und seinen Willen durchzusetzen. Keiner seiner Nachfolger im Amt des Bundespräsidenten hat so nachdrücklich die im Grundgesetz verankerte Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers beansprucht wie er. Eine Reihe von Adenauer-Karikaturen aus den 50er Jahren zeigte Adenauer mit seinem »Schattenkanzler«: ihn jeweils als Minister, den eigentlich der Schattenminister nur als Schlag Schattenkanzlers großer Gegenspieler im zweiten Weltkrieg. Adenauer hielt sich dagegen mehr im Hintergrund und baute seine staatliche Position in den ersten Jahren der 50er-Jahre, Anfang der 60er-Jahre

aus. Walter Ulbricht hatte die stalinischen Säuberungen der 30er-Jahre in Moskau als opportunistischer Emigrant überlebt. An Zähigkeit und taktischem Gespür war er den meisten seiner Gegner weit überlegen. Als 1. Sekretär der SED war er der wichtigste Mann in der neuen DDR. Die starke Stellung der SED, die er mit sowjetischer Hilfe aufgebaut hatte, erlaubte ihm diese Form der Herrschaft.

Außenpolitisch war die Epoche 1949 bis 1961 vor allem durch den Kalten Krieg gekennzeichnet, der in die deutschlandpolitischen Entscheidungen der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition hineinspielte. Deutlich wurde dies vor allem in der Frage der Wiederbewaffnung. Unter Führung der USA wurde – vor allem nach dem Ausbruch des Koreakrieges – der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik erörtert und der Aufbau der Bundeswehr psychologisch vorbereitet, auch wenn dies die meisten Deutschen zu dieser Zeit noch ablehnten. In der DDR wurden Teile der Deutschen Volkspolizei zunächst in paramilitärischen Verbänden zusammengezogen, aus denen 1952 die Kasernierte Volkspolizei und 1956 die Nationale Volksarmee entstanden.

Schwerpunkt der bundesdeutschen Außenpolitik war die Westintegration der Bundesrepublik. Ziel der adenauerschen Politik war zwar die Wiedervereinigung Deutschlands, in erster Linie wollte Adenauer aber zunächst die volle Souveränität für die Bundesrepublik Deutschland erreichen. Dies schien ihm nur möglich durch die enge Anlehnung an die USA. Mit ihrer Hilfe gelang ein beispielloser wirtschaftlicher Aufschwung, der die Bundesrepublik zum geschätzten Verhandlungspartner vieler Staaten werden ließ. Mit der Anerkennung der deutschen Schuld an der Vernichtung der Juden

in der Zeit des Dritten Reichs und der Bereitschaft, Wiedergutmachung zu leisten, gewann die Bundesrepublik auch wieder an moralischem Ansehen.

Hefige innenpolitische Kontroversen zwischen SPD-Opposition und Bundesregierung gab es um die Außenpolitik. Zwar war die SPD antikommunistisch eingestellt, doch verfocht sie lebhaft und nachdrücklich die Wiedervereinigung Deutschlands. Sie war bereit, dafür auch einen Status als neutrales Land in Kauf zu nehmen. Die in ihren Augen überstürzte Politik der Westintegration bedeutete für die SPD die Zementierung der deutschen Spaltung. Erst als sie mit ihrem Deutschland-Plan (1959) auch bei der Sowjetunion auf Ablehnung stieß, begann die Umorientierung. Die Hinwendung zur Marktwirtschaft im Godesberger Programm und die große deutschlandpolitische Rede Herbert Wehners 1960 im Deutschen Bundestag markierten den Wendepunkt in der Politik der SPD.

Ein Problem von vorrangiger innenpolitischer Bedeutung war die Situation der Empfänger von Sozialleistungen, die auch durch den beginnenden Wirtschaftsaufschwung nicht gebessert wurde, sondern eine umfassende Reform des gesamten Sozialwesens erforderte. Kernstück dieser Reform wurde die Rentenreform 1957, an der zwar alle Parteien gleichmäßig beteiligt waren, für die aber letztlich nur die Union unter Bundeskanzler Adenauer die Früchte einstreichen konnte, als sie die Bundestagswahl 1957 mit absoluter Mehrheit gewann. Daneben war eine der Hauptschwierigkeiten der Bundesregierung vor allem die Eingliederung der Vertriebenen und der ehemaligen Kriegsgefangenen. Für diese Gruppen mussten nicht nur Arbeitsplätze bereitgestellt werden, sondern es galt auch dafür Sorge zu tragen, dass erlittene Vermögensverluste ersetzt und Rentenansprüche geklärt wurden. Mit dem Heimkehrergesetz und dem Lastenausgleichsgesetz wurden die entscheidenden Grundlagen zu einer erfolgreichen Einbindung in die Gesellschaft der neuen Bundesrepublik gelegt.

Eine entgegengesetzte Entwicklung zeichnete sich in der DDR ab. Nachdem die SED mithilfe der sowjetischen Besatzungsmacht ihre Vormachtstellung endgültig gesichert und jede politische Opposition ausgeschaltet hatte, vollzog sie den »Übergang von einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung« zum »Aufbau des

Sozialismus«, der im Juli 1952 auch offiziell als Staatsziel verkündet wurde. Innenpolitische Gegner waren dem Terror und der Willkür staatlicher Organe und der Parteinstanzen ausgesetzt, im Februar 1950 wurde ein Ministerium für Staatssicherheit eingerichtet.

1949 war die Planwirtschaft eingeführt worden, zwei Jahre später trat der erste Fünfjahresplan (1951–55) in Kraft. Umfangreiche Reparationsleistungen für die Sowjetunion belasteten zusätzlich die schwierige wirtschaftliche Situation. Ziel der ulbrichtschen Wirtschaftspolitik war zunächst einmal die Ankurbelung der Schwerindustrie als Grundlage des wirtschaftlichen Lebens in der DDR. Mithilfe der Planwirtschaft und rigoroser Festsetzung von Arbeitsnormen suchte man diesem Ziel näher zu kommen. Dabei scheute man auch nicht vor Täuschung zurück: Als der im Bergbau tätige Hauer Adolf Hennecke am 13. Oktober 1948 seine Arbeitsnorm mit 380 % übererfüllte und damit die »Aktivisten-Bewegung« begründete, war die Propagandaabsicht unverkennbar. Eine solche Übererfüllung der Arbeitsnorm war nur auf die gute Vorbereitung und eine gut organisierte Zuarbeit zurückzuführen; unter normalen Arbeitsbedingungen waren sie unmöglich. Der Protest gegen den wachsenden Arbeitsdruck und die Verweigerung politischer Mitspracherechte entlud sich schließlich im Aufstand vom 17. Juni 1953, der von sowjetischen Truppen niedergeschlagen wurde.

Danach versuchte die SED die ablehnende Haltung in weiten Teilen der Bevölkerung dadurch abzubauen, dass sie eine Verbesserung der Lebensbedingungen ankündigte und den politischen Druck zeitweilig lockerte. Die Entwicklung, die der sowjetische Parteichef Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 angekündigt hatte, zeigte in der DDR kaum Wirkung. Bereits Ende desselben Jahres wurden unter dem Eindruck des ungarischen Volksaufstandes Reformkommunisten wie Wolfgang Harich, die einen eigenen gesamtdeutschen Weg zum Sozialismus gefordert hatten, hart bestraft. Als Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED 1958 ankündigte, in kurzer Zeit solle Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch erreicht und überholt werden, wurde deutlich, wie wichtig der Vergleich der wirtschaftlichen Lebensbedingungen in der Konkurrenz zwischen Ost und West geworden war. Spätestens am Ende des Jahrzehnts war

klar ersichtbar, dass die SED damit eine illusorische Zielsetzung verfolgt hatte. Die Kluft zwischen Partei und Gesellschaft zeigte sich in einstimmig abgelehnter Fluchtbewegung, die schließlich mit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 beendet wurde.

Isoliert war die DDR isoliert, sie war von der sowjetischen Bestandsgarantie abgesichert und erlangte erst 1955 nach dem Vertrag mit der Sowjetunion innerhalb des Warschauer Paktes einen gleichrangigen Status im Völkervertrag. Die Anerkennung der DDR durch die internationale Staatengemeinschaft blieb ihr außerhalb des kommunistischen Staatensystems versagt. Anders als die Bundesrepublik lehnte die DDR eine Wiedervereinigung mit Israel ab. Ihr Standpunkt gegenüber dem Reich der Deutschen war, dass sie nicht der Rechtsnachfolger des im Zweiten Weltkrieg untergegangenen Deutschen Reiches sei; mit der Gründung des »ersten deutschen Arbeiter-Bauernstaates« sei ein neuer Staat entstanden. Seit Mitte der 50er-Jahre suchte Ulbricht seine Zweistaatentheorie durchzusetzen. Die DDR bedingungslos Anlehnung an die Sowjetunion sorgte für einen Abbau des sowjetischen Misstrauens und gab der DDR zu Beginn der 60er-Jahre auch außenpolitischen Spielraum.

Im Innern entwickelten sich die beiden deutschen Teilstaaten auseinander. In der Bundesrepublik machte sich, nachdem die Gefahr eines Krieges 1950/51 gebannt war, Zufriedenheit breit. Man arbeitete hart und lange, zog sich in Familie oder Vereine zurück und suchte – meist auch unbewusst – gleichsam den Anschluss an die Vorkriegszeit, die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft blendete man weitgehend aus. Im Arbeitsleben gelang die schrittweise Einführung der 40-Stundenwoche, dies wiederum machte sich auf dem Arbeitsmarkt durch Arbeitskräftemangel bemerkbar und stellte die Weichen für die Anwerbung der »Gastarbeiter« genannten ausländischen Arbeitnehmer seit den 60er-Jahren. Im Einzelnen und Ganzen bot die Gesellschaft der Bundesrepublik ein Bild von Selbstzufriedenheit und Stabilität.

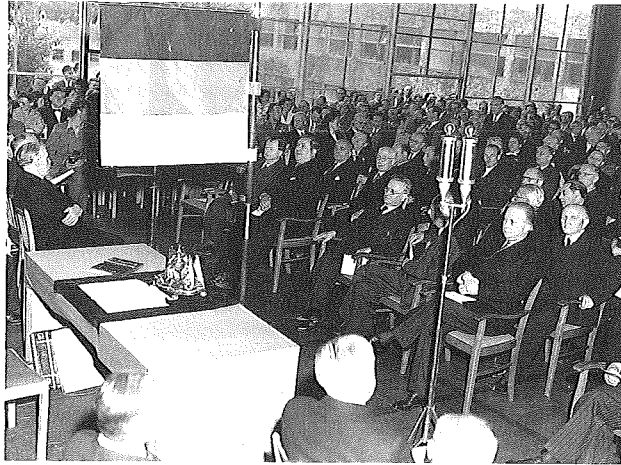
Zeitgleich waren die 50er-Jahre gerade in der Bundesrepublik das Jahrzehnt einer stürmischen Modernisierung. Seine Energien bezog die Bundesrepublik auf den Modernisierungsschub aus der Währungsreform und dem Wiederaufbau. Die Währungsreform legte die Grundlage, sie war

das äußere Zeichen, dass die wirtschaftliche Entwicklung vorwärts ging. Der Wiederaufbau war zwingende Notwendigkeit, denn die Kriegszerstörungen mussten beseitigt, den Menschen Wohnungen und Arbeitsstätten gebaut werden. Für den Städtebau war dies die einmalige Chance, alte Städte völlig neu zu planen. Der Wiederaufbau der zerstörten Frankfurter Altstadt z.B. wurde erst gar nicht mehr ernsthaft erwogen, sondern es wurden teilweise völlig neue Straßenzüge angelegt. Beim Wohnungsbau knüpfte man zum Teil an die Wohnungsbauten zur Zeit der Weimarer Republik an. Im Industrie- und Verwaltungsbau ging man von dem pompösen Baustil des Dritten Reichs ab. Helle, lichtdurchflutete Gebäude entstanden, mit großen, weit geschwungenen Treppenhäusern. Auch nach außen wurde so demonstriert, dass hier eine neue, offene Gesellschaft entstand, die sich deutlich absetzen wollte gegen die nationalsozialistische Zeit. Die Bundesrepublik zeigte sich als moderner und wohlhabender Staat.

Dieses Bild hatte seinen Reiz vor allem für die Bewohner der DDR. Sie waren von der wirtschaftlichen Entwicklung des Westens abgekoppelt, durften nicht am Marshallplan teilnehmen und litten unter der Parteidiktatur der SED. Dies alles führte dazu, dass viele in der DDR die Zustände doppelt unerträglich fanden und aus ihrem Machtbereich zu entkommen suchten. Die Flüchtlingszahlen ließen den wirtschaftlichen Kollaps der DDR befürchten, denn es flohen gerade diejenigen, die die Last des wirtschaftlichen Aufbaus hätten tragen sollen: die arbeitsfähige Bevölkerung. Nur durch den Bau der Berliner Mauer 1961, der eine politische Kapitulationserklärung gegenüber der eigenen Bevölkerung darstellte, gelang es der SED-Führung, die Fluchtbewegung zu unterbinden. Damit begann für die DDR eine Phase der Konsolidierung. Bundesrepublik und DDR mussten sich nun mit dem ungeliebten anderen Staat auseinander setzen und sich miteinander arrangieren.

13.1 Grundgesetz

Das vom *Parlamentarischen Rat* (► 12.21) erarbeitete Grundgesetz als Verfassungsgrundlage des zu bildenden westdeutschen Teilstaates wurde am 23. Mai 1949 durch den Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Konrad Ade-



◀ Am 23. Mai 1949 wurde in der Pädagogischen Akademie in Bonn das Grundgesetz verkündet. Der Tag gilt seither als das eigentliche Gründungsdatum der Bundesrepublik Deutschland

nauer, verkündet und trat am 24. Mai 1949 als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Um den provisorischen Charakter dieser Staatsbildung nachdrücklich zu betonen und die deutsche Frage offen zu halten, wurde der staatsrechtliche Begriff »Verfassung« vermieden. Mit dem In-Kraft-Treten des Grundgesetzes war die *Bundesrepublik Deutschland* (►13.2) als parlamentarische Demokratie entstanden.

In Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur legte der Parlamentarische Rat größten Wert auf die Verankerung der Grund- und Menschenrechte in der Verfassung. So beginnt das Grundgesetz in Artikel 1: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.« In der *Weimarer Verfassung* von 1919 fand sich ein solcher Artikel nicht; die Grundrechte waren hier erst im zweiten Hauptteil der Verfassung ab Artikel 109 aufgeführt. So sind die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland die Basis, auf der dieser Staat aufgebaut ist. Für jeden Staatsbürger sind sie einklagbar vor den Gerichten.

Das Grundgesetz gliedert sich in 14 Abschnitte, denen eine Präambel vorangestellt wurde. In der Präambel wurde ausdrücklich auf den provisorischen Charakter dieses deutschen Teilstaa-

tes hingewiesen: »... hat das Deutsche Volk in den Ländern ..., um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.« In Artikel 146 wurde festgelegt, dass das Grundgesetz seine Gültigkeit verliert »an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom Deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«

In Abschnitt I (Artikel 1–19) sind die Grundrechte niedergelegt. Abschnitt II (Artikel 20–37) enthält Regelungen über die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland und über das Verhältnis von Bund und Ländern. Die Abschnitte III–VI (Artikel 38–69) sind den Verfassungsorganen Bundestag, Bundesrat, Gemeinsamer Ausschuss, Bundespräsident und Bundesregierung gewidmet. Abschnitt VII (Artikel 70–82) behandelt die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Gesetzgebung. In den Abschnitten VIII und VIIIa (Artikel 83–91b) folgen Bestimmungen über die Ausführung der Bundesgesetze, die Bundesverwaltung und die Gemeinschaftsaufgaben. Der Rechtsprechung ist Abschnitt IX (Artikel 92–104) gewidmet. In Abschnitt X (Artikel 104a–115) schließen sich Regelungen über das Finanzwesen, in Abschnitt Xa (Artikel 115a–115l) über den Vertei-

...ungsfall an. In Abschnitt XI (Artikel 116–146) finden sich Übergangs- und Schlussbestimmungen. Das Grundgesetz geht als Verfassungsgesetz allen anderen Rechtsnormen vor. Es kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt und der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates bedarf. Bestimmte elementare Verfassungsgrundsätze dürfen auch durch Verfassungsänderungen nicht beseitigt werden: Dazu zählen die Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie als Grundlage der staatlichen Ordnung der »demokratische und soziale Bundesstaat.« Die Alliierten genehmigten das Grundgesetz am 12. Mai 1949 mit einigen, im *Besatzungsstaatsvertrag* (►13.7) aufgeführten Vorbehalten.

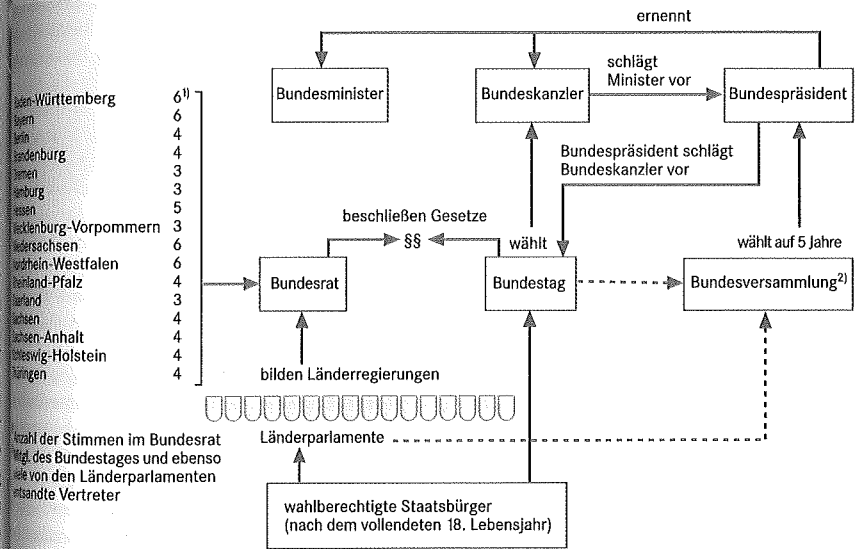
13.2 Bundesrepublik Deutschland – Politisches System

Der *Parlamentarische Rat* (►12.21) hatte dem neuen Staatsgebilde, das aus dem Zusammenstoß der drei Westzonen mit der Verkündung des *Grundgesetzes* (►13.1) entstanden

war, den neuen Namen Bundesrepublik Deutschland gegeben.

Der Begriff »Bundesrepublik« bezeichnete die Staatsform mit der den Bundesstaat kennzeichnenden Aufteilung der staatlichen Aufgaben zwischen dem Bund als Gesamtstaat und den Ländern als Gliedstaaten (Föderalismus). Die Hinzufügung »Deutschland« sollte darauf hinweisen, dass dieser Teilstaat den Anspruch erhob, für das ganze Deutschland zu sprechen. Das Volk als Souverän ist im Deutschen Bundestag repräsentativ vertreten. Der Deutsche Bundestag ist als oberstes Organ der Legislative der Mittelpunkt des politischen Lebens und von keinem anderen Verfassungsorgan abhängig; sein Präsident ist nach dem Bundespräsidenten der zweithöchste Repräsentant der Bundesrepublik.

Die Abgeordneten werden in allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlen vom Volk gewählt. In der Zusammensetzung des Bundestags spiegeln sich somit die gesellschaftlichen Gruppierungen und Kräfte wieder. Allerdings hat sich im Lauf der Jahre gezeigt, dass bestimmte Gruppen der Gesellschaft, wie z. B. die Beamten, überproportional vertreten sind, während andere, z. B. freie Unternehmer oder Handwerker, eher unterrepräsentiert sind. Bis 1990 traten zu den 496 vom Volk gewählten



▲ Das politische System der Bundesrepublik Deutschland

Mitgliedern (zuzüglich möglicher Überhangmandate) 22 vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte Abgeordnete aus West-Berlin, die nicht voll stimmberechtigt waren. Nach der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 hatte der Bundestag (einschließlich 6 Überhangmandaten) 662 Abgeordnete. Kritiker bemängeln, dass mit dieser Zahl das Parlament nicht mehr richtig arbeitsfähig sei und fordern die Verkleinerung des Parlaments. Der Bundestag wählt den Bundeskanzler und kann ihn auf dem Wege des konstruktiven Misstrauensvotums (d. h., indem er mit absoluter Mehrheit einen neuen Bundeskanzler wählt) auch wieder stürzen. Der Bundeskanzler wird nach seiner Wahl vom *Bundespräsidenten* (► 13.3) ernannt. Er schlägt sodann die von ihm ausgewählten Minister und Staatssekretäre dem Bundespräsidenten zur Ernennung vor. Bundeskanzler und Bundesminister bilden gemeinsam die Bundesregierung (»Kabinetts«), in der dem Bundeskanzler die Richtlinienkompetenz zusteht. Die Bundesregierung ist als oberstes Organ der Exekutive vom Vertrauen des Bundestages abhängig. Der Bundesrat wurde als Vertretung der Länder neben dem Bundestag in das Regierungssystem eingebaut und fungiert quasi als zweite Kammer, obgleich dies im Grundgesetz so nicht vorgesehen ist. Durch den Bundesrat sind die Bundesländer an der Gesetzgebung des Bundes beteiligt. Jedem Bundesland stehen im Bundesrat mindestens drei Stimmen zu. Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland verfügen über drei Stimmen, die Länder mit mehr als 2 Millionen Einwohnern besitzen vier Stimmen (Berlin, Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen), Hessen verfügt über fünf Stimmen, Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohnern haben sechs Stimmen (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern). Für die Dauer eines Jahres wird im Turnus ein Ministerpräsident oder (bei den Stadtstaaten) Bürgermeister zugleich Präsident des Bundesrates und damit Stellvertreter des Bundespräsidenten. Im September 1951 wurde als weiteres oberstes Verfassungsorgan das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (► 16.29) errichtet, das über die Einhaltung der rechtsstaatlichen Ordnung zu wachen hat. Seine Entscheidungen binden alle anderen staatlichen Organe, auch den Deutschen Bundestag.

Mit der Vereinigung Deutschlands wurde das Grundgesetz am 3. Oktober 1990 auch in den neu gebildeten Ländern der bisherigen DDR in Kraft gesetzt.

13.3 Bundespräsident und Bundesversammlung

Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der *Bundesrepublik Deutschland* (► 13.2). Er wird von der Bundesversammlung gewählt, die ausschließlich für die Wahl des Bundespräsidenten geschaffen wurde. Sie wird vom Präsidenten des Deutschen Bundestages einberufen und besteht aus den Abgeordneten des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Landtagen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl delegiert werden. Die Amtszeit des Bundespräsidenten dauert fünf Jahre, seine einmalige Wiederwahl ist möglich. Der *Parlamentarische Rat* (► 12.21) hatte sich bemüht, die Fehler der Weimarer Verfassung von 1919 von vornherein auszuschalten, und deshalb nicht nur auf die direkte Wahl durch das Volk verzichtet, sondern auch dem Bundespräsidenten im Wesentlichen rein repräsentative Aufgaben zugewiesen. Der Bundespräsident schlägt dem Deutschen Bundestag einen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers vor, ernennt und entlässt auf Ersuchen des Deutschen Bundestages den Bundeskanzler und auf dessen Vorschlag hin die Bundesminister. Der Bundespräsident vertritt die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich und schließt im Namen des Bundes Verträge mit auswärtigen Staaten. Er beglaubigt und empfängt die Botschafter und Gesandten der ausländischen Staaten, mit denen diplomatische Beziehungen unterhalten werden. Außerdem werden von ihm die Bundesrichter, Bundesbeamten, Offiziere und Unteroffiziere der deutschen Bundeswehr ernannt und entlassen. Im Einzelfall übt der Bundespräsident das Begnadigungsrecht aus. Die Befugnisse des Bundespräsidenten werden im Falle seiner Verhinderung oder bei vorzeitiger Erledigung des Amtes durch den Präsidenten des Bundesrates wahrgenommen. Zum ersten Bundespräsidenten wählte die Bundesversammlung am 12. September 1949 den Vorsitzenden der *FDP* (► 12.10), Professor *Theodor Heuss* (► 13.6).

3.4 Konrad Adenauer

Bundeskanzler der *Bundesrepublik Deutschland* (► 13.2) wurde der Präsident des *Parlamentarischen Rates* (► 12.21) und Vorsitzende der *CDU* (► 12.9) Konrad Adenauer. Geboren in Köln am 5. Januar 1876, schlug Adenauer nach juristischem und volkswirtschaftlichem Studium die Anwaltslaufbahn ein. 1906 wurde er dem Zentrum bei, 1908 wurde er Beigeordneter der Stadt Köln und war dort von 1917 bis 1933 Oberbürgermeister. 1920 bis 1933 war er außerdem Mitglied und Präsident des Preußischen Staatsrates. In der Zeit der Weimarer Republik trat er während des deutsch-französischen Konfliktes an-



▲ Konrad Adenauer

lässlich der Ruhrbesetzung 1923 für einen von den großen losgelösten rheinischen Teilstaat innerhalb des Deutschen Reiches, aber in Anlehnung an Frankreich ein, um zur Entschärfung der Gegensätze beizutragen. Von den Nationalisten wurde Adenauer aus allen Ämtern ausgeschlossen; nach dem 20. Juli 1944 war er für einige Monate inhaftiert. Nach dem Krieg setzte ihn die amerikanische Militärverwaltung wieder als Kölner Oberbür-

germeister ein, die britische Militärverwaltung entließ ihn aber bald wieder »wegen Unfähigkeit«. Parteipolitisch aktiv wurde Adenauer in der neu gegründeten CDU, in der er schnell Führungsfunktionen übernahm. 1946 wurde er zum Vorsitzenden der CDU der britischen Zone gewählt, 1950 bis 1966 war er Bundesvorsitzender der Partei. Am 1. September 1948 wählte ihn der Parlamentarische Rat zu seinem Präsidenten. Mit nur einer Stimme Mehrheit erreichte Adenauer am 15. September 1949 seine Wahl zum ersten Bundeskanzler, ein Amt, das er bis 1963 behielt.

Dreimal, 1953, 1957 und 1961, gewann die CDU/CSU mit ihm die Bundestagswahlen, jedes Mal mit deutlichem Abstand vor der SPD, 1957 errang sie sogar knapp die absolute Mehrheit. Adenauer hat die Politik dieser Zeit geprägt, sodass – auch wegen seiner langen Amtsperiode – von einer Adenauer-Ära gesprochen wird.

Seine herausragenden Leistungen waren vor allem die konsequent und zielstrebig betriebene Zurückgewinnung der deutschen Souveränität und die im erbitterten Kampf mit der Opposition durchgeführte Westintegration der Bundesrepublik. Die sich abzeichnende Vertiefung der Spaltung nahm Adenauer in Kauf in der Annahme, dass nur durch die Westintegration und eine Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion die Wiedervereinigung erreicht werden könne.

Schon früh, nämlich im März 1949 und wieder im Sommer/Herbst 1950, signalisierte Adenauer die deutsche Bereitschaft, einen Verteidigungsbeitrag im Rahmen einer europäischen Armee zu leisten. Dies geschah vor dem Hintergrund des Koreakrieges und der internationalen Diskussion um einen solchen Beitrag. Als Gegenleistung forderte das Kabinett die Souveränität für die Bundesrepublik. Ende August 1950 wurde ein entsprechendes Memorandum an den amerikanischen Hochkommissar McCloy übergeben.

Zu den großen Leistungen Adenauers gehörten auch die Wiederaufnahme der Gespräche mit Repräsentanten des neuen Staates Israel, das Bekenntnis zur Wiedergutmachung und vor allem die Aussöhnung mit Frankreich. Der am 22. Januar 1963 in Paris unterzeichnete Elysée-Vertrag (*Deutsch-Französischer Vertrag*, ► 14.2) begründete eine enge Zusammenarbeit auf allen Gebieten.

Bei seinem Besuch in Moskau im September 1955 erreichte Adenauer die Rückkehr der bisher noch festgehaltenen rund 10 000 deutschen Kriegsgefangenen und akzeptierte die von der Sowjetunion gewünschte Aufnahme diplomatischer Beziehungen. In der Mitte seiner vierten Amtsperiode trat Adenauer am 15. Oktober 1963 als Bundeskanzler zurück, starkem Druck auch in den eigenen Reihen nachgebend. Zu seinem Nachfolger wurde am 16. Oktober 1963 der erfolgreiche Wirtschaftsminister **Ludwig Erhard** (►14.6), der »Vater der sozialen Marktwirtschaft«, vom Deutschen Bundestag gewählt. Adenauer starb am 19. April 1967 in Rhöndorf.

13.5 Erstes Kabinett Adenauer

Der 1. Deutsche Bundestag wurde am 14. August 1949 nach einem nur für diese erste Wahl gültigen Wahlgesetz gewählt. 60% der Abgeordneten wurden als Direktkandidaten in den Wahlkreisen gewählt, die restlichen 40% der Mandate wurden unter Anrechnung der Direktmandate über Landeslisten auf die Parteien verteilt. Die Gesamtzahl der Abgeordneten betrug 402. Die CDU/CSU erhielt 31,0% und 139 Mandate, die SPD 29,2% und 131 Mandate, die FDP errang 11,9% und erhielt 52 Sitze. Ferner waren vertreten: die Deutsche Partei (DP, 17 Sitze), die Bayernpartei (17), das Zentrum (10), die KPD (15), die Wirtschaftliche

Aufbauvereinigung (12), die Deutsche Reichsbannerpartei (5) und der Südschleswigsche Wählerverband (1).

Am 15. September 1949 wählte der Bundestag den Bundeskanzler. Der CDU-Vorsitzende **Konrad Adenauer** (►13.4), erzielte die zweitgrößte Stimmenzahl mit der kleinsten Mehrheit von einer Stimme – es war seine eigene – gewählt. Am 20. September stellte Bundeskanzler Adenauer sein Kabinettskabinett vor, das von den Parteien CDU/CSU, FDP und DP gebildet wurde. Ihm gehörten 13 Ressortminister an, ein Außenminister gab es noch nicht, da die auswärtige Politik noch den Besatzungsmächten vorbehalten war. Führer der Opposition im Bundestag wurde der SPD-Fraktionsvorsitzende **Kurt Schumacher** (►12.11).

Dringendste Aufgaben der ersten Bundesregierung und des Parlamentes waren die soziale Eingliederung der Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen und die Versorgung der Kriegsoffer. Zunächst musste das staatliche Versicherungssystem finanziell wieder in Gang gebracht werden. Das Bundesversorgungsgesetz regelte bundeseinheitlich die Versorgung der Kriegsoffer, das Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer kümmerte sich um die Heimkehrerentschädigung, das **Lastenausgleichsgesetz** (►13.26) versuchte, die Verluste der Vertriebenen und Flüchtlinge zu registrieren und nach Möglichkeit auszugleichen. Der **Wohnungsbau** (►13.14) wurde gefördert und erste Verhandlungen mit dem Staat Israel und



◀ *Wahlwerbung der Parteien vor der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949. Das neu gewählte Parlament trat am 7. September 1949 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen*

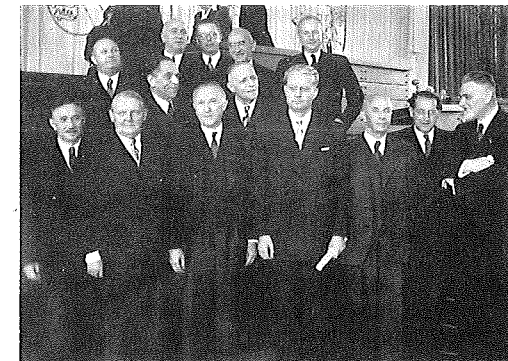
westlichen Organisationen über die zu leistende Wiedergutmachung (►13.13) geführt.

Adenauer war von Anfang an bestrebt, den westlichen Staat eng an die Westmächte anzulehnen. Er bot dabei auch schon früh einen deutlichen Verteidigungsbeitrag an, um dafür Souveränitätsrechte für die Bundesrepublik zu erlangen. Er stieß mit dieser Politik auf heftigen Widerstand bei den Sozialdemokraten, die bestanden, eine zu enge Westintegration könne die Chance der Wiedervereinigung aufs Spiel setzen, aber auch in der eigenen Partei. Innenminister **Gustav Heinemann** trat wegen der Aufrüstung der Bundesrepublik zurück. Adenauer konnte sich schließlich durchsetzen und für seine Politik die Zustimmung der Mehrheit der Bundesbürger erhalten. Bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 1. September 1953 erzielte die CDU/CSU beachtliche Stimmengewinne und erreichte bei der folgenden Bundestagswahl 1957 sogar die absolute Mehrheit.

13.6 Theodor Heuss

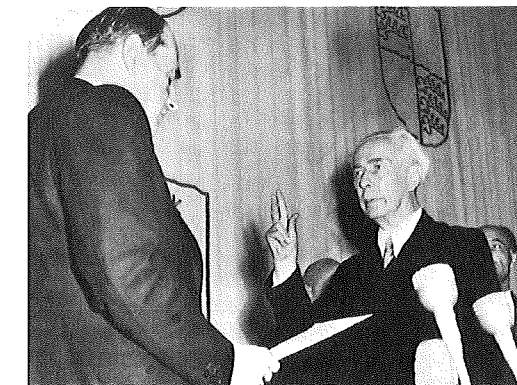
Am 12. September 1949 wählte die erste Bundesversammlung (►13.3) den Vorsitzenden der **Freien Demokratischen Partei** (►12.10), **Theodor Heuss**, zum ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Am 31. Januar 1894 in Brackenheim geboren, studierte Heuss Rechtsgeschichte und Volkswirtschaft und schloss sich nach dem Studium dem Kreis um **Richard Naumann** an, der ihn in seinen politischen und sozialen Ideen entscheidend prägte. Er war 1905–12 Schriftleiter der von Naumann herausgegebenen Zeitung »Die Hilfe« und 1912–18 der »Neckarzeitung«. 1920–24 war er Redaktionsleiter und dann bis 1933 Dozent an der Volkshochschule für Politik in Berlin. 1924–28 und 1929–33 wirkte Heuss als Mitglied des Reichstages in der Deutschen Demokratischen Partei, 1933–34 in der SPD. Er trat 1918 beizutreten war. Mit seiner Fraktion stimmte er am 23. März 1933 widerstrebend dem Ermächtigungsgesetz zu. Während des Dritten Reiches musste er seine publizistisch-politische Tätigkeit einschränken.

Nach dem Zusammenbruch wurde Heuss am 13./14. April 1946 der erste Kultusminister in Württemberg-Baden und war dort 1945–49 Mitglied des Landtages für die Demokratische Volkspartei. Er setzte sich nachdrücklich für die Vereinigung liberaler Parteien der westlichen Besat-



▲ *Fünf Tage nach seiner Wahl zum Bundeskanzler stellte Konrad Adenauer am 20. September 1949 sein Kabinett vor*

zungszonen ein und erreichte dieses Ziel 1948 mit der Gründung der Freien Demokratischen Partei, deren Vorsitzender er im gleichen Jahr wurde. Im **Parlamentarischen Rat** (►12.21) arbeitete er maßgeblich am **Grundgesetz** (►13.1) mit. Das Grundgesetz weist dem Bundespräsidenten in deutlicher Abkehr von der Verfassung der Weimarer Republik lediglich repräsentative Aufgaben als Staatsoberhaupt zu. Heuss war es zu verdanken, dass dieses Amt in der Öffentlichkeit zu hohem Ansehen gelangt ist. Heuss knüpfte bewusst an die demokrati-



▲ *Theodor Heuss wurde am 12. September 1949 von der Bundesversammlung zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt; das Bild zeigt ihn (rechts) bei der Vereidigung*

schen, geistigen und politischen Traditionen an, die die nationalsozialistische Herrschaft unterbrochen hatte. Das Schwergewicht seines innenpolitischen Wirkens legte er auf den Ausgleich der politischen Gegensätze. Seine Staatsbesuche trugen wesentlich zum wachsenden Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland bei. Theodor Heuss wurde 1954 von der Bundesversammlung eindeutig in seinem Amt bestätigt. Eine dritte Amtszeit, für die das Grundgesetz hätte geändert werden müssen und die ihm 1959 angetragen worden war, lehnte er ab. 1959 wurde Theodor Heuss, der auch als vornehmlich politischer Schriftsteller



▲ Die teilweise als Reparationsleistung geltende Demontage von Industriebetrieben, eine der Deutschland 1945 auferlegten Strafen, wurde in den westlichen Besatzungszonen bereits 1946 gedrosselt und im April 1951 völlig eingestellt. Das Bild zeigt die Sprengung eines Schornsteins auf dem Gelände der Essener Kruppwerke im Januar 1950

hervorgetreten ist, mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet. Er starb am 12. Dezember 1963 in Stuttgart.

13.7 Besatzungsstatut

Am 10. April 1949 wurde der *Parlamentarische Rat* (►12.21) über das auf der Außenministerkonferenz in Washington ausgearbeitete Besatzungsstatut informiert, das nie offiziell übergeben wurde, aber am 21. September 1949 in Kraft

Durch das Statut erhielten Bund und Länder die volle gesetzgebende, vollziehende und Rechtsprechende Gewalt übertragen. Die Besatzungsmächte behielten sich aber bei einigen Sachgebieten die Zuständigkeit vor:

»Abrüstung und Entmilitarisierung, ein- und zweijährige naturwissenschaftlichen Forschungsbereiche, der Verbot und Beschränkungen für die Industrie und die zivile Luftfahrt;

Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Ruhr-Rückertstattungen, Reparationen, Dekartellisierung, Entflechtung, Nicht-Diskriminierung im Geschäftsverkehr, ausländische Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtliche Ansprüche gegen Deutschland; Auswärtige Angelegenheiten ...;

Verschleppung und die Zulassung von Flüchtlingen;

Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte ...;

Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen;

Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft ...«

Die Besatzungsbehörden behielten sich jedoch auch das Recht vor, die »Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wieder aufzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, dass dies aus Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsform in Deutschland ... unumgänglich ist.«

Die Besatzungsmächte sprachen aber auch ihre Bereitschaft aus, nach zwölf Monaten das Statut zu überprüfen mit dem Ziel, »die Zuständigkeit der deutschen Behörden ... zu erweitern.« Seit 1951 wurden die Vorbehaltsrechte der Alliierten weiter abgebaut; am 5. Mai 1955 wurden die Bestimmungen des Pariser Verträge, in denen die Besatzungsmächte die Bestimmungen des Deutschlandvertrages eingingen, das Besatzungsstatut aufgehoben

8 Petersberger Abkommen

Bundeskanzler Adenauer (►13.4) bemühte sich, Bestimmungen des Besatzungsstatuts (►13.7) zu revidieren und für die Bundesrepublik weitere Souveränitätsrechte zu erlangen.

Im Rahmen eines Teppichfoto-Besuchs des Bundeskanzlers mit einer Delegation seiner Minister bei der Alliierten Hohen Kommission, die ihren Sitz im Hotel auf dem Königswinter bei Königswinter hatte. Der Teppichfoto-Besuch wurde am 12. Oktober 1949 auf dem Gelände der Hohen Kommissare zwischen den Alliierten und Deutschen dokumentiert. Adenauer ersuchte die Alliierten um die Situation und betrat seinerseits bei dem Teppichfoto-Besuch ebenfalls den Teppich.

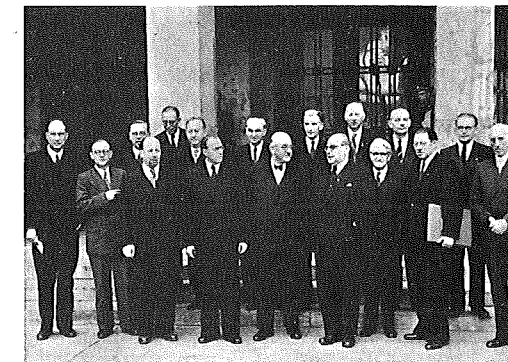
Das Petersberger Abkommen vom 22. November

also gerade zwei Monate nach Inkrafttreten des Besatzungsstatutes, erreichte Adenauer eine erste vertragliche Revision des Statuts. Die Bundesrepublik erhielt die Erlaubnis, die Beziehungen zu ausländischen Staaten aufzunehmen und internationalen Organisationen beizutreten. Bestimmte Beschränkungen im Bau von Hochseeschiffen wurden aufgehoben und der teilweise oder zeitweilige Demontagestopp bei zahlreichen Betrieben im Ruhrgebiet, im Rheinland und in Berlin verfügt. Das Abkommen betraf die Gesetzgebung über die Kartellentwerfung und die Genehmigung des Marshallplans. Die Bundesrepublik trat der Internationalen Ruhrbehörde bei und erzielte Übereinkunft für einen Beitritt zum Europarat

9 Deutsche Demokratische Republik – Politisches System

Die Bundesrepublik entstand auf dem Gebiet der westlichen Besatzungszonen mit der Verfassung einer Verfassung am 7. Oktober 1949. Die Deutsche Demokratische Republik wurde am 30. Mai 1949 aus der Volkskongressbewegung gebildet. Die 2. Deutsche Volksrat (►12.22) konstituierte sich selbst an diesem Tage als pro-

visorische Volkskammer zum Parlament des neuen Staates. Am 10. Oktober 1949 bestimmten die fünf Länderparlamente der sowjetischen Zone eine provisorische Länderkammer aus 34 Abgeordneten. Volkskammer und Länderkammer wählten am 11. Oktober 1949 den SED-



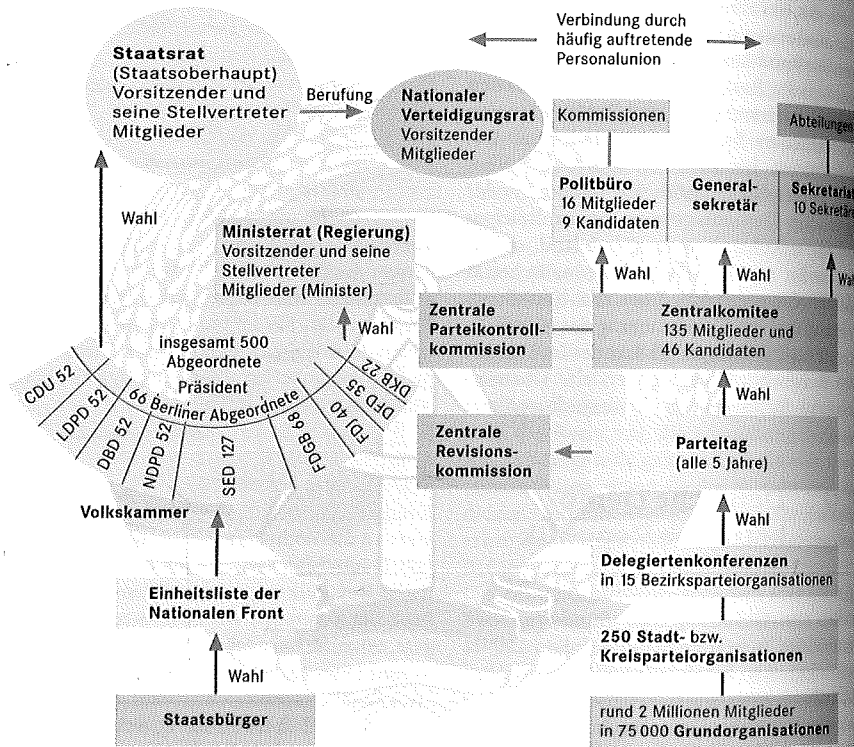
▲ Das am 12. Oktober 1949 von der Volkskammer bestätigte erste Kabinett der Deutschen Demokratischen Republik. In der vorderen Reihe (vierter von links) Regierungschef Otto Grotewohl, links neben ihm Walter Ulbricht, einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten

Vorsitzenden Wilhelm Pieck zum ersten Präsidenten der DDR; am 12. Oktober bestätigte die Volkskammer die erste DDR-Regierung unter dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. Die ersten Wahlen zur Volkskammer fanden am 15. Oktober 1950 auf der Grundlage einer Einheitsliste der Nationalen Front statt, bei 99,7% Ja-Stimmen. Dieses Wahlsystem, das keine Alternative zuließ, wurde bis zum Ende der SED-Diktatur beibehalten.

Die erste Verfassung der DDR erinnerte noch stark an die Weimarer Verfassung. Sie bezeichnete Deutschland als eine »unteilbare demokratische Republik«, die sich auf den Ländern aufbaut. Sie garantierte die Grundrechte des Bürgers, so zum Beispiel die Rede-, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit und nannte auch das Streikrecht. Sie gewährleistete das Eigentum und bestimmte gleichzeitig: »Die Wirtschaft hat dem Wohle des ganzen Volkes und der Deckung seines Bedarfs zu dienen.« Der Staat sollte durch seine gesetzgebenden

Organe den öffentlichen Wirtschaftsplan aufstellen. Obwohl die Verfassung einen gesamtdeutschen Anspruch erhob und viele demokratische Grundsätze verkündete, wurde sie sehr bald als Instrument der politischen Unterdrückung benutzt. Der berühmte Artikel 6, der u. a. »Boykothetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen« als Verbrechen bezeichnete, diente als Grundlage für die politische Justiz, die rigoros gegen tatsächliche und vermeintliche Gegner des neuen Staates vorging. Schon nach kurzer Zeit wurde deutlich, dass die Verfassung nur noch wenig mit der tatsächlichen Struktur des politischen Systems übereinstimmte. 1952 ersetzte man die fünf Länder Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen durch 14 Bezirke, ohne dass eine entsprechende Verfassungsänderung für nötig erachtet wurde. Die politische Macht in der DDR wurde nicht durch den Staat und seine Organe, sondern

durch die Leitungsgremien der SED ausgeübt. Das Politbüro der SED war das eigentliche Machtzentrum der DDR, der Apparat des Zentralkomitees, der mehr als 2000 Mitarbeiter umfasste, war der Staatsverwaltung übergeordnet und übte eine weit reichende Kontrolle über die Staatstätigkeit aus. Das Zentralkomitee der SED, eine Art Parteiparlament, das im Abstand von einigen Monaten tagte, diente in erster Linie zur öffentlichen Verkündung politischer Richtlinien, es übte nur selten und in Ausnahmefällen eine gewisse Kontrollfunktion gegenüber der Parteiführung aus, die ihm satzungsgemäß zustand. Wie gering die SED die Bedeutung der Verfassung für die Staatspolitik einschätzte, zeigt die Tatsache, dass erst 1968 eine neue »sozialistische Verfassung« verabschiedet wurde, die das in der DDR entstandene politische System charakterisierte und erstmals auch offiziell den Führungsanspruch der SED als Verfassungsgrundsatz postulierte.



▲ Das politische System der Deutschen Demokratischen Republik

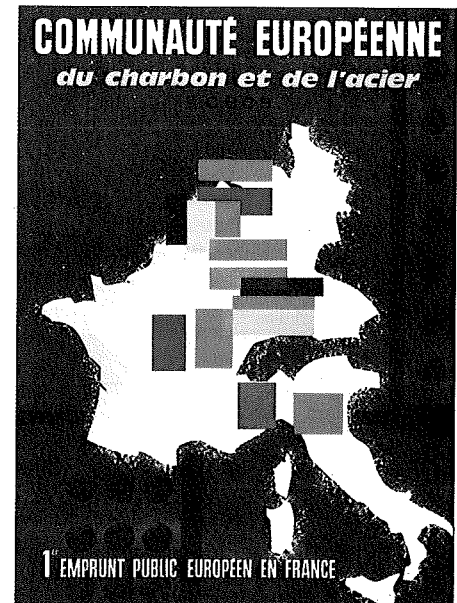
10 Schumanplan/ Montanunion

Die Förderung Frankreichs nach Internationalisierung des Ruhrgebietes war in den Nachkriegsjahren von Amerikanern und Briten zurückgewiesen worden wie die Annahme der Sowjetunion auf eine Beteiligung der Kontrolle und Ausbeutung der Ruhrinfranzosen. Auf Drängen Frankreichs wurde dann am 28. April 1949 im Ruhrstatut eine internationale Kontrollbehörde für die Ruhr gegründet, an der Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz beteiligt waren. Das Ruhrgebiet blieb Bestandteil des deutschen Staatsgebietes, die wirtschaftliche Auswertung wurde jedoch der Ruhrbehörde übertragen.

Das Petersberger Abkommen (►13.8) vom November 1949 erklärte sich die Regierung der DDR bereit, der Ruhrbehörde beizutreten. Ein Schritt führte zu einer heftigen Kontroverse mit dem Oppositionsführer im Deutschen Bundestag, Kurt Schumacher (►12.11), die Anerkennung der Ruhrkontrolle aber Adenauer und Adenauer vorwarf, ein »Kanzler der DDR« zu sein.

Im Mai 1950 erwähnte der französische Außenminister Robert Schuman in einer Regierungserklärung zum ersten Mal öffentlich die »Fusion« der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion. Schuman erklärte damit an die Zeit vor dem 1. Weltkrieg als sich Ruhrkohle und lothringische Minen ergänzten hatten, und griff dabei ein vorangehenes Angebot Adenauers auf. Dieser »Europäische Gemeinschaft« sollten sich weitere europäische Länder anschließen können. Schumans Ziel war eine deutsch-französische Union auf Basis eines »auf föderalistischer Grundlage« organisierten Europa. Ein erster Schritt dazu nach Auffassung des französischen Außenministers – aber auch Adenauers – die Koordination und Kooperation bei den Grundstoffindustrien.

Am 30. Juni 1950 nahmen Delegationen der Regierungen Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik Deutschland über diesen »Schu-



▲ Französisches Plakat für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (»Montanunion«) aus dem Jahr 1951

manplan« Vertragsverhandlungen auf. Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) – bekannt geworden unter dem Namen »Montanunion« – wurde am 18. April 1951 in Paris unterzeichnet. Er trat am 23. Juni 1952 in Kraft. Gleichzeitig wurde das Ruhrstatut aufgehoben. Die Montanunion wurde einer der Grundpfeiler der Europäischen Gemeinschaft (►13.32, 15.2, 16.32).

13.11 Europarat

Die in den ersten Nachkriegsjahren von vielen führenden Politikern europäischer Staaten angestellten Überlegungen über einen stärkeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluss führten am 5. Mai 1949 zur Unterzeichnung eines Statutes durch Vertreter von zehn europäischen Staaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Schweden), mit dem der Europarat gegründet wurde. Noch 1949 traten Griechenland und die Türkei hinzu. Die Bundesrepublik Deutschland wurde

am 31. März 1950 eingeladen, dem Europarat vorerst als assoziiertes Mitglied, ebenso wie das Saarland, beizutreten. Am 2. Mai 1951 wurde sie Vollmitglied des Europarates.

Der Europarat war die einzige europäische Organisation, in der bis zur Auflösung des Ostblocks nahezu alle nichtkommunistischen Staaten Europas vertreten waren. Seit 1990 sind auch Staaten aus dem Bereich des ehemaligen Warschauer Pakts beigetreten. Einige Länder haben Gaststatus. 1998 hat der Europarat 40 Mitglieder.

Organe des Europarats sind: 1. das Ministerkomitee (die Außenminister der Mitgliedsstaaten), 2. die Parlamentarische Versammlung (zusammengesetzt aus den von den nationalen Parlamenten entsandten Abgeordneten, deren Zahl sich nach der Größe der einzelnen Mitgliedsstaaten richtet; die Bundesrepublik Deutschland hat 18 Vertreter), 3. das Generalsekretariat, das die Sekretariatsaufgaben für die Versammlungs- und Regierungsexpertenausschüsse wahrnimmt. Der Europarat erlässt keine unmittelbar geltenden Rechtsakte; seine Organe äußern sich in der Form von Entschlüssen und Empfehlungen. Wichtig sind die in Empfehlungen enthaltenen Konventionen, vor allem die Europäische Menschenrechtskonvention, gegen deren Verletzung auch von den eigenen Bürgern eines Staates das Rechtsschutzsystem dieser Konvention in Anspruch genommen werden kann.

13.12 Interzonenhandel

Mit dem später durch die Bezeichnung »innerdeutscher Handel« ersetzten Begriff »Interzonenhandel« war der Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik gemeint. Eine erste innerdeutsche Vereinbarung kam unmittelbar nach der Gründung der beiden deutschen Staatsgebilde am 8. Oktober 1949 im Frankfurter Abkommen zustande. Es hatte aber bereits seit 1946 verschiedene Interzonenvereinbarungen zwischen den von den westlichen Alliierten besetzten Zonen bzw. dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet und der sowjetisch besetzten Zone gegeben.

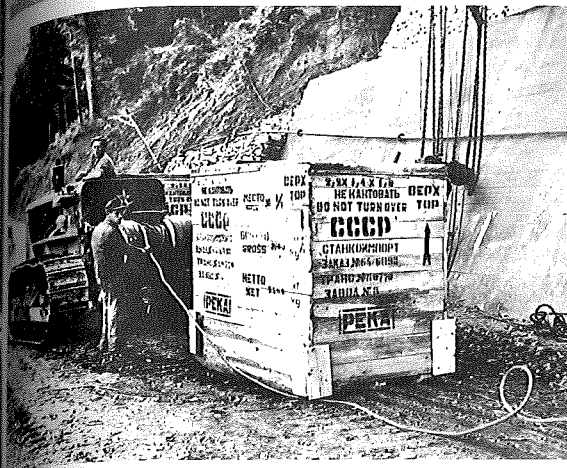
Am 20. September 1951 wurden die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlins und der DDR einschließlich Ost-Berlins neu

geregelt. Das Berliner Abkommen wurde neu gefasst und war im Wesentlichen bis 1990 gültig. Zur Überwindung der Währungsunterschiede wurde die Bezeichnung »Verrechnungseinheit« (1 DM-West = 1 DM-Ost = 1 VE) geschaffen. Alle Zahlungen wurden über zentrale Verrechnungskonten bei der Deutschen Bundesbank bzw. der Staatsbank der DDR abgewickelt. Das bilaterale Verrechnungssystem funktionierte, zusätzlich hatten beide Zentralbanken einander einen zinslosen Überziehungskredit (Swing) eingeräumt. Abwicklungsorgane waren für die Bundesrepublik die »Treuhandstelle Industrie und Handel« (bis 1981 Treuhandstelle für den Interzonenhandel) in West-Berlin, für die DDR das Ministerium für Außenhandel in Ost-Berlin.

Der innerdeutsche Handel galt nicht als Außenhandel, war andererseits aber auch kein Binnenhandel. Er musste, da er selbstständige und unterschiedliche Währungsgebiete betraf, nach besonderen Regeln abgewickelt werden. Diese Sonderstellung des Interzonenhandels ist auch bei der Gründung der EWG (► 13.32) berücksichtigt worden. Nach dieser Regelung wurde er in der EWG als Binnenhandel (innerdeutscher Handel) angesehen. Somit war die DDR als Nutznießer der EWG-Vergünstigungen ein Quasimitglied dieser Gemeinschaft. Jährlich wurden Listen über die zu handelnden Warengruppen zusammengestellt. Die wichtigsten Warengruppen in den Lieferungen der Bundesrepublik waren Maschinen, elektrotechnische und chemische Erzeugnisse, bei den Lieferungen der DDR überwogen Textilien und Bekleidung, Land- und forstwirtschaftliche Produkte, Holzwaren und Mineralölerzeugnisse.

13.13 Wiedergutmachung

Schon auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 war grundsätzlich festgelegt worden, dass das Deutsche Reich nach der Kapitulation die während des Krieges und unter der Herrschaft der Nationalsozialisten angerichteten Zerstörungen in den von ihnen besetzten Ländern wieder gutzumachen hätte. Auf der Konferenz von Potsdam (► 12.4) setzten die USA das Prinzip der Reparationsentnahme auf Zonenbasis durch, d. h., jede Besatzungsmacht sollte ihre Reparationsansprüche aus der eigenen Zone abdecken. Der Sowjetunion wurden für den Wie-



◀ Im Rahmen der Reparationsleistungen für die Sowjetunion, die auch nach Gründung der DDR dort zunächst noch fortgesetzt wurden, verfrachtete man komplette Industrieanlagen nach Osten. Im Bild der Abtransport von Maschinen aus einer Flugzeugmotorenfabrik bei Berlin

deraufbau ihres stark zerstörten Landes zusätzliche Reparationsleistungen aus den Westzonen zugestanden, die aber schon im Mai 1946 durch den auf Betreiben des amerikanischen Militärgouverneurs verhängten Demontagestopps abgeblockt wurden. Die besonders rigoros betriebene Demontage durch die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone belastete den wirtschaftlichen Normalisierungsprozess und den Wiederaufbau dort weit stärker als die besatzungspolitisch in den Westzonen wurden mit der Einrichtung des vereinigten Wirtschaftsgebietes der Bizone (► 12.13) Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation eingeleitet.

Die Rückerstattung feststellbarer Vermögensverluste an Opfer des NS-Regimes hatten schon die alliierten Militärregierungen angeordnet. Die neu entstandene Bundesrepublik Deutschland nahm den großen Komplex der Wiedergutmachung für die Personengruppen und Völker auf, die in der NS-Zeit aus rassischen, religiösen und politischen Gründen verfolgt worden waren. Am 27. September 1951 erklärte die Bundesregierung mit einhelliger Zustimmung des Deutschen Bundestages ihre Bereitschaft zur Wiedergutmachung gegenüber Israel. Am 10. September 1952 wurde das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel unterzeichnet. Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtete sich, innerhalb von zwölf Jahren 1,1 Mrd. DM zu zahlen. Weitere Abkommen wurden mit mehreren jüdischen Organisationen für Rückerstattungsansprüche der außerhalb Israels lebenden jüdischen Flüchtlinge ge-

schlossen. Im Gegensatz zur Bundesrepublik lehnte die DDR Wiedergutmachungsleistungen ab, da sie sich nicht als Nachfolgestaat des Dritten Reiches verstand.

Das Bundesentschädigungsgesetz vom 29. Juni 1956 definierte den Begriff des vom NS-Regime Verfolgten und regelte alle bereits laufenden Verfahren; damit wurde die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus in die Wege geleitet. Entschädigungsleistungen waren u. a. Renten, Abfindungen, Kostenersatz für Heilverfahren, Kranken- und Hinterbliebenenversorgung, Darlehen und Ausbildungsbeihilfen.

13.14 Sozialer Wohnungsbau

Die katastrophale Wohnungssituation am Ende des Krieges verschärfte sich in den ersten Nachkriegsjahren durch die Millionen Vertriebenen aus den Ostgebieten (► 12.5), die in den Westzonen eine neue Heimat suchten. Wegen fehlender Materialien konnte eine Bautätigkeit, die fühlbare Verbesserungen hätte bringen können, vorerst nicht beginnen. In den zerstörten Städten und Stadtteilen begnügte man sich anfangs damit, die Trümmer aufzuräumen und die nur halbzerstörten Häuser und Wohnungen notdürftig als Behelfsunterkünfte wieder herzurichten. Der Wiederaufbau von Wohnungen war deshalb eine der vorrangigen sozialpolitischen Aufgaben der Bundesrepublik Deutschland. In den Jahren 1949/50 wurden 503 900

Wohnungen fertig gestellt, darunter über 400 000 im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus.

Das erste Wohnungsbaugesetz vom 24. April 1950 regelte bundeseinheitlich den Wiederaufbau von Wohnungen, begünstigte vorwiegend jedoch den sozialen Wohnungsbau (»Bau von Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Miete bzw. Belastung für die breiten Schichten des Volkes bestimmt und geeignet sind«). Das Bauvorhaben dieses 1. Wohnungsbaugesetzes sah die Errichtung von 1,8 Millionen Sozialwohnungen vor (in einem Zeitraum von sechs Jahren). In den Städten und Gemeinden teilten die Wohnungsämter die Wohnungen nach der Bedürftigkeit den jeweils Anspruchsberechtigten zu. Nach statistischen Erhebungen bestand 1950 noch ein Defizit von 4,8 Millionen Wohnungen. 1951/52 wurden über 850 000 Wohnungen gebaut, etwa 20 % davon finanzierte die öffentliche Hand. Die Aufwendungen der öffentlichen Hand, also von Bund, Ländern und Gemeinden erreichten 1952 eine Höhe von fast 2 Mrd. DM.

Durch die Neufassung vom 25. August 1953 und das 2. Wohnungsbaugesetz vom 27. Juni 1956 wurde zunehmend auch der private Eigenheimbau gefördert. Seit Mitte der 50er-Jahre ging der Anteil des sozialen Wohnungsbaus zugunsten des privaten mehr und mehr zurück, der durch das Wohnungsbauprämien-gesetz von 1952 erste zusätzliche Förderung erhielt. Die Wohnungszwangswirtschaft und damit auch verbunden die Mietpreisbindung mussten jedoch bis 1960 noch beibehalten werden.

13.15 Mitbestimmung und Betriebsverfassung

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch 1945 hatten in zahlreichen Betrieben, deren Leiter geflohen oder von den Alliierten verhaftet worden waren, Arbeiter und Angestellte unter der Führung von Betriebsräten die Produktion weitergeführt. Bald bildete sich auch wieder eine Gewerkschaftsbewegung, die sich für die Bundesrepublik Deutschland 1949 im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisierte. Der DGB bestand aus 16 einzelnen nach Branchen unterschiedenen Industriegewerkschaften und definierte sich als parteipolitisch unabhängige

Einheitsgewerkschaft – im Gegensatz zu den Richtungsgewerkschaften der Weimarer Republik und des Kaiserreiches.

In der Montanindustrie (Kohle, Eisen, Stahl) Nordrhein-Westfalens hatte nach 1945 die Gewerkschaft bei der britischen Besatzungsmacht erreicht, dass die Aufsichtsräte der unter britischer Verwaltung stehenden Unternehmen mit je fünf Vertretern der Aktionäre und der Arbeitnehmer sowie einem neutralen Aufsichtsratsmitglied besetzt wurden (»paritätische Mitbestimmung«). Den Vorständen dieser Unternehmen gehörte ein Arbeitsdirektor an, dem vorallem das Personalwesen unterstand und der im Betrieb bestellt wurde. Gegenüber Bundestag und Bundesregierung vertraten die Gewerkschaften nach 1949 ihre Forderungen nach gesetzlicher Verankerung dieser Montanmitbestimmung, ihrer Ausweitung und nach volkswirtschaftlicher Mitbestimmung der Arbeitnehmer oberhalb der Unternehmensebene. Unter dem Druck eines Streikaufrufs in der Stahl- und Eisenindustrie einigten sich am 11. Januar 1951 der DGB-Vorsitzende Hans Böckler und Bundeskanzler Adenauer auf einen Kompromiss: Die bisher praktizierte Form der Mitbestimmung wurde festgeschrieben (Gesetz vom 21. Mai 1951), blieb jedoch auf die Montanindustrie beschränkt. Die weitergehenden gewerkschaftlichen Forderungen kamen nicht zum Zuge, obwohl auch kirchliche Kreise dafür waren und sie unterstützten. Die Koalitionspartner FDP und DP wandten sich gegen das Gesetz; es konnte nur mithilfe der SPD verabschiedet werden.

Die Mitwirkung der Arbeitnehmer und der Betriebsräte im Betrieb, die bisher nur in einem Gesetz des Alliierten Kontrollrats festgelegt war, wurde durch das Betriebsverfassungsgesetz vom 11. Oktober 1952 einheitlich geregelt. Danach waren in den Betrieben Betriebsräte zu wählen, die u. a. bei personellen Angelegenheiten, bei der Ordnung des Betriebes, der Arbeitszeit und der Urlaubsplanung mitbestimmen. In wirtschaftlichen Angelegenheiten erhielten die Betriebsräte freilich nur Informationsrechte. Die Aufsichtsräte in Kapitalgesellschaften wurden zu einem Drittel mit Arbeitnehmervertretern besetzt.

Erst in den 60er-Jahren gelang es den Gewerkschaften wieder, das Thema Mitbestimmung in die öffentliche Diskussion zu tragen, die auch

dem *Mitbestimmungsgesetz* von 1976 nicht beendet wurde. Bereits 1972 hatte das *Betriebsverfassungsgesetz* (►14.26) die Rechte der Arbeitnehmer und der Betriebsräte im Betrieb erweitert.

16 Deutschlandvertrag

Der Deutschlandvertrag regelte das Ende des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland und gab dieser die Rechte eines souveränen Staates. Er entstand im Zusammenhang mit den Bemühungen um einen deutschen Beitrag zur Verteidigung des Westens, der im Zuge des Koreakrieges und der wachsenden Spannungen zwischen Ost und West in Gang gekommen waren und eine Einbindung und Konzentration der aufzustellenden deutschen Truppen in der projektierten *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft* (EVG, ►13.17) vorsah. Die eigenständiger deutscher Verteidigungsmacht eine Ablösung des *Besatzungsstatuts* von 1949 voraussetzte, fanden sich die Westmächte seit Dezember 1950 zu Verhandlungen bereit, deren Ergebnis der Deutschlandvertrag war, dessen Inkraft-Treten jedoch gemäß Artikel 11 an das Zustandekommen der EVG gebunden war.

Nach dem Deutschlandvertrag (Bonner Verträge) wurden Besatzungsstatut und Alliierte Kommando aufgehoben und die Souveränität an die Bundesrepublik Deutschland übertragen, vorbehaltlich der Rechte und Verpflichtungen der drei Mächte »in Bezug auf Besatzung auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und der friedensvertraglichen Regelung«, sowie dem Recht zur Stationierung von Streitkräften zur Regelung des Notstandes zum Schutze der Streitkräfte (Artikel 5, 2, erloschen seit dem Erlass der *Notstandsgesetzgebung* von 1968 ►14.15). Er verpflichtete die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Politik auf die Prinzipien der UN und die im Statut des Europarats festgelegten Ziele und alle Unterzeichner auf das gemeinsame Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und eines frei vereinbarten Friedensvertrages für ganz Deutschland (Artikel 7).

Der Deutschlandvertrag wurde durch drei weitere Verträge ergänzt: Der Truppenvertrag regelte die Rechte und Pflichten der ausländi-

schen Streitkräfte, der Finanzvertrag legte den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zum Unterhalt dieser Streitkräfte fest sowie der Überleitungsvertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen.

Nachdem der Deutschlandvertrag noch 1952 in Großbritannien und den USA ratifiziert worden war, wurde er nach heftigen innenpolitischen und verfassungsrechtlichen Streitigkeiten in der Bundesrepublik erst 1953 ratifiziert. Die Ratifikation des EVG-Vertrages in der französischen Nationalversammlung scheiterte je-



▲ Konrad Adenauer, in Personalunion Bundeskanzler und Außenminister, unterzeichnete am 26. Mai 1952 den Deutschlandvertrag

doch am 30. August 1954. Auf der Londoner Neunmächtekonferenz der sechs EVG-Staaten sowie Großbritanniens, der USA und Kanadas vom 28. September bis 3. Oktober 1954 wurde daraufhin der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO (►13.19), die Bildung der *Westeuropäischen Union* (►13.20) sowie eine Anpassung des Deutschlandvertrages beschlossen und in den Pariser Verträgen am 23. Oktober 1954 vollzogen. Nach der Ratifizierung dieser Verträge trat der Deutschlandvertrag am 5. Mai 1955 in Kraft. Die Bundesrepublik war – mit Einschränkungen – souverän geworden.

13.17 Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)

Die EVG stellte den Versuch dar, im Zeichen des Kalten Krieges (► 12.15) eine effektive kontinentale Verteidigungsmacht der späteren EWG-Staaten Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg und Bundesrepublik Deutschland zu schaffen, die Risiken einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik durch eine supranationale Organisation aufzufangen und durch diese zugleich die europäische Einigung zu fördern. Wichtige Impulse verdankte die EVG einem Vorschlag Winston Churchills vom 11. August 1950 zur Bildung einer »Europa-Armee« und dem Plan des französischen Ministerpräsidenten René Pleven vom Oktober 1950. Die durch den Vertrag vom 27. Mai 1952 in Paris abgeschlossenen Verhandlungen der sechs Staa-



▲ Der schwarz-rot-goldene Stein schließt den Damm gegen die »rote Flut«. So sah dieses Plakat aus dem Jahr 1952 den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Verteidigung des Westens

ten sahen die Verschmelzung der nationalen Streitkräfte unter einem gemeinsamen Oberbefehl (mit Ausnahme der für die Kolonien benötigten Truppen) vor. Die Grundeinheiten bis zur Division sollten national, die höheren Einheiten, die Kommandobehörden und die Logistik supranational organisiert sein. Status, Ausrüstung, Ausbildung und Dienstzeit der Soldaten der EVG sollten gleich sein. Der EVG-Vertrag wurde von den Parlamenten der Beneluxstaaten, Italiens und der Bundesrepublik gebilligt, scheiterte jedoch 1954 an den französischen Bedenken gegen einen Souveränitätsverzicht. Die militärpolitischen Konsequenzen des Fehlschlags der EVG wurden durch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Westeuropäische Union (► 13.20) und die NATO (► 13.19) aufgefangen.

13.18 17. Juni 1953

Am 5. März 1953 starb der sowjetische Parteichef und Regierungschef Stalin. Von seinen Nachfolgern erwartete man ein Nachlassen des innenpolitischen Terrors und eine Verbesserung des Verhältnisses zu den Westmächten. Auch die innenpolitische Situation in der DDR geriet in Bewegung. Gerüchte kursierten, dass der doktrinäre und am stalinistischen Herrschaftssystem festhaltende SED-Generalsekretär Walter Ulbricht abgelöst werden sollte. Der neu ernannte sowjetische Hohe Kommissar Wladimir Semjonow hatte angeblich entsprechende Weisungen aus Moskau mitgebracht, falls die SED-Führung den sowjetischen Wünschen nach mehr Flexibilität nicht entsprechen sollte. Ende Mai 1953 hatte der Ministerrat der DDR noch eine allgemeine Erhöhung der Normen verkündet und damit erhebliche Unruhe hervorgerufen und die Fluchtbewegung aus der DDR verstärkt, hinzu kamen die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln und der staatliche Terror durch willkürliche Verhaftungen. Unter sowjetischem Druck machte das SED-Politbüro wirtschaftliche Zugeständnisse und verkündete den »neuen Kurs«. Er brachte Lockerungen des Drucks, Rücknahme von Preiserhöhungen und Verbesserungen im Konsum. Die am 28. Mai beschlossene Erhöhung der Normen für Industriebetriebe und die Bauwirtschaft um 10% wurde jedoch nicht zurückgenommen. Daraufhin streikten und demonstrierten am 16. Juni die Bauarbeiter in der Ost-Berliner Stalinallee. Die



◀ 17. Juni 1953: Aus Streiks und Demonstrationen von Ostberliner Bauarbeitern entwickelte sich der Aufstand in der DDR. Die ins Berliner Stadtzentrum vorrückenden sowjetischen Panzer wurden vielfach von der Menge mit Steinen beworfen

entwickelte sich am 17. Juni eine Volkserhebung in der gesamten DDR, in deren Verlauf es an mehr als 560 Orten, darunter alle Industriestädten, zu Streiks und Demonstrationen kam. Mehr als 10% der Arbeitnehmer beteiligten sich am Aufstand. Die ursprünglich wirtschaftlichen Forderungen, die von der Rücknahme der Normerhöhungen ausgingen, entwickelten sich zu weitgehenden politischen Forderungen wie dem Rücktritt der Regierung, der Ablösung Ulbrichts, freien Wahlen. Die SED-Führung war der Lage nicht gewachsen, sie verlor die Kontrolle und ließ den Aufstand durch sowjetische Truppen niederschlagen. Die Zahl der Todesopfer wird zwischen 25 und 100 angegeben, als Zahl der zu langjährigen Haftstrafen Verurteilten wurden rund 1000 festgestellt. Als Folge des Aufstandes ernannte Ulbricht seine Machtposition festigen und wieder mit sowjetischer Rückendeckung rechnen, seine innerparteilichen Gegner wurden ausgeschaltet. Die Westmächte hatten, um ein Kriegsrisiko zu vermeiden, auf ein von der Bevölkerung erwartetes Eingreifen in Ost-Berlin verzichtet und auf Proteste beschränkt. Am 17. Juni wurde in der Bundesrepublik Deutschland am 4. August 1953 zum gesetzlichen Feiertag erklärt (bis 1990).

13.19 Nordatlantikpakt (NATO)

Am 4. April 1949 war der Nordatlantikpakt (NATO = North Atlantic Treaty Organization) auf dem Hintergrund des sich verschärfenden

Ost-West-Konfliktes von Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Portugal und den USA abgeschlossen worden. 1952 traten Griechenland und die Türkei, 1982 Spanien dem Bündnis bei. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs folgten 1999 Polen, die Tschechische Republik und Ungarn. Im Rahmen der Verhandlungen über die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 nach dem Scheitern der EVG (► 13.17) wurde der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO vorbereitet und mit dem In-Kraft-Treten der Verträge am 5. Mai 1955 vollzogen. Die Bundesrepublik Deutschland erlangte damit wieder ihre Souveränität, die allerdings hinsichtlich der Sonderrechte der alliierten Truppen erheblichen Einschränkungen unterworfen blieb. Der NATO-Vertrag verpflichtet die Mitglieder neben der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zur gemeinsamen militärischen Verteidigung. Ein bewaffneter Angriff auf ein oder mehrere Mitgliedsländer bedeutet nach Artikel 5 einen Angriff auf alle, allerdings folgt daraus keine automatische militärische Beistandsverpflichtung. Vielmehr ist jedes NATO-Mitglied verpflichtet, unverzüglich und im Zusammenwirken mit den anderen Vertragspartnern die ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen. In der politischen Organisation ist das oberste Organ der Ständige Rat (NATO-Rat), in dem alle Mitgliedsländer Sitz und Stimme haben. Er tritt unter Vorsitz des Generalsekretärs zu Konsultationen über politische Entscheidungen der Allianz auf Botschafterebene wöchentlich, auf Ministerebene zweimal jährlich zusammen.

Zentrales militärisches Gremium ist der Militärausschuss. Ihm gehören die Stabschefs der beteiligten Länder mit Ausnahme Frankreichs an, das aus der militärischen Organisation 1966 ausgeschieden, aber Mitglied der politischen Organisation geblieben ist; Griechenland hatte 1974–80 auf die militärische Mitarbeit verzichtet. Der Militärausschuss berät den Ständigen Rat in militärstrategischen Fragen. Das Bündnisgebiet wurde in drei Kommandobereiche mit integrierten Kommandostäben eingeteilt, jeweils geleitet von einem alliierten Oberbefehlshaber: Europa (SACEUR mit dem Hauptquartier SHAPE in Casteau, Belgien), Atlantik (SACLANT in Norfolk, USA) und Ärmelkanal (CHINCHAN in Northwood, Großbritannien).

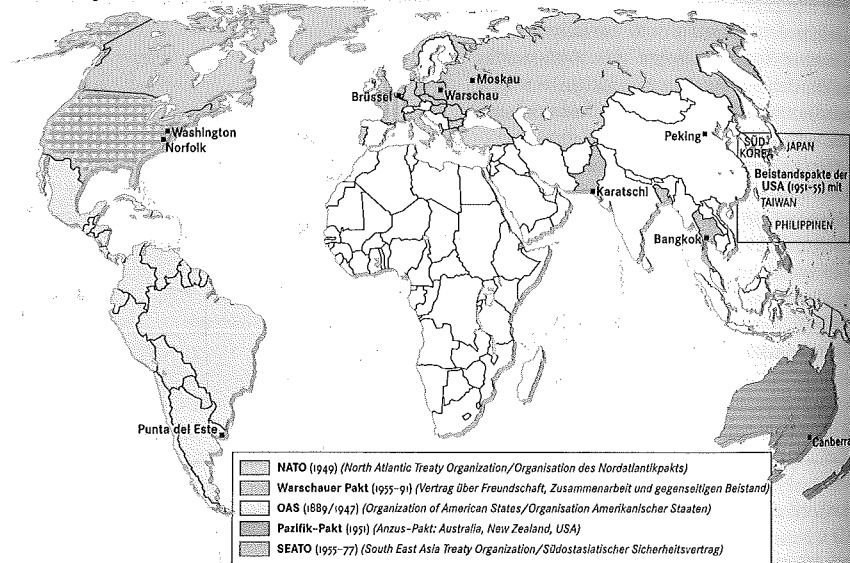
Die Streitkräfte der Mitgliedsstaaten sind teils der NATO bereits unterstellt, teils für die NATO zu irgendeinem Zeitpunkt in Friedenszeiten oder automatisch im Mobilmachungsfall vorgesehen, teils verbleiben sie unter nationalem Oberbefehl. Von den Streitkräften der deutschen Bundeswehr (►13.29) sind die Verbände der Luftraumüberwachung und der Luftverteidigung auch in Friedenszeiten voll der NATO unterstellt, im Verteidigungsfall unterstehen auch das Feldheer und die Seestreitkräfte der operativen Führung der NATO.

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989/90 sieht die NATO ihre Aufgabe nicht mehr in der Abwehr einer konkreten Bedrohung, sondern in der gemeinsamen Verweigerung gegen mögliche Konfliktrisiken. Neue Mitglieder wurden 1999 Polen, Ungarn und die Tschechische Republik.

13.20 Westeuropäische Union (WEU)

Im Zuge des Ost-West-Konflikts wurde im Oktober 1954 im Rahmen der Pariser Verträge ein kollektiver Beistandspakt abgeschlossen. Der Pakt änderte die gegen ein wieder erstarkendes Deutschland gerichtete Fünfmächteallianz des Brüsseler Vertrages vom 17. März 1948, der die Benelux-Staaten, Frankreich und Großbritannien angehörten, in ein durch die Bundesrepublik Deutschland und Italien erweitertes Verteidigungssystem. Es bildete einen Ersatz für die an französischen Bedenken gescheiterte Europäische Verteidigungsgemeinschaft (►13.17) und schuf mit den Bestimmungen über die Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung für die Bundesrepublik Deutschland eine Voraussetzung für deren Eintritt in die NATO (►13.19).

Paktssysteme der Welt ab 1947



Organe der WEU sind: 1. Rat der WEU (bestehend aus den Außenministern der Mitgliedsstaaten) mit dem Ständigen Rat (in London akkreditierte Botschafter) als Hilfsorgan; 2. Versammlung, zugeordnet aus den insgesamt 89 Vertretern der WEU-Staaten in der Beratenden Versammlung des Europarats; 3. Generalsekretariat (in London). Für die militärischen Aufgaben der WEU ist der NATO-Oberbefehlshaber zuständig.

gegen anfänglichen Hoffnungen wurde die WEU nicht zur Basis der politischen Einigung in Westeuropas. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts (1989/90) spielt die WEU wieder eine Rolle bei den Versuchen, innerhalb der EG eine eigene Verteidigungspolitik zu entwickeln. Die WEU wurde 1992 durch die Maastrichter Verträge enger in den europäischen Sicherheitsverbund einbezogen.

13.21 Warschauer Pakt

Wenige Tage nach der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO unterzeichneten am 14. Mai 1955 in Warschau Vertreter Polens, Bulgariens, der DDR, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, der UdSSR und Ungarns einen »Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand«; gleichzeitig wurde ein »Vereintes Kommando der Streitkräfte« gebildet. Der Warschauer Pakt bildete ein Gegenstück zum Nordatlantikpakt (1949) und übernahm zum Teil dessen Vertragsformulierungen fast wörtlich.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wurde der Warschauer Pakt zur wichtigsten multilateralen Organisation der europäischen kommunistischen Staaten. Veranlasst durch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO, dürfte die Errichtung des Warschauer Paktes auf das sowjetische Verlangen zurückzuführen sein, vertraglich garantierte Rechte zur Stationierung ihrer Truppen in den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas zu erhalten. Weiter sah die UdSSR den Zweck des Bündnisses vornehmlich darin, ein Gegengewicht gegen die NATO zu bilden, die diese Staaten einheitlich zusammenzufassen und diese Staaten möglichst eng an sich zu binden. Der Warschauer Pakt, der seiner Struktur nach ganz auf die Hegemonie der UdSSR zugeschnitten war, wurde durch Truppenstationie-

rungsverträge der UdSSR mit Polen (1956), der DDR (1957), Rumänien (1957), Ungarn (1957) und der CSSR (Oktober 1968) ergänzt.

Der Warschauer Vertrag verpflichtete zu Konsultationen in allen wichtigen Fragen der internationalen Politik, vor allem bei Gefahr für die Sicherheit eines der Vertragspartner, zu gegenseitigem militärischem Beistand bei einem bewaffneten Überfall in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten sowie zur Unterstellung aller (im Falle der DDR) oder von Teilen der Streitkräfte unter ein gemeinsames Oberkommando. Die Kündigung der Mitgliedschaft durch Ungarn am 1. November 1956 im Verlauf des ungarischen Volksaufstandes wurde durch die bewaffnete sowjetische Intervention unwirksam gemacht. Albanien schied 1968 aus dem Warschauer Pakt aus, die DDR 1990 – wenige Tage vor ihrem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland.

Als politisches Führungsorgan des Warschauer Paktes fungierte ein Politischer Beratender Ausschuss, in dem jeder Teilnehmerstaat vertreten war. 1956 wurden zwei Hilfsorgane mit Sitz in Moskau gebildet: ein Vereintes Sekretariat und eine Ständige Kommission, deren Kompetenz sich auf die Ausarbeitung von Empfehlungen in außenpolitischen Fragen erstreckte. Das militärische Führungsorgan des Warschauer Paktes war das Vereinte Oberkommando der Streitkräfte mit Sitz in Moskau, an dessen Spitze immer ein sowjetischer Oberbefehlshaber stand.

Die überholte Paktstruktur wurde im Gefolge der mit Gorbatschow seit 1985 einsetzenden Reformpolitik weiter geschwächt. Den 1990 geschlossenen bilateralen Abkommen über den Abzug der Sowjetarmee aus den Mitgliedsstaaten folgte am 1. Juli 1991 die Auflösung des Warschauer Paktes.

13.22 KPD-Verbot

Die *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD) war auch in den Westzonen neu gegründet worden. Zwischen 1945 und 1948 war sie mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Württemberg-Hohenzollern zumindest kurzzeitig an allen Landesregierungen beteiligt. In diesem Zeitraum verfolgte sie einen gesamtdeutschen Kurs und legte einen Schwerpunkt auf die Betriebsarbeit. Mit der SED bildete sie eine »Arbeitsgemeinschaft«, die eine einheit-

liche sozialistische Partei in ganz Deutschland anstrebte. Die Errichtung eines westdeutschen Teilstaates lehnte sie ab. Bei der ersten Bundestagswahl im August 1949 errang sie 5,7% der Stimmen und zog mit 15 Abgeordneten in den ersten Deutschen Bundestag ein. Bei der zweiten Wahl zum Deutschen Bundestag scheiterte sie mit nur noch 2,2% der Stimmen an der inzwischen eingeführten Fünfprozentklausel. Ab 1951 ging die Partei zu den bundesdeutschen Parteien deutlich auf Distanz und verfolgte eine revolutionäre Politik. Sie rief zum Kampf auf gegen die »Ausbeuter des deutschen Volkes« und die »Handlanger der Imperialisten«; erst ein »revolutionärer Sturz des Adenauer-Regimes« könne die deutsche Wiedervereinigung bringen. Diese Parolen gaben für die Bundesregierung den Anstoß, die Partei vom Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen. Ursprünglich sollte dies gleichzeitig mit dem Verbot der rechtsextremistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) geschehen. Beide Parteien gaben in ihrer Argumentation den Westmächten Anlass zu Besorgnis. Aber erst im November 1955 konnten im Bundesverfassungsgericht die Verhandlungen über den Verbotsantrag der Bundesregierung beginnen. Am 17. August 1956 wurde das Urteil verkündet und die KPD verboten mit der Begründung, sie stehe nicht auf dem Boden des Grundgesetzes (► 13.1). Als Endziel strebe sie die sozialistische Revolution an, um im Sinne des Marxismus-Leninismus die »Diktatur des Proletariats« zu errichten.

In der Öffentlichkeit und in den Debatten des Deutschen Bundestages ist lange über die Zweckmäßigkeit des Urteils diskutiert worden. Die Wahlen von 1953 und auch die folgenden Landtags- und Kommunalwahlen zeigten allerdings, dass die Partei keine beachtenswerte Rolle mehr spielte. Erst 1968 wurde sie unter leicht verändertem Namen als Deutsche Kommunistische Partei wieder neu gegründet, ihre Mitgliederzahl war auf 7500 gesunken.

13.23 Freie Deutsche Jugend (FDJ)

Die FDJ war die einzige offiziell zugelassene Jugendorganisation der DDR und nahm im System der Massenorganisationen einen wichtigen Platz ein. Sie war die Nachwuchsorganisation (Kaderreserve) der SED (► 12.12), deren füh-

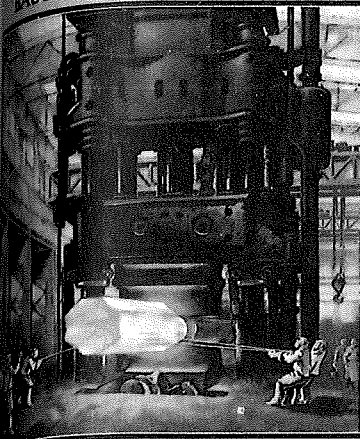
rende Rolle sie in ihrem Statut anerkannte. Ihre Aufgaben waren die politische Organisierung der Jugend in Grundorganisationen, die ab drei Mitgliedern in Wohngebieten, Betrieben, Bildungseinrichtungen usw. gebildet wurden, die ideologische und fachliche Erziehung der Jugend und die Freizeitgestaltung. Mit der Bildung relativ kleiner Grundorganisationen verfolgte die FDJ das Ziel, möglichst viele Jugendliche in die aktive Verbandsarbeit einzubeziehen. Der FDJ angeschlossen war der Kinderverband Pionierorganisation »Ernst Thälmann«. Die FDJ wurde am 7. März 1946 unter der Leitung des späteren Generalsekretärs der SED, Erich Honecker, als überparteiliche Jugendorganisation gegründet. Ihre Ausrichtung auf die KPD und später die SED wurde in den 50er-Jahren abgeschlossen. Seitdem war sie verpflichtet, den Marxismus-Leninismus zu verbreiten, die Beschlüsse der SED durchzuführen und sich an der vormilitärischen Ausbildung zu beteiligen.

Die FDJ hatte rund 2,2 Millionen Mitglieder; nach offiziellen Angaben besaßen etwa 70% der Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren die Mitgliedschaft. Besonders hoch war der Anteil der Schüler und Studenten. Die Funktionäre der Jugendorganisation waren vielfach zugleich Mitglied der SED. Die 1. Sekretäre der FDJ gehörten meist auch dem Politbüro der SED an. Ebenso stellte sie auch eine eigene Fraktion in den Volksvertretungen. So gehörten z. B. ab 1963 40 von 500 Mitgliedern der Volkskammer (► 13.9) der FDJ-Fraktion an. Gemeinsam mit den anderen Massenorganisationen sicherte sie auf diese Weise das Übergewicht der SED in diesen Gremien.

13.24 Planwirtschaft

Im Gegensatz zu der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (► 13.2) wurde in der DDR (► 13.9) entsprechend dem zentralistischen Staatsaufbau nach dem Muster der UdSSR die staatliche Planwirtschaft eingeführt, d. h. eine zentral und nach langfristigen Plänen gelenkte, von politisch motivierten Zielsetzungen beeinflusste Wirtschaftsordnung. Der Staat dirigierte und kontrollierte den gesamten wirtschaftlichen Vorgänge. Mit ebenfalls planwirtschaftlich organisierten blockländern war die DDR im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verbunden.

BAUTEN DES FÜNFJAHRESPLANES



EIN TITAN

6000-Tonnen-Schmiedepresse im Stahlwerk Grödlitz

▲ In einer Plakatserie wurde in der DDR auf die Errungenschaften des ersten Fünfjahresplanes hingewiesen. Hier ein Plakat aus dem Jahr 1956 mit der 6000-Tonnen-Schmiedepresse im Stahlwerk Grödlitz

Grundlage der wirtschaftlichen Planung waren stark durch politische Zielsetzungen bestimmten Perspektivpläne, die stufenweise in Jahresplänen (häufig Fünfjahresplänen) und schließlich in Jahresplänen verwirklicht werden sollten. Gegenstand der Planung für einen Bezugszeitraum waren die Verteilung der Produktionsfaktoren (einschließlich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe) auf die Branchen und Regionen und schließlich auf die Produktionseinheiten (Betriebe, Kombinate), die Festsetzung von Verrechnungspreisen sowie die Bestimmung der Sollwerte der Produktionsergebnisse. Der Gesamtplan wurde in verschiedene Teilpläne (Investitions-, Produktions-, Konsumtionsplan) und schließlich in Einzelpläne eingeteilt.

Der erste Fünfjahresplan der DDR (1951 bis 1955) vorrangig das Ziel, die Industrieproduktion zu verdoppeln und die Folgen von Kriegsstörungen, Reparationen und rücksichtslos sowjetischer Demontage zu beseitigen. Entsprechend wurden Energieerzeugung,

Schwerindustrie, chemische Industrie und Maschinenbau auf- und ausgebaut. Die Konsumgüterindustrie wurde dagegen weitgehend vernachlässigt. Die Planziele wurden trotz vielfältiger Schwierigkeiten – anders als bei späteren Plänen – insgesamt erreicht, die Arbeitsproduktivität konnte um 55% gesteigert werden.

Der zweite Fünfjahresplan konnte erst 1958 in Kraft treten und wurde wegen unrealistischer Zielsetzungen wenig später abgebrochen. Er ging 1959 in einen Siebenjahrplan über. Nach dem Mauerbau 1961 wurden Wirtschaftsreformen eingeleitet, die als »Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« 1963 beschlossen wurden. Damit wollte die SED-Führung eine rentabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik einführen, die eine verstärkte Förderung des Konsums einschloss. Der Siebenjahrplan wurde 1963 durch einen Perspektivplan bis 1970 abgelöst, der jeweils in Jahresplänen konkretisiert werden sollte.

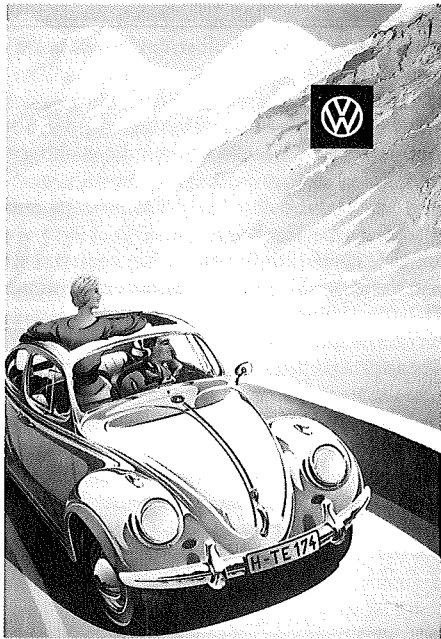
Für die Wirtschaftsplanung ließen sich in der DDR drei Ebenen unterscheiden: An der Bestimmung der Planziele wirkten die wichtigen politischen und Verwaltungsorgane mit, vor allem das Politbüro der SED, der Ministerrat und die Staatliche Plankommission. Dies war die zentrale Ebene. Die Staatliche Plankommission war das zentrale Organ des Ministerrats für die Planung. Grundsatzfragen legte sie dem Ministerrat zur Entscheidung vor. Auf der mittleren Ebene fungierten die Bezirksplankommissionen als Organ der Bezirksräte für die Territorialplanung. Für die örtliche Planung zuständig war die Kreisplankommission, die dem Kreisrat zuarbeitete und ihm unterstellt war; zugleich war sie der Bezirksplankommission nachgeordnet.

13.25 Soziale Marktwirtschaft

Nach dem Krieg galt es, die darniederliegende Wirtschaft möglichst schnell wieder aufzubauen. Zunächst wurde in fast allen Ländern der sozialistischen Idee der zentral gelenkten Wirtschaft Vorrang eingeräumt. Zentrale Lenkung und Zuteilung – in Deutschland seit Beginn des 2. Weltkrieges praktiziert – schien die einzige Möglichkeit zu sein, den Bedarf der Menschen an Nahrungsmitteln, Kleidung, Kohlen usw. einigermaßen gleichmäßig und gerecht zu decken. Man sah dies zwar als Notmaßnahme an,

doch konnte sich niemand auch auf längere Sicht andere Lösungen vorstellen, durch die der notwendigste Bedarf gedeckt werden konnte. Seinen Niederschlag fand der Gedanke der zentralen Lenkung der Wirtschaft sogar bei der CDU (►12.9), die in ihrem Ahlener Programm von 1947 auch die Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien nicht ausschließen mochte.

Während die britische Militärverwaltung solchen sozialistischen Vorstellungen durchaus folgen konnte, stießen diese Gedanken bei den amerikanischen Dienststellen auf Ablehnung. Vor allem General Lucius D. Clay war klar, dass die Wirtschaft nur in Schwung kommen konnte, wenn für den Wiederaufbau genügend Kredite bereitgestellt würden. Kredite für eine



▲ Angestoßen durch Marshallplan und Währungsreform sorgte eine liberale Wirtschaftspolitik auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland für einen unerwarteten ökonomischen Aufschwung, das »Wirtschaftswunder«. Eines der Symbole hierfür war der auf diesem Plakat beworbene »Käfer« von Volkswagen, der den Bürgern ein ganz neues Mobilitätsgefühl verschaffte

von sozialistischen Theorien beherrschten Volkswirtschaft wären aber weder vom amerikanischen Kongress noch von der amerikanischen Wirtschaft zu erhalten gewesen. Soziologe Clay in der amerikanischen Besatzungszone darauf ab, ein möglichst liberales Wirtschaftssystem aufzubauen. Natürlich suchten die Vertreter der widerstreitenden Richtungen die Schlüsselpositionen in den Länderregierungen und den zentralen Organen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes mit ihren jeweiligen Anhängern zu besetzen. Mit Viktor Agartz als Direktor des Verwaltungsamtes für Wirtschaft der Bizonen gelangte ein exponierter Sozialist in eine Schlüsselposition. Die Vertreter einer liberaleren Wirtschaftspolitik – vor allem im süd-deutschen Raum angesiedelt – sammelten sich um den parteilosen bayerischen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (►14.6). Im März 1948 wurde Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes gewählt. Sein Programm sah die Liberalisierung der Wirtschaft vor. Währungsreform und Marshallplanhilfe seien geeignet, den Wirtschaftsaufschwung zu sichern. Produktion und Konsum müssten mehr Freiheit haben, Wettbewerb und Leistungswille seien das Gebot der Stunde. Die soziale Marktwirtschaft bedingte nach Anlaufschwierigkeiten den wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik. Das so genannte »Wirtschaftswunder«, ist jedoch auch im Rahmen eines fast alle europäischen Länder erfassenden Wirtschaftswachstums zu sehen.

Die soziale Marktwirtschaft sieht bei grundsätzlicher Befürwortung und Absicherung der wirtschaftlichen Freiheit eine Regulierungsfunktion und Kontrollfunktion des Staates vor, um ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit zu gewährleisten. Der Staat hat die Aufgabe, sozial unerwünschte Entwicklungen der Marktwirtschaft rechtzeitig zu korrigieren, den freien Wettbewerb unter anderem vor der Beeinträchtigung durch Kartelle und Monopole zu schützen und die Einkommens- und Vermögensverteilung im Interesse der nicht am Wirtschaftsprozess beteiligten Bevölkerungsgruppen zu steuern. Bestimmte Bereiche der Volkswirtschaft wie z. B. Raumordnung und Strukturpolitik, die der Privatinitiative nicht überlassen werden können, werden vom Staat geregelt. Ihm obliegt es ferner, die Stabilität des Geldwertes zu sichern.

26 Lastenausgleich

In den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland mussten für die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen wie Kriegsopfer, Flüchtlinge und Vertriebene besondere Gesetze geschaffen werden, aufgrund derer die dringendste Beseitigung der Schäden bereitgestellt werden konnten. Im Dezember 1950 wurde das Bundesversorgungsgesetz verabschiedet, das die Versorgung der Kriegsopfer, der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen bundeseinheitlich regelte. Das Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Kriegsgenossen, das die ehemaligen Kriegsgefangenen und ihre Angehörigen versorgte, hatte im Juni den Deutschen Bundestag passieren lassen. Von größter Bedeutung war das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952. Es sollte auf den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit die Schäden und Verluste der Vertriebenen und Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Gebieten und aus der Sowjetischen Besatzungszone (bzw. aus der DDR) auszugleichen. Zur Feststellung der Schäden und der Beiträge sowie zur Festsetzung der Beträge der Vermögensabgabe jener Bevölkerungsteile, die durch die Kriegsereignisse nicht oder nur geringfügig betroffen waren, wurde ein umfassendes kompliziertes Gesetzgebungswerk und ein großer Bearbeitungsapparat in den Lastenausgleichsämtern geschaffen. Die Leistungen unterscheiden sich vor allem nach folgenden Kategorien: Hauptentschädigung zur Abgeltung von Vermögensschäden, Wohnraumbausparungsdarlehen, Renten, Unfallversicherungsbeiträge, Hausratenschädigung, Entschädigung im Währungsausgleich für Sparguthaben, Darlehen zur Förderung der Wohnungsbauförderung, Darlehen zur Förderung der Wohnungsbauförderung. Bedeutendsten Leistungen – bis Dezember 1952 wurden rund 104 Milliarden DM für Entschädigungshilfen nach dem Lastenausgleichsgesetz ausgeben – dauerte es Jahre, bis die Not gelindert war.

7 Dynamische Rente

Die Sozialleistungen einen Anteil von 15% am Bundeshaushalt, vier Jahre später diesen Anteil sogar 42%: rund 9,8 Mrd.

DM bei einem Gesamthaushalt von 29,6 Mrd. DM. Immerhin waren 1955 rund 20% der Bevölkerung von Sozialleistungen abhängig; die Sozial-Enquête (Untersuchungsbericht über die soziale Situation der Bevölkerung) von 1955 erfasste etwa 1 Million Haushalte, die unter der offiziellen Armutsgrenze von 130 DM Monatseinkommen lagen. Das Sozialsystem der Bundesrepublik musste also umfassend reformiert werden, und Bundeskanzler Adenauer kündigte in seiner Regierungserklärung zu Beginn seiner zweiten Amtszeit eine solche Reform an.

Diskussionen um eine Reform hatte es seit dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945 gegeben. Zwei grundsätzliche Richtungen standen sich in den Auseinandersetzungen gegenüber: Sozialdemokraten und Gewerkschaften forchten für eine Einheitsversicherung mit gleichen Leistungen für alle Berufsgruppen unter einheitlicher Verwaltung. Dagegen forderten die Wirtschaftsverbände eine Wiederherstellung des bisherigen gegliederten Versicherungssystems, in dem jede Gruppe eigene Versicherungen hatte. In den Diskussionen konnten sich schließlich die Befürworter des traditionellen Systems durchsetzen.

Das Konzept der Einheitsversicherung wurde von der Regierung abgelehnt, bewirkte aber, dass in den anderen Parteien und Gruppierungen intensiv nach Plänen und Lösungen gesucht wurde. Bis 1955 lagen aber keine konkreten Entwürfe vor, und es stand zu befürchten, dass die groß angekündigte Sozialreform versanden würde.

Adenauer seinerseits drängte – auch mit Blick auf die Bundestagswahl 1957 – auf die Reform. Mitte 1955 war aber auch klar, dass eine umfassende Reform im Rest der Legislaturperiode nicht mehr zu schaffen sein würde. So mussten sich Adenauer und das federführende Bundesministerium unter Anton Storch, dem Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, mit einer Teilreform begnügen. Die Sozial-Enquête hatte deutlich gemacht, dass die Sozialrentner in der größten Not lebten. Eine Rentenreform konnte also die schlimmsten Notfälle und gleichzeitig rund die Hälfte der Sozialleistungsfälle erfassen. Als Konzept für die Reform bot sich ein Modell an, das ein Kölner Privatdozent in die Diskussion brachte. Dieses Modell bestand darin, dass die Erwerbstätigen einen Teil ihres Bruttoeinkommens in die Rentenkasse

zahlten, die den Betrag an die Rentner weitergab. Dem Beitragszahler wurden Punkte gutgeschrieben, die sich an der Höhe seines Beitrages orientierten. Aus diesen Punkten und dem jährlichen Beitrag konnte dann der Rentenwert errechnet werden. Auf diese Weise war die Rente mit dem Bruttoeinkommen der Beitragszahler gekoppelt – die dynamische Rente war erfordern (zur weiteren Entwicklung: Krise des Sozialstaats, ▶16.22). Dieses Modell eines Generationenvertrages konnte sich im nun einsetzenden Streit der Parteien und Ministerien durchsetzen. Die SPD rückte im Verlauf der Diskussionen, an denen sich auch die Öffentlichkeit lebhaft beteiligte, von der Einheitsversicherung ab und brachte einen noch weitergehenden Entwurf im Bundestag ein. Im Januar 1957 passierte die Reform in zweiter Lesung den Deutschen Bundestag. Rückwirkend zum 1. Januar wurde sie wirksam, ab Mai wurden die fälligen Nachzahlungen und Erhöhungen geleistet. In der Arbeiterversicherung stiegen die Renten um durchschnittlich 65%, in der Angestelltenversicherung um fast 72%. Der von Adenauer geführten CDU brachte unter anderem diese Reform bei den Bundestagswahlen im September 1957 die absolute Mehrheit.

13.28 Hallsteindoktrin

Schon kurz nach ihrer Gründung erhob die Bundesrepublik Deutschland (▶13.2) den Anspruch, die allein legitimierte Vertreterin der deutschen Interessen zu sein und für alle Deutschen in Ost und West zu sprechen (Alleinvertretungsanspruch). Begründet wurde dieser Anspruch damit, dass im westlichen Teil Deutschlands eine Regierung im Amt sei, die aus freien Wahlen hervorgegangen war, während in der DDR (▶13.9) eine Parteidiktatur herrsche. Die Sowjetunion und die übrigen Ostblockstaaten und die DDR selber hatten die so genannte Zweistaatentheorie entwickelt. Diese besagte, dass auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reichs zwei souveräne deutsche Staaten entstanden seien.

Die Bundesregierung suchte mit allen Mitteln zu verhindern, dass weitere Staaten mit der DDR diplomatische Beziehungen aufnahmen und damit die DDR als Staat anerkannten.

Bei dem Besuch Bundeskanzler Adenauers (▶13.4) in Moskau im September 1955 war die

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik einbart worden. Die Sowjetunion aber hatte bereits 1954 diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen.

Begründet wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion zum einen damit, dass diese eine der vier Besatzungsmächte war, und zum anderen hoffte man, die Freilassung der noch in sowjetischen Lagern befindlichen deutschen Kriegsgefangenen zu erreichen. Bereits bei der Rückreise nach Bonn überlegte die deutsche Delegation, wie der befürchteten Flut diplomatischer Anerkennungen der DDR wirksam begegnet werden könnte. Der Leiter der Politischen Abteilung des auswärtigen Amtes, Wilhelm Grewe, stellte dabei einen Problemkatalog auf, aus dem Grewe und Adenauers außenpolitischer Berater Walter Hallstein die so genannte »Hallsteindoktrin« entwickelten. In der Regierungserklärung vom 23. September 1955 war dieser Grundsatz der deutschen Außenpolitik dann formuliert. Die Bundesrepublik Deutschland werde – aufgrund ihres demokratisch legitimierten Alleinvertretungsanspruchs für das gesamte deutsche Volk – mit keinem Staat diplomatische Beziehungen aufnehmen oder unterhalten, der seinerseits in diplomatischen Beziehungen mit der DDR stehe oder solche eingehe.

Gestützt auf das wirtschaftliche Potenzial und die Entwicklungshilfeleistungen der Bundesrepublik, erwies sich die Hallsteindoktrin als effektives Mittel, die diplomatische Anerkennung der DDR durch nichtkommunistische Staaten zu verhindern. Sie führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien 1957 und Kuba 1963, verhinderte aber auf lange Sicht auch eine flexiblere deutsche Außenpolitik. Fragwürdig wurde die Doktrin vollends, als die Bundesrepublik 1967 diplomatische Beziehungen zu Rumänien und 1969 wieder zu Jugoslawien aufnahm. Nach der Bildung der *sozialliberalen Koalition* aus SPD und FDP (▶14.17) wandelte sich die bundesdeutsche *Ostpolitik* (▶14.20) grundlegend. Mit dem *Deutsch-Sowjetischen Vertrag* (▶14.22) 1970 und vor allem mit dem *Grundlagenvertrag* (▶14.30) von 1972, in dem die Bundesrepublik die DDR als Staat – wenngleich nicht als Ausland – anerkannte, wurde die Hallsteindoktrin endgültig gegenstandslos.

13.29 Bundeswehr

Die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland (▶13.2) in die NATO (▶13.19) war mit der Aufstellung westdeutscher Streitkräfte und damit die auch zu dieser Zeit noch heftig umstrittene Wiederaufrüstung verbunden. Ende 1955 wurden die ersten Einheiten der Bundeswehr aufgestellt. Vorher aber musste das Grundgesetz geändert werden. Das Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 26. März 1954 begründete die Wehrhoheit der Bundesrepublik, ein weiteres Ergänzungsgesetz vom 19. März 1956 bezog die Streitkräfte in die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland ein und schuf die allgemeine Wehrpflicht (▶14.1) (Juli 1956). Bis dahin waren nur Freiwillige aufgestellt worden.

Die Bundeswehr wurde von vornherein der Kontrolle des Deutschen Bundestages unterstellt. Ein Verteidigungsausschuss wurde ein-



◀ Appell der ersten 1500 Freiwilligen der Bundeswehr in Andernach am 20. Januar 1956 im Beisein von Bundeskanzler Adenauer und Verteidigungsminister Theodor Blank (links)

richtet und die Position des Wehrbeauftragten geschaffen. Dieser beobachtet im Auftrage des Deutschen Bundestages die Einhaltung der Grundrechte in der Bundeswehr. An ihn kann sich jeder Soldat wenden, wenn er seine Grundrechte verletzt sieht. Der Wehrbeauftragte hat den Beschwerden nachzugehen und jährlich dem Deutschen Bundestag zu berichten.

Die Soldaten der deutschen Bundeswehr sind entweder Wehrpflichtige, Soldaten auf Zeit oder Berufssoldaten. Die Befehls- und Kommandogewalt liegt beim Bundesminister der Verteidigung, im Verteidigungsfall geht sie jedoch auf den Bundeskanzler über. Damit ist die

politische Führung der Bundeswehr sichergestellt. Oberster militärischer Berater der Bundesregierung ist der Generalinspekteur der Bundeswehr. Im Führungsstab der Streitkräfte sind die drei Teilstreitkräfte vertreten.

Die Bundeswehr ist ein Bestandteil des demokratischen Staates. Um Fehlentwicklungen zu vermeiden wie in der Weimarer Republik, als die Reichswehr bewuszt zu einem »Staat im Staate«, zu einem Fremdkörper in der republikanischen Wirklichkeit, geformt worden war, entwickelte man das Konzept der Inneren Führung. Diese zielt darauf ab, den Soldaten sowohl in die Gesellschaft als auch in die Streitkräfte zu integrieren und dabei möglichst wenige Grundrechte einzuschränken. So haben alle Soldaten das aktive und passive Wahlrecht zu den parlamentarischen Gremien und das Koalitionsrecht, also das Recht, sich zusammenzuschließen. Seit 2000 haben Frauen Zugang zu allen Laufbahnen einschließlich der Kampftruppen.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung war bereits 1949 bei den Beratungen des Parlamentarischen Rats in den Katalog der Grundrechte aufgenommen worden. Niemand soll gegen sein Gewissen zum Dienst mit der Waffe gezwungen werden dürfen. Diese Kriegsdienstverweigerer haben jedoch einen Ersatzdienst (Zivildienst) in den Bereichen Sozialwesen oder Natur- und Umweltschutz zu leisten. Dieser Dienst darf um bis zu einem Drittel länger sein als der Wehrdienst.

Im *Souveränitätsvertrag* (▶16.16) vom 12. September 1990 verpflichtete sich Deutschland, seine Streitkräfte auf 370 000 Mann zu begren-

zen. Die 2000 beschlossene Strukturreform sieht eine Reduzierung von 340000 auf 277000 Soldaten vor.

13.30 Nationale Volksarmee (NVA)

Die Nationale Volksarmee war die Armee der DDR. Sie entstand 1956 aus den seit 1952 bestehenden Verbänden der Kasernierten Volkspolizei und den seit 1950 getarnt aufgebauten See- und Luftstreitkräften. Offizielles Gründungsdatum ist der 1. März 1956, als die ersten Einheiten der Kasernierten Volkspolizei in die NVA überführt wurden. Bereits am 28. Januar 1956 hatte der Warschauer Pakt (►13.21) beschlossen, die Einheiten der NVA in die Vereinigten Streitkräfte einzubeziehen und dem gemeinsamen Oberkommando zu unterstellen. Die NVA verstand sich als »sozialistische Armee«, die unter Führung der SED ihren revolutionären Klassenauftrag im Staat erfüllte.

Das Ministerium für Nationale Verteidigung war die oberste Kommandobehörde, sein Hauptstab war das Oberkommando des Heeres. Die Seestreitkräfte (Volksmarine) und die Luftstreitkräfte besaßen eigene Oberkommandos. Erst nach dem Mauerbau entschloss sich die SED am 24. Januar 1962, die allgemeine Wehrpflicht in der DDR einzuführen, vorher rekrutierte sich die NVA aus Freiwilligen. Um die Einheiten personell aufzufüllen, mussten SED und FDJ bis 1962 oft wenig erfolgreiche Kampagnen veranstalten, die für den Eintritt in die NVA warben. Die Gesamtstärke der NVA Anfang 1989 betrug 173100 Mann.



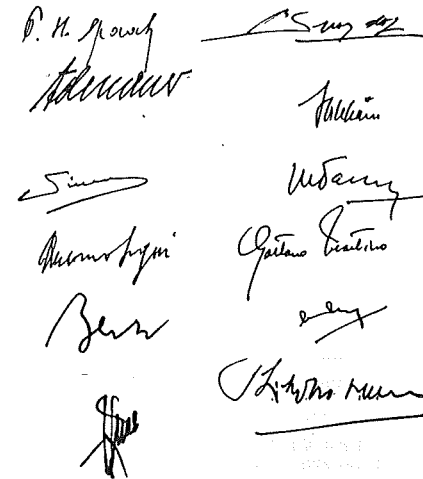
◀ Übergabe der Fahne an das erste Regiment der Nationalen Volksarmee der DDR am 2. Juni 1956 durch den Minister für Nationale Verteidigung, Willi Stoph

Mit der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 wurden die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der NVA zum Teil in die Bundeswehr übernommen.

13.31 Opposition in der SED

Der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 (►13.18) und der anhaltende Flüchtlingsstrom in den freien Westen zeigten mit aller Deutlichkeit, dass die SED und ihre Politik nicht populär waren. Aber schon vor diesen Ereignissen 1953 gab es innerhalb der SED erkennbare oppositionelle Strömungen, die sich v.a. gegen Walter Ulbricht (►13.39) und seine stalinistischen Herrschaftsmethoden richteten. In einer ersten Säuberungswelle wurden 1948–50 die ehemaligen SPD-Mitglieder in der SED erfasst, die bereits gegen den Zusammenschluss von KPD und SPD (►12.12) votiert hatten. Sie hatten sich hauptsächlich gegen die Umformung der SED zu einer stalinistischen Partei gewandt. Auch der Arbeiteraufstand 1953 war von innerparteilichen Differenzen und oppositionellen Strömungen begleitet. Justizminister Fechner beispielsweise wurde wegen seiner Kritik an der Terrorwelle nach dem Aufstand verhaftet. In der zweiten Hälfte der 50er-Jahre, als nach dem XX. Parteitag der KPdSU die Entstalinisierungswelle begann, wurde vor allem Kritik an der bürokratischen Wirtschaftspolitik geübt, die viel zum Scheitern der Wirtschaftspläne (►13.24) beitrug. Gegen diese »revisionistischen Strömungen« ging die SED-Führung in aller Schärfe vor. Die führenden Köpfe, wie die Philosophen Wolfgang Harich und Ernst Bloch, der Chemiker Robert Havemann und andere,

Fait à Rome, le vingt-cinq mars mil neuf cent cinquante-sept.
Geschehen zu Rom am fünfundzwanzigsten März neunzehnhundertsechzigundfünfzig.
Fatto a Roma, il venticinque marzo milnovecentocinquantesette.
Gedaan te Rome, de vijfentwintigste maart negentienhonderd zeventenvijftig.



▲ Am 25. März 1957 wurden die Römischen Verträge unterzeichnet, am 1. Januar 1958 traten sie in Kraft. Damit waren die Europäischen Institutionen EWG und EURATOM gegründet

traten, und gründeten damit zwei europäische Institutionen: EURATOM sollte Forschung und friedliche Anwendung der Atomenergie koordinieren und vorantreiben, mit dem Gründungsvertrag für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) suchte man die Integration Europas zunächst einmal auf wirtschaftlichem Gebiet zu beschleunigen. Ziel des Zusammenschlusses war die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung und eine ständige harmonische Ausweitung der Wirtschaftstätigkeit. Dieses Ziel sollte durch die Errichtung des gemeinsamen Marktes und mithilfe einer abgestimmten Wirtschaftspolitik erreicht werden. Zur Erfüllung der mit dem Integrationsprozess verbundenen Aufgaben waren einige Organe vorgesehen: Die parlamentarische Versammlung übte ein Beratungs- und Kontrollrecht aus; ihre Mitglieder waren Abgeordnete der nationalen Parlamente. Dem Ministerrat gehören die Regierungsvertreter der nationalen Regierungen an; dabei handelt es sich je nach Gegen-

stand für einen »humanitären Sozialismus« einbezogen, verloren ihre Positionen. Wolfgang Harich hatte mit einigen Freunden ein Konzept für die »Erneuerung der Partei« entwickelt und plante »besonderen deutschen Sozialismus« sowie einen vom »Stalinismus befreiten Marxismus-Leninismus«. Harich wurde 1957 zu drei Jahren Haft verurteilt und kam Ende 1979 übergehend in die Bundesrepublik; Bloch, als philosophischer Anreger der »Revisionisten« galt, verlor 1957 seinen Lehrstuhl an der Leipziger Universität und floh 1961; Havemann, 194–66 aller Ämter enthoben, weigerte sich, die DDR zu verlassen, und wurde bis zu seinem Tod 1982 systematisch isoliert. Die Wirtschaftswissenschaftler Fritz Behrens und Arne Senary, die für eine »Produzentenselbstverwaltung« nach jugoslawischem Muster eintraten, wurden gemäßregelt. Innerhalb der Führung der SED, im Politbüro, verloren Karl Schirdewann und Ernst Wollweber ihre Ämter, als sie sich für eine Fortsetzung der Entstalinisierung einsetzten.

Nach dem Selbstverständnis der DDR verkörperte sich im Staat die Herrschaft des Volkes; Kritik und Opposition richteten sich demnach gegen das Volk und mussten deshalb verfolgt werden. Auf diese Weise wurde Opposition gegen das herrschende System kriminalisiert. Gleichwohl waren oppositionelle Strömungen gegen die Herrschaft der SED immer wieder zu registrieren. Aktionen wie die Aberkennung der DDR-Staatsbürgerschaft für den Lyriker und Sänger Wolf Biermann anlässlich einer Reise in die Bundesrepublik, die Verhaftung und Abschiebung Rudolf Bahros, die Übersiedlung der Lyriker Reiner Kunze und Sarah Kirsch und der Umgang der DDR-Behörden mit der Friedensbewegung in der DDR belegen dies.

13.32 Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

Die sechs Staaten, die sich im April 1951 in der Montanunion (►13.10) zu einer gemeinsamen Kohle- und Stahlpolitik zusammengeschlossen hatten, wollten auf dem Weg der europäischen Integration trotz aller Rückschläge weitergehen. Am 25. März 1957 unterzeichneten die Außenminister in Rom die so genannten Römischen Verträge, die am 1. Januar 1958 in Kraft

Zusammenschlüsse in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg



- EGKS (1952)
(Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl)
- EVG (1952)
(Europäische Verteidigungsgemeinschaft)
- EWG und EURATOM (1958)
(Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Europäische Atomgemeinschaft)
- WEU (1955)
(Westeuropäische Union)
- EFTA (1960)
(European Free Trade Association/ Europäische Freihandelszone)
- RGW (1949)
(Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; auch: Comecon/Council for Mutual Economic Assistance)

stand der Beratung um den zuständigen Fachminister oder seinen Stellvertreter. Der Rat hat die Entscheidungsbefugnis, wobei bei Abstimmungen zunächst das Prinzip der Einstimmigkeit galt. Als gleichsam geschäftsführendes Organ schuf man die Kommission, die aus von den Regierungen ernannten Mitgliedern bestand. Sie muss die Ratsbeschlüsse in praktische Politik umsetzen. Erstes deutsches Mitglied der EWG-Kommission und 1958-67 deren erster Präsident war Adenauers außenpolitischer Berater Walter Hallstein. Eine Reihe weiterer Vereinbarungen sollte die Integration fördern: Die Zollunion (seit 1. Ja-

nuar 1970) sieht den Abbau der Zölle untereinander vor, die gemeinsame Agrarpolitik wird finanziert durch den Europäischen Ausrichtung- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, im Niederlassungsrecht wurde größere Freizügigkeit versprochen. Die Europäische Investitionsbank soll durch Darlehen und Bürgschaften Projekte unterstützen, mit denen regionale Benachteiligungen ausgeglichen werden. 1967 wurden die Institutionen von Montanunion, EURATOM und EWG miteinander vereinigt, sodass seitdem für die drei Gemeinschaften gemeinsame Organe bestehen: Europä-

isches Parlament, Ministerrat und Europäische Kommission. Die ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament fanden 1979 statt. Die Gemeinschaften wurden 1973 um Großbritannien, Dänemark und Irland erweitert (▶ 15.2), 1981 wurde Griechenland aufgenommen, seit 1986 sind Spanien und Portugal ebenfalls EGMitglieder. Zum 1. Januar 1995 traten Finnland, Österreich und Schweden bei. Hinzu kommen seit 1975 zahlreiche assoziierte Mitglieder aus dem afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum (so genannte AKP-Staaten), denen die EGM in den Verträgen von Lomé Zollvergünstigungen einräumte. Die Politische Union, die das Ziel der Römischen Verträge war, trat in den 90er-Jahren mit den Verträgen von Maastricht (▶ 17.1) und mit der Wirtschafts- und Währungsunion (▶ 17.2) in eine entscheidende Phase.

13.33 Kampf dem Atomtod

Die zum Teil sehr heftigen und lang andauernden Debatten in der Öffentlichkeit und im Deutschen Bundestag über den deutschen Wehrbeitrag und die Wiederaufstellung deutscher Streitkräfte waren kaum abgeklungen, als im Bereich der Verteidigungspolitik ein neues, politisches Sprengstoff enthaltendes Problem auf die Bundesrepublik zukam. Der amerikanische NATO-Oberbefehlshaber, General Lauris Norstad, forderte Ende Februar 1957 die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich bereits die Erkenntnis durchgesetzt, dass die USA und die Sowjetunion sich in ihrer Rüstung auf den Zustand des atomaren Patts hinbewegten. Die NATO entwickelte deshalb neue strategische Konzepte und bezog dabei taktische Atomwaffen mit einer Reichweite bis zu 150 km in ihre Überlegungen ein. Bundeskanzler Adenauer und Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (1952-26) sprachen sich für die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen aus, um die Gemeinverteidigung des Westens zu stärken. Adenauer forderte gleichzeitig auf der NATO-Ratsagung im Dezember 1957 einen west-östlichen Entspannungsdialo. Gegen die NATO-Pläne erhob sich Anfang 1958 atomarischer Protest in der deutschen Öffentlichkeit und im Parlament. Schon im April 1957 hatten 18 Atomwissenschaftler im so genannten Göttinger Manifest gegen die atomare Be-

waffnung Stellung genommen. Wenig später forderte die SPD in einem Antrag, dass weder die Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden solle noch solche Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik gelagert werden dürften. Im März 1958 erließ ein überparteiliches Komitee den Aufruf »Kampf dem Atomtod«, der von der SPD und den Gewerkschaften auch organisatorisch getragen wurde. Vor dem Hintergrund der erregten deutschen Öffentlichkeit trug der Deutsche Bundestag Ende März 1958 eine leidenschaftliche Atomdebatte aus, die mit der Resolution der Regierungsparteien CDU/CSU und DP endete, »die Bundeswehr mit den modernsten Waffen auszurüsten, wenn sich dies politisch und strategisch als notwendig erweisen sollte«. SPD und DGB suchten nun im außerparlamentarischen Raum mit Protestaktionen die Entscheidung zu revidieren. Der DGB hielt sich jedoch wegen der vielen CDU-Wähler unter seinen Mitgliedern relativ zurück; der Gedanke der SPD, ein Plebiszit zu beantragen, scheiterte am Bundesverfassungsgericht. Letztlich zerbrach die Anti-Atomtod-Bewegung aber an der prinzipiellen Haltung der NATO-Länder, die Ratsbeschlüsse durchzuführen, und am festen Führungswillen der Bundesregierung. Nachdem die CDU die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Juli 1958 deutlich für sich hatte entscheiden können und die Unterstützung von DGB und SPD für die Anti-Atomtod-Kampagne nachgelassen hatte, verlor diese Bewegung ihre Bedeutung.

13.34 Rapacki-Plan

Die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland (▶ 13.2) in die NATO (▶ 13.19) und der DDR (▶ 13.9) in den Warschauer Pakt (▶ 13.21) 1955/56 zog die Aufstellung von Streitkräften in beiden deutschen Staaten nach sich. Seitdem suchten die Politiker in Ost und West auch immer wieder nach Wegen, um die deutschen Teilstaaten aus den jeweiligen Bündnissen herauszuberechnen. Damit verbunden war immer der Versuch, durch Abrüstungspläne und den Vorschlag von atomwaffenfreien Zonen in Europa von dem atomaren Patt und dem »Gleichgewicht des Schreckens« wieder wegzukommen. In seiner Rede vor der 12. UN-Vollversammlung am 2. Oktober 1957 legte der polnische Au-

ßenminister Adam Rapacki seinen Plan vor, die Herstellung und Stationierung von Atomwaffen auf den Gebieten Polens und der Tschechoslowakei sowie der beiden Teile Deutschlands zu verbieten. Der Zeitpunkt für die Veröffentlichung dieses Planes war insofern geschickt gewählt, als zu dieser Zeit in der Bundesrepublik die Auseinandersetzungen um die atomare Bewaffnung der deutschen Bundeswehr und die Anti-Atomtod-Kampagne (►13.33) in vollem Gang war.

Der Rapacki-Plan fand volle Unterstützung bei der Sowjetunion und der DDR. Mit detaillierten Angeboten an die drei Westmächte und die beteiligten Staaten in Mitteleuropa griff Rapacki seinen Plan am 14. Februar 1958 erneut auf. Er bezog dabei auch eine Verpflichtung der Atomkräfte mit ein, keinen Atomwaffeneinsatz gegen das Gebiet der vorgesehenen atomwaffenfreien Zone einzuplanen. Seitens der Westmächte wurden die Vorschläge Rapackis, die noch mehrfach in abgewandelter Form vorgetragen wurden, mit dem Argument abgelehnt, dass sich dadurch das militärische Gleichgewicht in Europa wegen der konventionellen Überlegenheit der UdSSR zugunsten des Warschauer Paktes verschieben würde.

13.35 Berlin-Ultimatum

In den Diskussionen um die Zukunft Mitteleuropas und ein Auseinanderrücken der Machtblöcke hatte sich auch die DDR zu Wort gemeldet und in mehreren Noten an die Bundesrepublik eine »Konföderation« beider deutscher Staaten auf der Basis der Gleichrangigkeit als Vorstufe einer späteren Wiedervereinigung vorgeschlagen. Diese von der Sowjetunion unterstützten Pläne wurden jedoch von der Bundesregierung im Einverständnis mit den Westmächten zurückgewiesen und als Versuch gewertet, die Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnis herauszulösen.

Im November 1958 wurden die Deutschlandfrage und die Situation Berlins durch den sowjetischen Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow erneut in den Vordergrund der Weltpolitik gerückt.

In einer Rede am 10. November 1958 betonte er, dass es ein Recht der westlichen Alliierten, in Berlin zu bleiben, nicht mehr geben könne. Am 27. November überreichte er sein Ultimatum an die drei Westmächte und forderte die Um-

wandlung Berlins in eine »selbstständige politisierte Einheit« mit dem Status einer »entmilitarisierten Freien Stadt«. Innerhalb eines halben Jahres müssten die Verhandlungen über Berlin zu dieser Lösung führen, andernfalls werde die Sowjetunion mit der Regierung der DDR eine Vereinbarung treffen, dass diese die ihr zustehenden Hoheitsrechte auszuüben habe. Dagegen gelte dann auch für die alliierten Militärtransporte. Schon vor dem Ultimatum hatte die DDR-Volkspolizei begonnen, amerikanische Transporte durch die DDR zu behindern und teilweise sogar zu beschlagnahmen, was wiederum das NATO-Oberkommando alarmierte, das Pläne erwog, notfalls gewaltsam gegen die DDR-Volkspolizei vorzugehen.

Die Teilnehmer der NATO-Ratstagung im Dezember 1958 lehnten die sowjetische Forderung entschieden ab. In einer Note vom 10. Januar 1959 machte Chruschtschow deutlich, dass es ihm auf eine totale Änderung der Verhältnisse in Deutschland und das Hinausdrängen der Westmächte ankam, als er den Entwurf eines Friedensvertrages vorlegte. Der Vertragsentwurf ging von zwei deutschen Staaten und einer entmilitarisierten »Freien Stadt Berlin« aus. Bundesregierung und Opposition suchten ihrerseits Gegenvorstellungen auszuarbeiten und vor allem die Westmächte zur Ablehnung des Ultimatus und zur Erneuerung der Garantien für Berlin zu bewegen.

Sowohl der so genannte »Globke-Plan« der Regierung (benannt nach dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke) als auch der »Deutschland-Plan« der SPD schlossen eine Anerkennung der DDR nicht von vornherein aus. Der »Globke-Plan« lehnte jedoch eine entmilitarisierte Bundesrepublik ab, für Groß-Berlin schien eine solche Lösung möglich. Nach einer Übergangszeit sollten nach diesem Plan freie Wahlen in ganz Deutschland stattfinden und die Wiedervereinigung einleiten. Der »Deutschland-Plan« hingegen ging von der Rüstungskontrollzone des Rapacki-Plans (►13.34) aus, wollte aber hinsichtlich des Status für Berlin nicht so weit wie der »Globke-Plan« gehen. Auch hier standen am Schluss Überlegungen für ein wieder vereinigt Deutschland, die sich allerdings an den SED-Vorstellungen der »Konföderation« orientierten.

Die Politik der westlichen Regierungen und der Bundesregierung zielte jedoch darauf, die Sowjetunion zu Verhandlungen zu bewegen. Als

am 11. Mai 1959 der sowjetische Außenminister Andrei Gromyko einer Konferenz der Außenminister zustimmte, war deutlich geworden, dass die Sowjetunion nicht unter allen Umständen an dem bis zum 27. Mai befristeten Ultimatum festhalten würde. Im Juni 1959 trat in Genf eine Viermächtekonferenz zusammen, die die Deutschlandfrage und damit auch die Berlinfrage behandelte. Die beiden deutschen Teilnehmer wurden eingeladen, Beobachterdelegationen zu den Verhandlungen zu entsenden.

13.36 Godesberger Programm

Seit dem Tod Kurt Schumachers 1952 (►12.11) zog sich in der SPD ein tief greifender Wandel ab, der bei den Vorstandswahlen auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 seinen deutlichsten Ausdruck fand. Von dem 33-köpfigen Vorstand wurden elf Mitglieder neu gewählt, darunter unter anderem Willy Brandt (►14.18), Helmut Schmidt (►15.8) und Gustav Heinemann. Gleichzeitig wurde die innerparteiliche Diskussion um ein neues Programm verstärkt. Ausgang war das Heidelberger Programm von

1925 gültig geblieben, das lediglich durch kurzfristige Wahl- und Aktionsprogramme ergänzt wurde. Ende Januar 1959 beschloss das SPD-Präsidium, die seit 1957 laufenden Diskussionen zu kanalisieren und im November 1959 in Bad Godesberg einen außerordentlichen Parteiprogramm-Parteitag abzuhalten, auf dem das neue Parteiprogramm beraten und verabschiedet werden sollte. Maßgeblich war daran Herbert Wehner (►14.9) beteiligt, der schließlich auch die grundsätzliche Zustimmung der SPD zur NATO- und Europapolitik Adenauers durchsetzte.

Die marxistischen Grundpositionen wurden im Godesberger Programm aufgegeben, an ihre Stelle traten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Ziele, die die Partei anstrebte. Statt der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch Sozialisierung und Planwirtschaft wurde die Mitbestimmung zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht gefordert.

Entscheidend für die positive Aufnahme des Programms in der deutschen Öffentlichkeit wurde der Verzicht auf die Sozialisierung. Mit dem neuen Programm überwand die SPD den traditionellen Widerspruch von revolutionär-marxistischer Programmatik und ihrer eher sozialreformerischen Praxis. Hinzu kamen der Abbau der Frontstellung zu den Kirchen und ein klares Bekenntnis zur Landesverteidigung. Damit wurde die SPD, in der inzwischen viele Akademiker und Intellektuelle Mitglieder geworden waren und die ihre Struktur als Arbeiterpartei zu verlieren begann, auch für weite bürgerliche Schichten wählbar. Zudem orientierte der stellvertretende Parteivorsitzende Waldemar von Knoeringen die Öffentlichkeitsarbeit unter Einbeziehung von Bildung, Wissenschaft und Technik neu. Im Erscheinungsbild der SPD wich die rote Farbe mehr und mehr dem Godesberger Blau.

»Die Sozialdemokratische Partei ist von einer Partei der Arbeiter zu einer Partei des Volkes geworden. Sie will die Kräfte, die durch die industrielle Revolution und durch die Technisierung aller Lebensbereiche entbunden wurden, in den Dienst von Freiheit und Gerechtigkeit für alle stellen ...« Das neue Parteiprogramm, das auf dem Godesberger Parteitag (13.–15. November 1959) nahezu einstimmig angenommen wurde, und die damit verbundene Wandlung der Partei erschlossen der SPD neue Wählerschichten und machten sie koalitionsfähig.



▲ Das Godesberger Programm vom 15. November 1959 machte den Wandel der SPD von einer Klassen- zu einer Volkspartei sichtbar. Das Foto zeigt den Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer (vorne) mit Herbert Wehner

13.37 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG)

Die Agrarpolitik der DDR zielte bereits seit 1952 auf eine Kollektivierung der Landwirtschaft nach sowjetischem Muster. Die Bodenreform 1945, die mit der Enteignung von landwirtschaftlichem Grundbesitz von über 100 Hektar verbunden war, hatte die Großbetriebe weitgehend beseitigt, viele Neubauern bewirtschafteten verhältnismäßig kleine Flächen ohne technische Hilfsmittel. Seit 1952 propagierte die SED die Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG), denen sich die Bauern auf freiwilliger Basis, aber nur zögernd anschlossen.

Seit Herbst 1959 wurde der politische Druck verstärkt und bis April 1960 war die mit großem propagandistischem Aufwand durchgeführte Zwangskollektivierung der Einzelbauern abgeschlossen. Nach dem Grad der Vergesellschaftung und der daraus folgenden Verteilung der genossenschaftlichen Einkünfte wurden in den Musterstatuten der LPG drei Typen unterschieden: LPG-Typ I: genossenschaftliche Bewirtschaftung des Ackerlandes und, falls das jeweilige Statut dieses vorsah, auch des Grünlandes und der Waldflächen; LPG-Typ II: Aufbau einer genossenschaftlichen Viehwirtschaft auf der Grundlage eines langfristigen Perspektivplans; LPG-Typ III: Alle land- und forstwirtschaftlichen Flächen, alle Maschinen und Geräte sowie alles Vieh wurden in die LPG eingebracht; Ackerland und Vieh zur persönlichen Nutzung unterlagen Höchstbegrenzungen (z. B. 0,5 ha Ackerland je Familie).

Die Folge der Zwangskollektivierung war ein Bruch im Selbstverständnis der Bauern, die als Genossenschaftsproduzenten ihre Eigenständigkeit eingebüßt hatten. Dadurch aufgeschreckt, zogen viele Bauernfamilien die Flucht in die Bundesrepublik diesem abhängigen Status vor mit entsprechend negativen Konsequenzen für die Nahrungsmittelversorgung der DDR. Ab 1960 wurden die LPGs zu neuen Betriebsformen veranlasst, die das Ziel der überbetrieblichen Zusammenarbeit hatten. Als Konsequenz folgte daraus der Zusammenschluss zu Kooperativen mit speziellem Aufbau- bzw. Zuchtauftrag.



▲ DDR-Flüchtlinge im August 1952 vor dem Westberliner Aufnahmelager in der Kuno-Fischer-Straße

13.38 DDR-Flüchtlinge

Seit dem Ende des Krieges gab es eine starke Fluchtbewegung der Bevölkerung aus den sowjetisch besetzten Gebieten in das westliche Deutschland. Auch nach Gründung der DDR (►13.9) riss der Flüchtlingsstrom nicht ab. Schon im Jahre 1949 wurde in den Notaufnahmelagern in West-Berlin und in der Bundesrepublik die Zahl von fast 130 000 Flüchtlingen registriert. Sie stieg in den Fünfzigerjahren weiter an. Einen Höhepunkt von über 330 000 Flüchtlingen verzeichnete das Jahr 1953, bedingt durch den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 (►13.18) und die darauf folgende Verhaftungs- und Terrorwelle.

Auch in den nächsten Jahren war die Zahl der registrierten Flüchtlinge extrem hoch. Diese »Abstimmung mit den Füßen«, wie man die Absetzbewegung auch bezeichnet hat, betraf vor allem die im arbeitsfähigen Alter stehenden

DDR-Bürger. Etwa 50 % der Flüchtlinge waren erwerbsfähige unter 25 Jahren, fast 60 % waren erwerbstätig, im Rentenalter standen weniger als 10 % der Flüchtlinge. Der härtere politische Kurs der SED und die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft führten 1960 erneut zu einem starken Answellen der Fluchtbewegung, die in das Jahr 1961 hinein lawinenartige Ausmaße annahm: Bis zum 13. August 1961 kamen über 155 000 in den Westen. Nach dem 13. August waren es immer noch fast 200 000 Menschen, die teilweise unter Lebensgefahr die DDR verließen. Die meisten von ihnen kamen über die Berliner Sektorengrenzen in den Westen der Stadt, von wo sie nach Registrierung in den Flüchtlingslagern in die Bundesrepublik ausgeflogen wurden. Nachdem die DDR-Führung in den ersten Jahren erklärt hatte, dass nur die Klassenfeinde das Land verlassen würden, stellte sie sehr schnell fest, dass die DDR in eine wirtschaftliche Katastrophe geraten müsste, sollte der menschliche Aderlass in diesem Ausmaß weitergehen. 1957 wurde deshalb neben einer Verschärfung der Kontrollen auch der Reiseverkehr beschränkt und der Straftatbestand der »Republikflucht« eingeführt.

Gerüchte, dass der Fluchtweg über West-Berlin nicht mehr lange bestehen bleiben würde, ließen die Flüchtlingszahlen 1961 weiter erheblich ansteigen, bis der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, mit dem die DDR alle Verbindungen zwischen dem sowjetischen Sektor und den drei Westsektoren kappte, dem Flüchtlingsstrom ein Ende setzte. Von 1949 bis zum 13. August flohen 2 686 942 Menschen in den Westen, das ist etwa ein Siebtel der Gesamtbevölkerung.

13.39 Walter Ulbricht

Geboren am 30. Juni 1893 in Leipzig als Sohn eines Schneiders, erlernte Ulbricht das Tischlerhandwerk. 1912 trat er in die SPD ein, war von 1915 bis 1918 Soldat und wurde 1919 Mitglied der neu gegründeten KPD. 1923 war Ulbricht bereits Mitglied des Zentralkomitees; 1925 war er für kurze Zeit Mitarbeiter im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) in Moskau, 1926–28 war er Abgeordneter des schlesischen Landtags, 1928–33 Reichstagsabgeordneter der KPD. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten emigrierte Ulbricht im

Parteiauftrag nach Frankreich und 1938 in die Sowjetunion, wo er als Vertreter der KPD beim EKKI tätig war. 1943 war er an der Gründung der Widerstandsgruppe Nationalkomitee Freies Deutschland beteiligt. Ende April 1945 kehrte er mit einer Gruppe in Moskau ausgebildeter Parteifunktionäre, der »Gruppe Ulbricht«, nach Berlin zurück, wo er sofort die Wiederrückbildung der KPD betrieb.

Nach der Bildung der SED (►12.12) wurde er deren stellvertretender Vorsitzender und Mitglied des Zentralsekretariats. 1950–53 war Ulbricht Generalsekretär der Partei, danach bis 1971 1. Sekretär, ab 1949 auch Mitglied der Volkskammer. Nach dem Tode des ersten Staatspräsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, wurde Ulbricht Vorsitzender des 1960 neu geschaffenen Staatsrates und gleichzeitig Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates.

Ulbricht bestimmte mehr als zwei Jahrzehnte lang die Entwicklung der SED und der DDR und war, als er alle seine Rivalen in der Partei ausgeschaltet hatte, der einflussreichste Politiker der DDR. Die Führungspositionen in Staat und Partei waren in ihm vereint.

Unter Ulbricht wurde die DDR zur zweitstärksten Industriemacht im Bereich des Ostblocks



▲ Am 12. September 1960 wurde SED-Chef Walter Ulbricht Vorsitzender des neu geschaffenen Staatsrats der DDR, die Führungspositionen von Partei und Staat waren damit in seiner Hand vereint

und zum zuverlässigsten Gefolgsmann der Sowjetunion. Nachdem er lange Jahre dogmatisch die Positionen der UdSSR vertreten hatte und zu Stalins Lebzeiten dessen eifriger Anhänger gewesen war, versuchte Ulbricht Mitte der 60er-Jahre, die Rolle der DDR aufzuwerten und eine Lockerung der sowjetischen Vorherrschaft zu erreichen. Indem er 1963 eine von der Partei kontrollierte Wirtschaftsreform einleitete, stellte er sich als Politiker dar, der in der DDR ein eigenes Sozialismus-Modell entwickelt hatte, das für moderne Industriestaaten als Vorbild dienen sollte. Diese Selbstüberschätzung musste die sowjetische Führung verstimmen, die schließlich die Forderung seiner Kritiker im Politbüro unterstützte, seine Ablösung herbeizuführen. Aus Altersgründen, vermutlich aber auch unter sowjetischem Druck, trat er am 3. Mai 1971 als 1. Sekretär der SED zurück und machte Erich Honecker (► 15,25) Platz. Er verlor den Vorsitz im Nationalen Verteidigungsrat und allen politischen Einfluss, obwohl er, inzwischen erkrankt, bis zu seinem Tode (er starb am 1. August 1973 in Ost-Berlin) Vorsitzender des Staatsrates blieb.

13.40 13. August 1961: Mauerbau in Berlin

Auf einer internationalen Pressekonferenz in Ost-Berlin hatte der Staatsratsvorsitzende der DDR Walter Ulbricht (► 13,39) am 15. Juni 1961 auf die Frage einer westdeutschen Journalistin geantwortet: »Ich verstehe Ihre Frage so, dass es



◀ 13. August 1961: Der Mauerbau in Berlin zementiert die jahrzehntelange Teilung Deutschlands. Ein von Grenzsoldaten bewachter Bautrupps bei der Arbeit an der Mauer

in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, dass wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, dass eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau, und ihre Arbeitskraft wird für voll eingesetzt. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!« Nach der Veröffentlichung dieses Interviews stiegen die Flüchtlingszahlen noch einmal kräftig an (DDR-Flüchtlinge, ► 13,38). Im August 1961 flohen 47433 Menschen aus der DDR und Ost-Berlin in den Westen.

Am Morgen des 13. August 1961 begann die SED-Führung mit dem Bau einer Mauer, die ihren Sektor gegenüber dem Westen hermetisch abriegelte. Die Bauarbeiten wurden von Volkspolizei und Nationaler Volksarmee überwacht. Alle Verkehrsverbindungen zwischen beiden Teilen Berlins waren damit unterbrochen. Gleichzeitig führte die DDR an allen Grenzen nach West-Berlin und zur Bundesrepublik scharfe Kontrollen ein.

Bundesregierung und Westmächte mussten diesen Gewaltakt hilflos hinnehmen, der Protest der westlichen Alliierten gegen den Mauerbau blieb wirkungslos. In der Bundesrepublik lief der Wahlkampf für die Bundestagswahlen im September 1961 auf Hochtouren. Entsprechend waren die Parteispitzen durch Wahlkampfveranstaltungen sehr stark beansprucht. Einig war man sich aber durchaus in dem Bemühen, den Vorfall nicht eskalieren zu lassen und die Bevölkerung von spontanen Aktionen

abzuhalten. Willy Brandt (► 14,18), der Regierende Bürgermeister von Berlin, stellte sich einer Demonstration entgegen, deren Teilnehmer die aufgestellten Zäune und Sperreinrichtungen am liebsten niedergerissen hätten. Bundeskanzler Adenauer war ebenfalls um Abwehmung bemüht und wirkte auf die Westmächte ein; er setzte sein Wahlkampfprogramm fort und besuchte erst am 16. August geteilte Berlin, ein Verhalten, das die westliche Öffentlichkeit nicht verstand.

Die Westalliierten waren schon früh durch Geheimdienstberichte über mögliche Sperraktionen informiert worden. Bereits im Frühsommer 1961 hatten sie der Sowjetunion signalisiert, dass sie ihr im Ostsektor Berlins relativ freie Hand lassen würden. Die Sowjetunion verzögerte die Abriegelung der DDR schließlich zugunsten der ökonomischen Lage der DDR, die sie für die ökonomische Lage der DDR zu stabilisieren. Sie nahm dafür den politischen Gleichgewichtsverlust und das Risiko einer Konfliktverschärfung mit den Westmächten in Kauf.

Während die Sowjetunion nach dem Mauerbau ihr Maximalziel die Einbeziehung Groß-Berlins in die DDR weiterverfolgte, richtete sich das Hauptinteresse der Westmächte auf die politischen Garantien für West-Berlin und die Sicherung der Zufahrtswege. Gleichzeitig beharrten die Westmächte auf ihrem Recht, auch weiterhin den Ostsektor der Stadt ungehindert betreten zu können.

Willy Brandt, der die Gefahr sah, dass Berlin ein von der Bundesrepublik abgekoppeltes Neutralstatus erhalten könnte, erreichte an

Bundeskanzler und Auswärtigem Amt vorbei durch eine direkte Initiative bei Präsident Kennedy eine erneute amerikanische Garantieerklärung für Berlin. Die endgültige Teilung der Stadt war aber nicht mehr rückgängig zu machen. Die DDR feierte den Bau der Mauer – in der Sprache der SED-Propaganda »antifaschistischer Schutzwall« – als Sieg des »sozialistischen Lagers« über den westlichen Imperialismus.



▲ Während der Arbeiten an der Berliner Mauer ließen am 13. August 1961 die Amerikaner als Zeichen ihrer Verteidigungsbereitschaft Kampfpanzer an der Grenzübergangsstelle Checkpoint Charlie auffahren